

Horst Helas, Dagmar Rubisch (Hrsg.)

Rechtsextremismus in Deutschland

Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 61

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HORST HELAS, DAGMAR RUBISCH (HRSG.)

Rechtsextremismus in Deutschland

Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien

Karl Dietz Verlag Berlin

Horst Helas, Dagmar Rubisch: Rechtsextrememismus in Deutschland
Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien
(Reihe: Manuskripte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 61)
Berlin: Dietz, 2006

ISBN 3-320-02909-6

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006

Umschlag, Druck und Verarbeitung:
MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	11

Kapitel I: Rechtsextremismus heute: Übergreifendes

PETRA PAU	
Die Mitte der Gesellschaft	16
ROLAND BACH	
Die extreme Rechte – Feind der Demokratie	22
REINER ZILKENAT	
Das »Zentrum gegen Vertreibungen« und der grassierende Geschichtsrevisionismus. Vorgeschichte, Ziele, Planungen	34
HORST HELAS	
Der Platz des Antisemitismus im deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart	50

Kapitel II: Rechtsextremismus heute: Kommunales

KLAUS BÖTTCHER	
Rechtsextremismus heute. kommunalpolitische Aspekte	62
DIERK BORSTEL	
Rechtsextremismus und demokratische Kultur: Ein Lehrstück aus Vorpommern	79
JÖRG DETJEN	
Die rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie von »pro Köln«	84
RALPH GABRIEL, REINER TIETZ	
Keine Sorglosigkeit gegenüber dem Rechtsextremismus zulassen. Neues aus Oranienburg	95
MATHIAS GÜNTHER	
Bunte Arznei für »Grünes Herz« mit brauner Klappe?	107
MICHAEL QUELLE	
Antifaschismus – gelebte Haltung im Landkreis Stade	114
LUTZ RICHTER	
»Hinter der Idylle«. Die Entwicklung der rechten Szene in der Sächsischen Schweiz und Strategien zu deren Zurückdrängung	120
Zu den Autoren	130
Auswahlbibliographie	131

Vorwort

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in den letzten Jahren kontinuierlich die Auseinandersetzungen um rechtsextremistische Tendenzen begleitet. Theoretische wie auch praktische Fragen standen dabei immer in einer engen Beziehung. Mit der vorliegenden Publikation soll diese Arbeit dokumentiert und fortgesetzt werden.

Dabei sehen wir uns mit einer Reihe neuer Erscheinungen konfrontiert, die die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Anschauungen und rechtsextremistischer Politik, den sie tragenden Strukturen, mit ihren Quellen und ihrem sozialen Nährboden neu herausfordern. Es sind nicht nur der Wahlerfolg in Sachsen und tagtägliche Ausschreitungen rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher, offen oder verdeckt handelnde Organisationen, Verlage oder die rechtsextremistische Musikszene. Dies alles könnte man als Fortschreibung bestehender Tendenzen sehen, die auch schon vielfach analysiert wurden. Auch dürfte es unwahrscheinlich sein, dass wir vor der Errichtung einer neofaschistisch geprägten Ordnung stünden. Die tatsächliche Gefahr ist, dass immer mehr Grauzonen entstehen in denen sich Elemente rechtsextremistischer Wertesysteme und Handlungsmuster mit akzeptiertem Alltagsverhalten überlappen. Die deutliche Verschärfung der Konkurrenz in der Gesellschaft wie auch im internationalen Maßstab, der beständig wachsende tatsächliche und moralische Druck vor allem auf ohnehin sozial Benachteiligte, der voranschreitende Verlust vieler Sicherheiten im Mittelstand und unter Kernbelegschaften wie auch schließlich die Schwächung von Möglichkeiten der Entwicklung kollektiver Handlungsstrategien, vor allem durch die deutliche Schwächung der Gewerkschaften und das Abhängen ganzer Regionen von wirtschaftlicher und sozialer Dynamik, bilden ein Umfeld, das empfänglich für rechtsextremistische Tendenzen macht. Erklärungsversuche, die darauf hinauslaufen, dass dies eben ein Resultat des Kapitalismus sei, helfen da nicht weiter.

Insofern ist es richtig und notwendig, dass diese Publikation einen großen Bogen spannt – ausgehend von grundsätzlichen Fragen bis hin zu kommunalen und regionalen Handlungskonzepten und Erfahrungen. Wenn Roland Bach in seinem Beitrag den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen des Rechtsextremismus mit dem für eine Demokratisierung in der Gesellschaft in Beziehung setzt, so ist damit m.E. ein wichtiges Bindeglied von Aktivitäten auf verschiedenen Politikfeldern und -ebenen benannt. Die Verteidigung demokratischer Rechte und ihre Erweiterung bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für Bündnisse bis in die Mittel- und Oberschichten hinein, wo sich Mo-

bilisierung gegen Rechtsextremismus und Positionierungen gegen die Aus-
höhlung klassischer bürgerlicher Freiheiten und Rechte im Namen der »inne-
ren Sicherheit« oder des »Kampfes gegen den Terror« miteinander verbinden.
Diese Militarisierungstendenzen nach innen bilden gemeinsam mit einer neu-
en Form der Militarisierung der Außenbeziehungen eine gefährliche Mi-
schung, die sich in den sozialen Beziehungen niederschlägt und einen in die-
ser Kombination neuen Nährboden für rechtsextremistische Anschauungen
liefert:

- Ausschluss von Konsensmomenten aus Entscheidungsprozessen und Ne-
gation der individuellen Urteilsfähigkeit – der »außerordentliche Eingriff«,
auch unter Verletzung von Recht und Menschenwürde, als Normalfall

- Akzeptanz physischer Gewalt und physischer Vernichtung als normaler
Weg der Konfliktlösung

- Hierarchisierung von Beziehungen jenseits des bürgerlichen »Vertrages«,
Formierung eines Sonderrechtes in »sicherheitsrelevanten« Bereichen (auch
hier wird durch den »Kampf gegen den Terror« eine neue Stufe markiert) aber
auch in sozialen Bereichen und unter diesem Gesichtspunkt eine umfassende
Uminterpretation von bürgerlichen Werten

- Akzeptanz enger Zielkorridore in der Politik, vor allem hinsichtlich der
Verteidigung des »Standortes« – Standortsicherung als Einheit von Sozialpoli-
tik, Wirtschaftspolitik und globaler Sicherheitspolitik, Globalisierung »natio-
naler« Interessen

- Veränderung von Sprache

- Uniformierung, Reduktion und Unterdrückung von Verschiedenheit in
Bezug auf das Verhalten im Arbeitsleben

- Rückkehr zu Berufsheer und SöldnerInnentum auf einer neuen Stufe
der Verwissenschaftlichung und Technisierung der Kriegsführung und Ge-
staltung von Konflikten – Trennung des Professionell-Technischen vom Ethischen.

Diese Tendenzen entsprechen einer neuen Form von Herrschaftsausübung,
die aber gleichzeitig versucht, durch die Ausweitung partizipativer Formen
der Demokratie Teile der Gesellschaft neu zu integrieren. Auch in den herr-
schenden Eliten von Wirtschaft und Staat ist die Austarierung dieser Momen-
te nicht unumstritten.

Was kann politische Bildung vor diesem Hintergrund tun? Es reicht nicht,
wie vielfach getan, im Sinne einer »Demokratieerziehung« konsensuale Me-
chanismen der Konfliktlösung, Antigewalttraining und Toleranztraining
flächendeckend anzubieten. Dies kann nur eine Seite sein. Die dort realisierte
Wertevermittlung muss sich mit Formen verbinden, die natürlich an erster
Stelle über Ideologie und Strukturen informieren, Hintergründe deutlich ma-
chen, die beitragen, Gesellschaft als Gesellschaftlichkeit wieder zu verstehen.
Gesellschaftlichkeit als Einheit von Wirtschaftlichem, Sozialem, Kulturellem

und Politischem zu verstehen kann zu einem neuen Verständnis von Solidarität in einem globalen Sinne beitragen, stellt eigene Probleme in Beziehung zur Welt und kann so rassistischen, antisemitischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Tendenzen Grundlage und Legitimität entziehen. Darüber hinaus muss die linke Bewegung, und dies ist vielleicht ein weiterer Baustein, wieder zu einem Ort werden, wo Menschen individuelle Überlebensstrategien entwickeln können. Wahrscheinlich ist dies, eine Wiederbelebung und Neukonstituierung eigener solidarischer Kultur in einer globalisierten Welt ein Eckpunkt im Kampf gegen Rechtsextremismus. Wir hoffen, mit diesem Band in diesem Sinne Anregungen geben zu können.

Lutz Brangsch

Einleitung

Es ist noch gar nicht so lange her. Im Herbst 2004 schreckten viele Menschen in Deutschland wie im Ausland auf, weil in Brandenburg (wieder) und Sachsen (erstmal) Vertreter rechtsextremistischer Parteien in Landtage einzogen – in Fraktionsstärke.

Diesen offensichtlichen Qualitätssprung deutlich zu machen – das ist eines der Anliegen der Herausgeber und Autoren dieser Publikation.

Seit diesen beiden Landtagswahlen manifestiert sich in einigen Regionen – vor allem im Osten, aber beispielsweise auch im Saarland – eine stabile rechtsextremistische Anhängerschaft mit örtlich über 10 Prozent der Wählerstimmen. Die Ursachen für diesen Trend sind vielfältig. Einfache Erklärungsmuster helfen nicht weiter.

Durch die vorgezogene Bundestagswahl am 18. September 2005 erhielt das politische Leben in Deutschland eine ungewohnte Dramatik. Mit 54 Bundestagsabgeordneten meldete sich die deutsche Linke auf die politische Bühne zurück. Die Erwartungen an DIE LINKE sind groß. Daraus resultiert auch der gewachsene Bedarf an aktuellen Zustandsbeschreibungen, verallgemeinernden Analysen sowie wirksamen Gegenstrategien zum Rechtsextremismus.

Dieser Sammelband will im Verständigungsprozess der demokratischen Kräfte über den Rechtsextremismus einen Beitrag leisten. Er soll helfen, einer interessierten Öffentlichkeit, innerhalb der Linkspartei.PDS, aber auch über sie hinaus, verschiedene Sichtweisen und konkrete Erfahrungen zugänglich zu machen. Eine umfassende Synthese und die Ausarbeitung von Langzeitkonzepten bedürfen längerfristiger Forschung und gründlicher politischer Debatte. Hierzu will dieses Buch einen Impuls geben.

Herausgeber und Autoren sehen die hier vorgestellten Auffassungen als »work in progress«, als Bausteine für eine umfassende Strategie für linkes Denken und Handeln gegen den Rechtsextremismus. Leser dieses Bandes, Politiker, Wissenschaftlerkollegen, Kommunalpolitiker »vor Ort«, die vielen in Projekten Engagierten und weitere Interessierte seien zu Kritik und weiterführenden Gedanken ausdrücklich ermuntert.

Seit der Bundestagswahl im September vorigen Jahres ist auch am »rechten Rand« der Gesellschaft in Deutschland einiges in Bewegung gekommen. Rechtskonservative Kräfte wollen bestimmte Politikfelder wieder stärker selbst inhaltlich besetzen, Nation, Heimat und »Leitkultur« und anderes nicht den Rechtsextremisten allein überlassen. Vielerorts wird nachgedacht, wie rechtsextremistischen Einstellungen in der »Mitte der Gesellschaft« beizukommen ist – beginnend mit der Suche nach Antwort auf die Frage:

Was ist eigentlich die »Mitte der Gesellschaft«?

Die Publikation ist in zwei Teile untergliedert.

Im *ersten Teil* des Buches werden verschiedene aktuelle Aspekte der Theorie und Praxis rechtsextremistischer Strömungen in der deutschen Gesellschaft untersucht.

Petra Pau, für die PDS drei Jahre lang gemeinsam mit Gesine Lötzsch im Deutschen Bundestag, zieht Bilanz unermüdlicher politischer Anstrengungen, die in der Regel bei den Abgeordneten aller anderen Parteien ohne Resonanz blieben. Auf örtliche Erfolge von Rechtsextremisten in Berlin verweisend, warnt sie zugleich vor kurzschlüssigen Erklärungsversuchen nach dem Motto: je ärmer und dümmer, desto rechter.

Roland Bach charakterisiert die extreme Rechte als Feind jeglicher Demokratie und verweist auf Konzepte und Erfahrungen der Gegenwehr. Er kommt zu dem Schluss: »Mit der öffentlichen Debatte über die Stärkung der ›direkten Demokratie‹, über die Organisierung von Bürgerbefragungen, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheiden auf den verschiedenen Ebenen – auch bis zur EU-Verfassung – wird die Linke nicht nur ihr eigenes Profil schärfen und an Ansehen gewinnen, sondern auch Neonazis und anderen Rechtsextremen die demagogische Spitze vieler ihrer Forderungen abbrechen.«¹

Reiner Zilkenat gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der innerdeutschen und internationalen heftigen Debatte um die Gründung eines »Zentrums gegen Vertreibungen«. Er sieht darin ein typisches Beispiel geschichtsrevisionsistischer Bemühungen – in Deutschland wie in Europa insgesamt.

Horst Helas setzt sich mit der veränderten Rolle des Antisemitismus in den theoretischen Überlegungen und praktischen Aktivitäten des deutschen Rechtsextremismus auseinander.

Der *zweite Teil* der Publikation wird mit einem Beitrag von *Klaus Böttcher* eingeleitet, der auf die besondere Bedeutung der kommunalen Ebene in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verweist. Benannt werden zentrale Schwerpunkte und mögliche Richtungen einer noch besser koordinierten Gegenwehr aller demokratischen Kräfte vor Ort.

Es folgen schlaglichtartig Zustandsbeschreibungen der Situation in ausgewählten Regionen und Kommunen: Mecklenburg-Vorpommern, Köln, Oranienburg, Stade, Südthüringen und Sächsische Schweiz.

Mancher Leser wird beim Studium einzelner Texte die Erfahrung machen: Bei uns gibt es eine ähnliche Situation. Oder: Diese Idee zur Gegenwehr könnten wir auch einmal ausprobieren.

Interessant ist, dass gleich drei Autoren (*Roland Bach*, *Klaus Böttcher* und *Dierk Borstel*) auf die vorpommersche Stadt Ueckermünde verweisen, wo Kommunalpolitiker glaubten, sich mit einem generellen politischen Kundge-

1 Siehe: S. ... des Buches.

bungsverbot für das Stadtzentrum am besten gegen rechtsextremistische Aktivitäten wehren zu können.

Insgesamt ist zu beobachten, dass einige Kommunalpolitiker die Bekämpfung rechtsextremistischer Gruppierungen und Aktionen immer noch nicht für eine langfristige gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Kräfte halten, sondern eher für einen möglichst rasch zu überwindenden Imageschaden, der die Touristen aus dem In- und Ausland vom Besuch abschreckt.

Wieder andere setzen immer noch ein Gleichheitszeichen zwischen Rechts extremismus und so genanntem »weichen Extremismus«² Auch der Verfassungsschutz ist von seiner separaten Beobachtungs- und Bewertungspraxis von Links-, Rechts- und Ausländerextremismus nicht abzubringen. Eine spezielle Analyse des Hamburger Verfassungsschutzes zu den Bundestagswahlen räumte dem so genannten Linksextremismus mehr Platz ein als dem Rechts extremismus. Sinnigerweise begann das Kapitel zu ersterem mit generellen Aussagen zur Linkspartei.PDS. Jeder Kommentar erübrigt sich wohl.

Die hier vorgestellten Fallbeispiele zeigen für verschiedene Regionen und Orte in Deutschland, in West und Ost, wie wichtig die Pflege, ja der systematische Ausbau demokratischer Strukturen ist. Mehr Bildungsangebote (für Junge und Ältere) werden gebraucht. Schließung von Freizeiteinrichtungen und finanzielle Austrocknung von Projekten, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus widmen, sind die falschen Maßnahmen und strafen allgemeine Absichtserklärungen mancher Politiker Lügen.

Man täusche sich nicht: Nur weil die Landtagsfraktion der NPD in Sachsen um drei Mitglieder geschrumpft ist, gerät der Rechtsextremismus nicht gleich in eine bundesweite Niedergangphase. Auch die oft ausgesprochene Vermutung, dass es bei rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien auch schon früher das Auf und Ab spektakulärer Wahlerfolge und parteiinterner Zerfleischung gegeben hat und es auch diesmal nicht so schlimm kommen wird, halten wir für fragwürdig.

Bekanntlich beginnt jede politische Debatte unter anderem mit der Selbstversicherung, *wie* im Disput – schon innerhalb Deutschlands, viel stärker auf der internationalen Bühne – von jedem der Beteiligten die einschlägigen Begriffe im übereinstimmenden Sinne verwendet werden.

Was den Begriff »Rechtsextremismus« in Deutschland betrifft, gehen Herausgeber und Autoren von folgender Begriffsbestimmung aus:

»Der Rechtsextremismus hat sich in den letzten Jahren in Deutschland immer mehr ausgebreitet. Er ist in allen gesellschaftlichen Schichten, in allen Altersgruppen und Berufen anzutreffen. In seiner heutigen Erscheinungsweise ist er in der Regel kein Relikt der Vergangenheit, sondern eine pervertierte

2 So Eckhard Jesse in einem Zeitungsbeitrag (»Freie Presse« vom 5.9.2005).

Reflexion gegenwärtiger Realitäten. Darauf sind unter anderem auch die Wahl-Ergebnisse der NPD 2004 in Sachsen zurückzuführen. Im allgemeinen sind die Kenntnisse über dieses Phänomen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft bis hinein in viele Medien zumeist recht naiv und oberflächlich. Rechtsextremismus gibt es nicht nur in Gestalt von Parteien und neonazistischen Kameradschaften, sondern weit mehr in der Form verschiedenartigster Theorie, in den Aktivitäten von Neuen Rechten bis hin zu neuheidnischen Zirkeln. Rechtsextremismus begegnet uns in Gestalt von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Liedertexten, im Lifestyle junger Menschen und zeigt sich im Denken und Handeln nicht weniger Menschen bis tief hinein in die Mitte der Gesellschaft. In der Vielfalt rechtsextremistischer Erscheinungen ist der Neonazismus die geistig und politisch gefährlichste Variante. Obwohl es keine allgemein akzeptierte Definition des Rechtsextremismus gibt, werden diesem dennoch zumeist folgende Elemente zugerechnet:

- ein übersteigerter, auf biologistischer Grundlage (Blut- und Boden-Ideologie) basierender und oft aggressiver Nationalismus und Chauvinismus;
- eine daraus resultierende antihumanistische Fremdenfeindlichkeit. Kern dieser Ausländer ablehnenden Einstellung ist ein rigoroser Rassismus mit der abscheulichsten Version des Antisemitismus;
- eine mehr oder minder schroffe Ablehnung aller Andersdenkenden, Anderslebenden und Andersaussehenden Menschen als »Undeutsche« und »lebensunwerte Kreaturen«;
- grundsätzlich ist der Rechtsextremismus patriarchalisch-sexistisch geprägt;
- eine Ablehnung und Verneinung aller grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte, insbesondere der universellen Gleichheit aller Menschen;
- eine völkische Verharmlosung, Relativierung, Umdeutung bzw. Leugnung aller Verbrechen des deutschen und internationalen Faschismus;
- ein Streben nach einer neuen politischen Ordnung (»Volksgemeinschaft«) mit einem nach innen und außen autoritären Staat, dem alle individuellen Wünsche, Interessen und Rechte unterzuordnen sind. Von solchen Positionen her reicht die Verteufelung der BRD bis zum »jüdischen Systemstaat«. Ungeachtet dieser Tatsache gibt es bei rechtsextremistischen Parteien, die an Parlamentswahlen teilnehmen, ein verbales Bekenntnis zum Grundgesetz der BRD;
- eine Überbetonung aller militaristischen und soldatischen Werte und Verhaltenweisen. Die damit verbundene Verherrlichung von Gewalt und des Führerprinzips führt zu einer fast vollständigen Negierung demokratischer Verhaltenweisen.

Viele rechtsextremistische Vereinigungen verfügen über politische Programme, die von sympathisierenden Wissenschaftlern von allen »belastenden« Formulierungen gesäubert und in den letzten Jahren stärker den realen Bedingungen angepasst wurden. Diese völkischen Programme sind so populistisch angelegt, dass allen alles versprochen wird.

Seit einigen Jahren kopieren Rechtsextremisten, vor allem der NPD und der Neonazis, skrupellos viele linke Losungen und agieren jetzt unter anderem mit Schlagworten wie ›Antikapitalismus‹, ›Volksfront‹, ›soziale Gerechtigkeit‹ und der ›Errichtung eines sozialistischen Systems‹. Im Rahmen ihrer Strategie zur Eroberung einer »kulturellen Hegemonie« streben Neonazis, rechtsextrem gesinnte Skinheads und Anhänger der NPD nach Eroberung so genannter ›national befreiter Zonen‹ in Kommunen, Freizeiteinrichtungen und ähnlichen Bereichen. Bei den kommenden Parlamentswahlen wollen NPD, DVU und Teile der Neonazis mit abgesprochenen Listen antreten.«³

Der wichtigste Grund dafür, nicht etwa lediglich von »Rechtsradikalismus« zu sprechen ist die dichtere Affinität von Rechtsextremismus zu Aktivitäten und Äußerungen, die in Deutschland als Straftatbestände gesetzlich festgeschrieben sind und mehr oder weniger konsequent auch verfolgt werden. Der Begriff »Rechtspopulismus« meint in Deutschland auch bestimmte inhaltliche Themen und Strukturen (wie etwa die Schill-Partei), die dem Rechtsextremismus in mancher Aussage sehr nahe kommen. Im Unterschied zu Deutschland wird mit »rechtspopulistisch« in anderen europäischen Ländern das politische Wirken kleinerer und größerer politischer Parteien beschrieben, die – relativ unabhängig von ihrem politischen Einfluss im jeweiligen Land – nicht einfach als rechtsextremistisch eingestuft werden können, auch wenn sie bei NPD und DVU viel Sympathie finden.⁴

Wie Jörg Detjen für Köln zeigt, gibt es örtlich auch in Deutschland rechtspopulistische Strukturen, die sich relativ lange halten können und nicht sofort in ihren letztlich reaktionären, fremdenfeindlichen Zielen durchschaut werden.

Nimmt man die europäische Dimension in den Blick, ist die stärkere praktische internationale Vernetzung im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsepopulismus gleichermaßen dringend geboten. Die notwendige Klärung von Begriffen bleibt dabei wichtig, will man nicht aneinander vorbeireden.

Rechtsextremismus ist – genau wie im ganzen 20. Jahrhundert – eine Grundströmung der Gesellschaft in Deutschland wie in anderen Ländern der Welt.

Horst Helas

3 Siehe: Mehr als Schlagworte – Definitionen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Antifaschismus. In: Rundbrief AG Rechtsextremismus / Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS 3/05, S. 19-20. Autor des Textes: Norbert Madloch.

4 Siehe: Joachim Bischoff / Klaus Dörre / Elisabeth Gauthier u. a. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg 2004.

Die Mitte der Gesellschaft¹

Wahlen und Rechtsextreme

Ich beginne mit einem Blick zurück: 2004 hatten wir Landtagswahlen. Dabei feierten rechte und rechtsextreme Parteien in Sachsen und in Brandenburg Wahlerfolge. Im Sächsischen Landtag wurde die NPD – fast zweistellig – auf »Augenhöhe« mit der SPD gewählt.

Diesem parlamentarischen Höhenflug der NPD 2004 folgte zu den Bundestagswahlen 2005 die Bruchlandung. Das haben wir natürlich begrüßt. Doch Vorsicht: Das gilt nämlich nur im großen Draufblick. Sobald man sich bestimmte ländliche Regionen oder auch Kieze in Berlin genauer anguckt, wird deutlich: Die NPD hat ihre Position ausgebaut. Ihre Strategie trägt braune Früchte. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung.

Ob das Wahl-Bündnis zwischen NPD und DVU hält und ob die außerparlamentarischen Cliquen der NPD mit neofaschistischen Kameradschaften von Bestand sind, das weiß ich natürlich nicht. Aber, so meine These: Das ist auch nicht von Belang, jedenfalls nicht vorrangig. Die entscheidende Frage ist, wie viel Zuspruch sie aus der Mitte der Gesellschaft erhalten. Denn dort lauert die eigentliche Gefahr. Die Wahlergebnisse sind dafür nur ein Indiz, aber kein unwichtiges. Denn es signalisiert, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich bewusst für rechtsextremistische Ansätze entscheiden und das richtig finden.

Statistische Zusammenhänge

Ich bleibe beim Beispiel Berlin und bei den NPD-Ergebnissen zur Bundestagswahl. Stadtweit erzielte sie 1,6 Prozent aller Zweitstimmen. Das könnte man unter »normal« abbuchen und vernachlässigen.

Aber schaut man auf ausgewählte Kieze, dann wird es ernst. So erzielte die NPD im Wahlbezirk 405 in Oberschöneweide 11,4 Prozent und im Wahlbezirk 119 in Marzahn Nord 10,1 Prozent der Zweitstimmen. In beiden Wohngebieten sind die rechten Kameraden auch im Alltag präsent. Und sie verfügen über eine Infrastruktur, die sie ausbauen. Dazu gehören Läden und Kneipen, die sie selbst betreiben, oder Clubs, die sie dominieren. Die Wahlergebnisse sind also kein virtueller Zufall.

1 Einführungsvortrag, gehalten auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema: Gefahren vom »rechten Rand« für die Demokratie, Berlin, 26. November 2005.

Berlins Innensenator, Erhard Körting (SPD), schätzt ein: »Überall dort, wo Rechte im täglichen Leben auftauchen, gelingt es ihnen auch, Bürger zu bewegen, rechtsradikal zu wählen.« (Morgenpost, 23.9.2005) Und Körtings Leute (LfVS) machen eine weitere Rechnung auf. Demnach gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Wohn- bzw. Aufenthaltsorten rechter Kameraden, dem Wahlergebnis für die NPD und der Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten.

Keine Einzeltäter

Das wiederum deutet auf eine neue Qualität hin: de facto, aber auch in der politischen Einschätzung. Vielleicht erinnern sie sich noch an den »Fall Diesner«. Der Berliner Neonazi machte 1997 Schlagzeilen.

»Aus Hass gegen die PDS«, wie er sagte, schoss er in der Marzahner Geschäftsstelle blindwütig auf Klaus Baltruschat. Tage später erschoss Diesner auf der Flucht durch Schleswig-Holstein einen Polizisten. Er wurde in Lübeck zu lebenslanger Haft verurteilt, als Einzeltäter. Auch der damalige Berliner Innensenator, Schönbohm (CDU), wollte weder Strukturen, noch Zusammenhänge sehen.

Insofern bin ich froh, dass der aktuelle Berliner Innensenator eine andere, eine komplexere Sicht hat. Eine Zeitung nannte Körting (SPD) mal den »Schily der Hauptstadt«. Gründlicher daneben geht es kaum.

Sozialer Zündstoff

Im Sozialstruktur-Atlas Berlins wird Marzahn-Nord als Gebiet mit überproportional vielen sozialen Problemen ausgewiesen (viele Sozialhilfeempfänger, hohe Arbeitslosigkeit, mangelnder soziale Bindungen, fehlende Perspektiven).

Oberschöneweide rangiert im Sozialatlas ebenfalls auf einem hinteren Platz. Auch dort trifft die Übereinstimmung zwischen sozialen Schieflagen, Nazi-Präsenz, rechtsextremen Straftaten und Wahlerfolgen der NPD zu. Ähnliches gilt für weitere Berliner Kieze.

Das deutet auf Zusammenhänge hin und das könnte Ansatzpunkte für die Politik bieten. Mit Politik meine ich ausdrücklich einen Dreiklang von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik einerseits und zugleich das politische Engagement der Zivilgesellschaft.

Gegen Kurzschlüsse

Aber ich warne zugleich vor einfachen Schlüssen nach dem Muster: Je ärmer und dümmer, desto rechter. Das ist falsch. Ich kenne auch keine ernsthafte Analyse, die so etwas belegt. Nahe liegend ist allerdings: fehlende soziale Bindungen sind Einfallstore für Nazi-Cliquen.

Und soziale Bindungen schwinden überall. Es gibt Untersuchungen die besagen: Je größer die allgemeine Verunsicherung und die empfundene Perspektivlosigkeit ist, umso größer wird der Nährboden für simple Parolen und damit auch für rechtsextreme Lösungen.

Die allgemeine Verunsicherung und schwindende Perspektiven sind aber kein Privileg von Randgruppen. Sie haben längst die Mitte der Gesellschaft ergriffen, selbst qualifizierte Experten in modernen Branchen.

Das wiederum führt zu einer weiteren Überlegung. Diese allgemeine Verunsicherung und die fehlenden Perspektiven verschwinden nicht, indem man rechtsextreme Parteien verbietet. Verbote gehen nicht an die Wurzel, wie gern behauptet wird, sie sind auch nicht radikal. Die Wurzeln für rechtsextreme Auf- und Auswüchse sind vielfältiger. Anders gesagt: So lange der Rechtsextremismus vor- und überwiegend als Problem klassischer Innenpolitik verhandelt wird, so lange führen wir lediglich Ersatz- und Schein-Debatten.

Rechtsextremer Alltag

Nun zum Bundestag: Ich habe in den letzten drei Jahren keine einzige ernsthafte Debatte über den Rechtsextremismus erlebt und wie ihm zu wehren sei, jedenfalls nicht im Plenum. Dabei gäbe es Gründe genug. Aber wir zwei PDS-Frauen hatten kein Recht, sie zu fordern.

Gleichwohl habe ich eine Standardfrage der PDS fortgeführt. Ich wollte Monat für Monat wissen, wie viele rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten das Innenministerium registriert hat. Über den tatsächlichen Wert der Antworten können wir uns gern noch unterhalten.

Aber allein die offiziell zugegebenen Zahlen besagen: Stündlich gibt es bundesweit mindestens eine rechtsextreme Straftat und täglich gibt es zwei bis drei registrierte Gewalttaten. Und natürlich mindestens ebenso viele Opfer. Das ist bundesdeutscher Alltag, in Ost und West.

Umso unverständlicher ist die Ruhe im Bundestag. Sie wird bestenfalls unterbrochen, wenn spektakuläre Ereignisse das deutsche Ansehen im Ausland gefährden. Wie 1999, als in Düsseldorf ein Attentat auf jüdische Aussiedler publik wurde. Danach gab es einen groß inszenierten »Aufstand der Anständigen«. Er war wichtig, aber er ist längst verebbt. Und er erschöpfte sich ohnehin

im Symbolischen und im Moralischen. Mögliche Wurzeln oder Quellen für rechtsextremistische Anfälligkeiten wurden auch damals nicht aufgedeckt.

Maßstäbe gegen Rechts

Rot-Grün hat inzwischen ausgedient. Seit Dienstag regiert eine große Koalition der Unions-Parteien mit der SPD. Das finden wir natürlich nicht gut. Aber das ist nicht entscheidend. Mein Prüffeld ist der Koalitions-Vertrag. Und meine Thesen im Kampf gegen Rechtsextremismus sind:

Wir brauchen mehr soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen mehr Demokratie, Mitbestimmung, Zivilgesellschaft.

Wir brauchen mehr Politik, in Deutschland, in Europa und weltweit.

Daran gemessen verheißt der Koalitionsvertrag nichts Gutes.

Nun können Sie, nun könnt Ihr sagen: Das wissen wir doch. Der Normalbürger kommentiert anders. Er fragt schlicht: Was ist euer Angebot. Er will überzeugende Alternativen. Eine linke Partei, eine linke Fraktion als Protest-Lautsprecher ist ihm auf Dauer zu wenig.

Die Protest-Kopie findet er nämlich ebenso am rechten Rand. Das haben die letzten Wahlkämpfe gezeigt, bis hin zu Slogans wie »Hartz IV – weg damit!« Die wirklichen und entscheidenden Unterschiede liegen in den Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen und Konflikte.

Politik stärken

Und deshalb will ich gerne in der Wunde bohren. Die Linkspartei.PDS hat nach wie vor ein ungeklärtes Verhältnis zu internationalen politischen Institutionen. Das betrifft die EU ebenso, wie die UNO. Wir wissen gut, was wir an ihnen zu Recht kritisieren und wir tun dies gern. Aber wir vermögen bislang nicht, verständliche Alternativen zu vermitteln.

Damit bieten wir aber den Rechtsextremen einen Freiraum, den sie mit nationalistischen Parolen füllen. Dass es die viel bemühte Globalisierung des Kapitals geben wird, das wissen wir spätestens seit Karl Marx. Dass der real-existierende Sozialismus darauf keine adäquate Antwort war, das wissen wir spätestens seit 1989/90.

Ich habe die große Lösung nicht parat. Aber ich wiederhole: Anti allein reicht nicht aus. Auch Anti-Faschismus braucht ein Pro, ein Für – nicht nur als stramme Losung, sondern als humanistische und zugleich ergreifende soziale Idee, als Erlösung gegen den braunen Geist.

Gefährliche Leitkultur

Gestern wollte ich zur evangelischen Akademie in Loccum. Das Thema hieß: »Wie viel Pluralität ist möglich und wie viel Homogenität ist nötig?« Wir wollten über Migration und Integration, über Leitkultur und Multikulti diskutieren. Der Wintereinbruch und das Verkehrschaos ließen mich nicht nach Niedersachsen kommen. Aber das Thema hat etwas mit dem zu tun, das wir hier bearbeiten.

In Berlin leben Menschen aus 158 Nationen. Sie sind Berlinerinnen und Berliner. Berlin ist multikulturell, im Alltag und nicht nur beim Karneval der Kulturen. Das ist so, und das ist gut so, aber das ist nie problemlos.

Der Berliner Senat hat ein Integrations-Konzept vorgelegt, das nun im Parlament beraten wird. Es unterscheidet sich gründlich vom Ausgrenzungs-Votum der großen, christlichen Bundes-Koalition. Meine zugespitzte These ist: Sobald sich der erste Minister im Bundestag mit der Gottes-Formel vereidigen lässt – »so wahr mir Allah hilft« – sind wir weiter. Was nichts daran ändert: Ich finde jeden Gottes-Eid falsch, überflüssig, unpolitisch.

Aber es gibt inzwischen den zweiten Aufguss der Debatte über eine vermeintlich deutsche Leitkultur. Was das ist, hat noch niemand schlüssig erklärt. Zumeist münden die Erklärungen bei Gott und bei preußischen Pflichttugenden. Das ist zu wenig und obendrein demokratie-gefährdend.

Ich will hier nur andeuten: Die so genannte Leitkultur bietet – gewollt oder ungewollt – ein Einstiegstor in den völkischen Nationalismus, der wiederum ein Fixpunkt rechtsextremer Ideologie ist. Politisch tritt der völkische Nationalismus als Rassismus, Antisemitismus und in ähnlichen Formen auf. Er richtet sich gegen die Universalität der Menschenrechte und widerspricht auch Artikel 1 Grundgesetz. Zitat: »Völker sind die Träger der Kulturen, Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewusstsein. Die Erhaltung der Völker dient der Erhaltung der Kultur. Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur.«

Das Zitat stammt aus dem NPD-Programm von 1966. Wir finden ähnliche Diskurse aber auch bei Verfechtern der Leitkultur, vornehmlich bei der CDU/CSU. Der Rechtsextremismus findet seine Stichworte in der Mitte der Gesellschaft. Er greift sie auf, er radikalisiert sie, exerziert sie. Deshalb bleibe ich bei meiner alten These: Wer den rechten Rand bekämpfen will, muss um die Mitte der Gesellschaft kämpfen.

Aktuelle Publikationen zum Thema:

Klaus Kinner (Hrsg.)

**Die extreme Rechte im Osten.
Gegenstrategien**

GNN Verlag Sachsen Schkeuditz 2005

ISBN 3-89819-212-1, 168 S., 10,50 Euro

Mathias Günther (Hrsg.)

Heute Sachsen, morgen Deutschland?

Rechtsextremismus heute. Eine Bestandsaufnahme

quer-verlag Hildburghausen 2005

ISBN 3-935787-06-5, 200 S., 8,80 Euro

Die extreme Rechte – Feind der Demokratie¹

I. Erinnerung an geschichtliche Erfahrungen

Die extreme Rechte in Deutschland knüpfte stets an die reaktionärsten Traditionen deutscher Geschichte an. Demokratischer Geist war ihr zutiefst verhasst. Ungeachtet der Differenzen in den eigenen Reihen war sie sich einig in der Ablehnung der Menschenrechts- und Freiheitsgedanken der Französischen Revolution, der demokratischen Traditionen des Vormärz und der Revolution von 1848, in der Ablehnung der demokratischen Ideen von Gleichheit und Brüderlichkeit der Arbeiterbewegung. Ihre Ideologie und Politik stützte sich auf reaktionäres Preußentum und Militarismus, war von extremem Nationalismus und Chauvinismus gekennzeichnet, brachte aggressive Kolonialpolitik, Rassenhass und Völkerverhetzung hervor.

Unfähig sich zu wandeln und die Ursachen ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg einzugestehen, bekämpften die Anführer und ihre Gefolgschaft der äußersten Rechten hasserfüllt die demokratischen Grundlagen der Weimarer Republik, putschten gegen sie in München 1923 unter Hitlers und Ludendorffs Führung, ermordeten nicht nur Liebknecht und Luxemburg, sondern auch bürgerliche Demokraten wie Rathenau und Erzberger. Aus der Hetze gegen das »System« und die »Judenrepublik« wurde jenes Klima geschaffen, in der es mit Hilfe des Großkapitals möglich wurde, die reaktionärste und demokratiefeindlichste Partei, die faschistische Partei an die Macht zu hieven.

Hitler selbst hat aus seiner prinzipiellen Ablehnung des parlamentarisch-demokratischen Systems nie ein Hehl gemacht. In seinem Machwerk »Mein Kampf« verspottete er den parlamentarischen Betrieb unter Berufung auf seine eigenen negativen Eindrücke beim Besuch des österreichischen Parlaments in Wien vor dem Ersten Weltkrieg, die Parlamentarier als »Parlamentswanzen« und »parlamentarische Raupen«. Die »Abschaffung des Parlamentarismus« wurde zunächst in der faschistischen Partei und Bewegung, später nach Erlangung der Macht in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft durchgesetzt. An die Stelle der bürgerlichen Demokratie trat das »Führerprinzip« als Grundgesetz der nazistischen Weltanschauung. Es war unter Berufung auf Hitlers »Mein Kampf« als Gegensatz zu jeder Art von demokratischer Entscheidung und Mitbestimmung formuliert und fand im Kult um die Person Adolf Hitlers seinen höchsten Ausdruck. Unter dem Motto »Führer befehl,

1 Vortrag, gehalten auf dem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema: Gefahren vom »rechten Rand« für die Demokratie, Berlin, 26. November 2005.

wir folgen« war blinder Gehorsam und bedingungslose Treue gegenüber Hitler als dem obersten »Führer« und die Gefolgschaft gegenüber den Befehlen der Führer auf mittlerer und unterer Ebene gefordert, einschließlich der Wirtschaft, wo ausschließlich die »Betriebsführer« etwas zu sagen hatten. Als Anspruch und in der Durchsetzung zumindest innerhalb der neonazistischen Organisationen ist das Führerprinzip auch für den modernen Rechtsextremismus typisch und kennzeichnender Ausdruck antidemokratischer Gesinnung.

Wenn in der Weimarer Republik dennoch die Naziartei bei Wahlkämpfen antrat, dann ausschließlich zum Zwecke der propagandistischen Massenmobilisierung, der Eroberung der Parlamentstribüne für demagogische Reden und politische Provokationen. Als es ihr schließlich gelang, stärkste Fraktion im Reichstag zu werden und mit Göring einen der fanatischsten Naziführer zum Parlamentspräsidenten zu machen, war die Todesstunde dieses Parlaments eingeläutet. Der Reichstag wurde zum Aufmarschplatz der Braunhemden und »Sieg Heil«-Schreier und er wurde dann zur Etablierung des antidemokratisch-terroristischen faschistischen Regimes kaum noch benötigt.

Es lässt aufhorchen, wenn der Neonazi-Ideologe Karl Richter, Mitarbeiter der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, bei seiner Erläuterung der Ziele der sogenannten »Dresdener Schule« ausdrücklich auch eine »grundlegende Reform des parlamentarischen Systems in der BRD« fordert, ohne dabei allzu konkret zu werden. Erinnerungen kommen auf an den Reichstagsbrand 1933 und die anschließende Jagd auf Menschen, an die Annullierung der kommunistischen Abgeordnetenmandate, die Ermächtigungsgesetze für Hitler, die Verbote der demokratischen Parteien und die Zerschlagung der Gewerkschaften, die Ermordung der Opposition in der SA und im bürgerlichen Lager unter Ausschaltung der Justiz und an das Marionettentheater eines Nazi-Reichstages in der Berliner Kroll-Oper, in der die Befohlenen auch Hitlers Weg in den zweiten Weltkrieg absegneten. Hatte doch Göring schon im Februar 1933 bei einem internen Treffen mit führenden Vertretern des Finanzkapitals getönt, dass die kommende Wahl sicherlich innerhalb von 10 Jahren, voraussichtlich aber für 100 Jahre die letzte sein werde. Was also meinen die Nazis im sächsischen Landtag, wenn sie heute von »Reform des parlamentarischen Systems« reden?

Trotz der historischen Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg und der Zerschlagung seines Herrschaftssystems einschließlich der Bestrafung der wichtigsten Nazi- und Kriegsverbrecher hat sich an den antidemokratischen Zielen und Machtambitionen der extremen Rechten auch heute nichts Prinzipielles geändert.

Die sechzigjährige Tour ihres Wiederaufstiegs, ihrer Tarnung und ihrer Manöver, ihrer Erfolge und ihrer Niederlagen kann hier nicht nachvollzogen werden. Es bleibt aber die Tatsache, dass wir uns heute einem breit gefächerten antidemokratischen Spektrum gegenübersehen, in dem auch ein beträcht-

liches neonazistisches Potential agiert, das den Kampf um die Straße, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um die Parlamente seit Jahren offen aufgenommen hat. Durch die Geschichte sind wir gewarnt. Wer Augen hat zu sehen und wer Ohren hat zu hören, dem bleibt nicht verborgen, dass es – ohne zu dramatisieren und eine neue faschistische Gefahr an die Wand zu malen – ernsthafte Gefahren für die Demokratie gibt, dass sie wachsen und dass es nicht nur darum geht, den Anfängen zu wehren.

II. Die rechtsextremen Feinde der Demokratie

Welche Feinde der Demokratie agieren offen oder verdeckt am Rande der Gesellschaft? In den Verfassungsschutzberichten sind sehr viele genannt, aber längst nicht alle. Die Berichte sind zudem oft oberflächlich und hinken der tatsächlichen Entwicklung in vielen Fällen hinterher. Da sie publiziert sind, kann man sie nachlesen. Hier soll nur auf einige Probleme eingegangen werden.

Beginnen wir bei den *Republikanern*. Sie sind in der Tat oft rechtspopulistisch als rechtsextreme Aktionspartei. Ihr Programm trieft nur so von demokratischen Forderungen: Annahme des Grundgesetzes als Verfassung durch das Volk, Volksabstimmungen zu grundlegenden politischen Entscheidungen, Erleichterung von Volksbegehren, Abschaffung des Verfassungsschutzes in der bisherigen Form, Volkswahl des Bundespräsidenten usw. Hinter dieser Fassade aber wuchern Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit, Forderungen nach Verschärfung des Strafrechts und Hetze gegen Multikulturalismus. Das macht es für radikalere Kräfte dieser Partei leicht, zur NPD hinüberzuwechseln, beziehungsweise nach ihren Misserfolgen bei den jüngsten Wahlen ein Einschwenken auf die von der NPD proklamierte »Volksfront von rechts« zu fordern.

Die *DVU*, die schon auf Grund ihrer Struktur, zentralistisch und autokratisch vom Alleinherrscher Dr. Frey geführt, nicht demokratieverdächtig ist, reiht sich in die Feinde der Demokratie mit ihrem übersteigerten, deutsche Interessen verabsolutierenden Nationalismus, mit ihrer fremdenfeindlichen, antisemitischen und antiamerikanischen Hetze ein. Freys »Nationalzeitung« strotzt von Pauschalisierungen und Herabwürdigungen, von verharmlosenden und glorifizierenden Beiträgen zur NS-Vergangenheit, von Angriffen auf den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass sich die DVU-Fraktion im brandenburgischen Landtag ein demokratisches Mäntelchen umgehängt hat, scheinbar sachorientiert mitwirkt und erst auf den zweiten Blick ihre ausländerfeindliche und reVISIONistische Politik zu erkennen gibt.

Im weiten Feld der Ideologiefabrikation sind heute – meist unterschätzt und von der Öffentlichkeit wenig beachtet – eine große Zahl von Verlagen, Re-

daktionen, Vertriebsgesellschaften und Institutionen angesiedelt, die so unterschiedlich sie auch sein mögen, ihre Feindschaft zur Demokratie als Triebfeder haben. Sie bauen Brücken vom rechten Rand der konservativen und liberalen Parteien bis zur NPD, zu neonazistischen Kameradschaften und ähnlichen Vereinigungen. Sie erlangen wachsenden Einfluss auf Teile der Studentenschaft und auf Hochschulprofessoren, auf die Kulturszene, auf Journalisten und Kirchenvertreter. Die Rollen des unter dem ehemaligen faschistischen Marinerichter Filbinger aufgebauten »Studienzentrum Weikersheim«, der »Gesellschaft für Freie Publizistik« oder des mit berüchtigter antisemitischer Hetze hervorgetretenen »Deutschen Kollegs« unter Mahler und Oberlercher sind seit langem bekannt. Neu dazu gekommen sind das von den Ideen der »Neuen Rechten« gespeiste und im Umfeld der »Jungen Freiheit« agierende »Institut für Staatspolitik« des Karlheinz Weißmann oder die von der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« initiierten »Freiheitlichen Kongresse«. Neben den Produkten der Verlage der rechtsextremen Parteien kommt laufend eine unüberschaubare Flut weiterer antidemokratischer, geschichtsrevisionistischer, antisemitischer Literatur und Tonträger auf den Markt, vom Arndt-Verlag, vom Grabert-Verlag, vom »Nation Europa-Verlag«, von der Verlagsgesellschaft Berg und Dutzenden anderer.

Am Beispiel der NPD wird deutlich, wohin der Marsch der extremen Rechten gehen soll. Ihre Funktionäre, Mitglieder und Organisationseinheiten sind der Kern des demokratiefeindlichen Potentials im Lande. Bereits 2001 war deren Rolle und Zielsetzung so deutlich, dass Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat den Antrag auf Verbot dieser Partei stellten. Das Scheitern dieses Antrages vor dem Bundesverfassungsgericht (nicht auf der Grundlage einer inhaltlichen Untersuchung, sondern wegen entscheidender Fehler der Staatsorgane durch den Einsatz von Spitzeln des Verfassungsschutzes und Verwendung von deren Aussagen) stärkte letztlich die Neofaschisten, ließ sie nun noch provokativer und ungehemmter auftreten. Heute ist unübersehbar, dass nicht das vordergründig zur Schau getragene Biedermeiergesicht diese Partei bestimmt, sondern ihre auf die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates gerichtete aggressive Agitation. Zwar wird der Einsatz von Gewalt bei der angestrebten »nationalen Revolution« derzeit aus taktischen Gründen offiziell noch abgelehnt. Aber mit ihren Erklärungen, die BRD »abwickeln« wollen, nach der DDR auch den zweiten 1945 entstandenen deutschen »Vasallenstaat« zum Verschwinden zu bringen, die Wiederherstellung »der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches« anzustreben, das auch nach der Verhaftung der faschistischen Reichsregierung Dönitz völkerrechtlich fortbestehe und eine neue Ordnung in Deutschland errichten zu wollen in Form einer »Volksgemeinschaft« faschistischen Typs, reden die NPD-Führer Klartext. Dass Udo Voigt mit der Bemerkung provozierte, zweifellos handele es sich bei Hitler um einen großen Staatsmann, gehört ebenso

dazu wie seine Erklärung, ein »Aufstand der Deutschen« sei überfällig. Keinen Widerspruch erntete der Neonazi Dieter Riefeling während einer NPD-Kundgebung in Hannover am 23. Oktober 2004 mit seinem Aufruf zur Gewalt: »Und wenn wir es geschafft haben, wirklich alle in der nationalen Opposition zu vereinigen... dann wird es dereinst einen Sternmarsch nach Berlin geben, und da wird uns keiner dieser Hochverräter mehr entkommen. Da wird jede Ausfallstraße gesperrt sein. Barrikaden werden stehen. Dann ist Deutschland wieder erwacht.«

Getrennt marschierend und nicht immer sich organisatorisch einbindend treffen sie sich im Ziel: die jovial auftretenden NPD- Mandatsträger und die »Freien Nationalisten« der Kameradschaftsszene, die Hassprediger und die Schlägertypen, die Vorkämpfer einer Wiederbelebung der NSDAP wie der neue »Hitler von Köln«, Axel Reitz, und der altbekannte »SS-Sigi« Borchardt, Christian Worch und der Chef der »Märkischen Heimatfront« Gordon Reinholz. Diejenigen, die das »System« auf »revolutionäre« Weise stürzen, einen »kapitalismuskritischen«, »nationalen und sozialistischen« Kurs einschlagen wollen, bleiben auch absolute Gegner einer Teilnahme an Wahlen. Mit dem Transparent »Wir lassen uns nicht demokratisieren – gegen Polizeiwillkür und Systemparteien« marschierten die »Nationalen Aktivisten Prenzlauer Berg« in Duisburg auf und in Berlin demonstrierte die BASO mit der Parole »Fight the System – Fuck the law!«

Manche dieser entschlossenen Feinde der Demokratie haben sich zwar aus taktischen Gründen der NPD angeschlossen und bekleiden dort teilweise jetzt wichtige Funktionen (wie Thomas Wulff, Torsten Heise oder Ralph Tegethoff). Andere beschreiten dagegen den Weg zur Bildung eindeutig krimineller Vereinigungen. Die Schlägertrupps und Bombenbastler vom äußersten rechten Rand geraten dann wie die »Skinheads Sächsische Schweiz«, »Combat 18« aus Neumünster oder »Wieses Terrorgruppe« in München ins Visier von Polizei und Justiz.

III. Die konkreten Gefahren

Wollte man eine Skala der vom rechten Extremismus ausgehenden Gefahren für das demokratische Leben der Gesellschaft aufstellen, würde man sicher mit den auffälligsten und schlimmsten, mit jenen beginnen, die von den zuletzt genannten Gruppierungen ausgehen.

Es sind die *Gefahren für Leib und Leben*, mit denen Ausländer und anders Aussehende, anders Denkende und sich anders Verhaltende (Schwule, »Zecken«, Linke, Antifas usw.) bedroht sind. Lang ist die Liste, der bei rechts-extremen Straf- und Gewalttaten Getöteten und Verletzten. Monat für Monat zwingt MdB Petra Pau die Bundesregierung einzugestehen, dass es kein Ende dieser Gewalt gibt, dass sie im Gegenteil weiter zugenommen hat.

Sichtbar sind auch die *Gefahren, die vom »Kampf um die Straße« der Neonazis ausgehen*. Stundenlang wird hier das friedliche Zusammenleben der Bürger gestört, wird ein Klima der Einschüchterung und der Angst geschürt, wenn die Worch und Co. in immer neuen Demonstrationen ihre hetzerischen und hasserfüllten Parolen lautstark skandieren. Oft erinnern diese Ereignisse an den Straßenterror des SA vor 1933, aber auch die »feineren« Formen dieses Angriffs mit Fotobrigaden der Neonazis, die die Antifaschisten für spätere Verfolgung festhalten, die Materialsammlung für die ANTI-Antifa gehören dazu. Mit dem Aufbau eines eigenen Sanitätskorps hat die rechtsextreme Szene sich auch in dieser Hinsicht auf die Straßenkämpfe eingestellt. Wir haben dabei noch gar nicht nach den immensen Kosten in Millionenhöhe gefragt, welche die Polizeieinsätze kosten, mit denen die Neonazis abgedrängt, oft aber auch nur vom demokratischen Bürgerprotest abgeschirmt werden.

Nicht zu beziffern ist der Schaden, den die Demokratie durch *Unmengen rassistischer, antisemitischer, militaristischer und offen neonazistischer Publikationen* nimmt, die heute auf dem deutschen Markt kursieren, die die Hirne vor allem Jugendlicher verkleistern, genauso wie Konzerte von Nazibands zu Gewalt aufstacheln. Mit der prinzipiellen Ablehnung der von der Französischen Revolution 1789 proklamierten und heute in Dokumenten der UNO oder des demokratischen Verfassungsstaates verankerten Menschenrechte reicht deren Wirkung weit über die direkt rechtsextremistischen Organisationen hinaus. In ähnlicher Weise haben sich die Internetseiten der extremen Rechten entwickelt, gegen deren Verbreitung und Nutzung bisher kaum wirksame Gegenmittel gefunden wurden. Bereits mit der Verlautbarung, dass niemand ihre genaue Zahl kennt und Schätzungen zwischen 200 und 50.000 liegen, ist die konkrete Gefährdung angedeutet. Demagogisch klagen Neonazis und andere rechtsaußen agierende Meinungsfabrikanten wegen »Einschränkungen« ihrer Volksverhetzung, arbeiten selbst aber auf eine Liquidierung demokratischer Presse- und Publikationsfreiheit, auf eine antidemokratische Umgestaltung der Medienlandschaft hin, bei der nicht nur Anleihen bei Berlusconi, sondern auch bei Goebbels gesucht werden.

Wenn heute konstatiert wird, dass die neonazistische Gefahr zunimmt, so wird vordergründig mit dem *Anwachsen des rechtsextremen Wählerpotentials* argumentiert. Rund eine Million Deutsche haben den rechtsextremen Parteien bei der jüngsten Bundestagswahl ihre Stimmen gegeben, allein die NPD konnte ihre Zweitstimmen verdreifachen. In Sachsen, wo sie 2004 fast ein Zehntel der Stimmen erreichte und eine Fraktion im Landtag bilden konnte, zeigte sich, dass sie inzwischen in vielen Orten über einen festen Wählerstamm verfügt. Dennoch ist das wohl nicht das eigentliche Problem. Ich möchte etwas ausführlicher aus dem Buch von Toralf Staud »Moderne Nazis« zitieren, der ähnlich wie andere Autoren (Christoph Seils, Dierk Borstel) die wirkliche Gefahr umreißt. Er schreibt zur NPD:

»Gefährlich ist die Partei nicht, weil sie in den Bundestag oder gar irgendwann ins Kanzleramt einziehen könnte. Auch in den Landtagen werden Apfel und seine Kameraden das ›System‹ kaum stürzen können. Gefährlich ist die NPD, weil sie an einer *Faschisierung der ostdeutschen Provinz* arbeitet. In einigen Gegenden ist sie schon ziemlich weit gekommen. ... In Teilen Sachsens, aber auch in Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gelten Freiheiten und Grundrechte heute nur noch eingeschränkt. ›National befreite Zonen‹ gibt es dort nicht, aber Gegenden, die von den Organen des Rechtsstaates nur noch mühsam erreicht werden. In denen rechte Jugendcliquen vorgeben, was auf der Straße erlaubt ist und was nicht. Und wo in den Köpfen der Bevölkerung ein völkisches Weltbild herrscht – übrigens weit über die Wählerschaft der NPD hinaus und praktisch unwidersprochen. ... Wer zum Beispiel Punk ist oder mit einer Afrikanerin verheiratet ist, muss entweder sehr tapfer sein, um den Alltag zu ertragen – oder er geht. Stück für Stück wird so die Gesellschaft homogener, kommt dem ›völkischen Ideal‹ näher.

Vielorts hat die NPD 2004 ohne größeren Widerstand die Montagsdemonstrationen ›gekapert‹. In einem Ort in der Oberlausitz wird der traditionelle Maibaum von der dortigen Neonazi-Kameradschaft aufgestellt. In einer Stadt bei Magdeburg hat die NPD eine Umweltgruppe gegründet, und die Behörden hielten das anfangs für eine tolle Sache. Viele frühere Skinheads kommen jetzt in ein Alter, wo sie selbst Kinder haben. Schon tauchen in den ersten Elternvertretungen rechte Eltern auf, die mehr Volkslieder im Musikunterricht fordern. Zur Schöffenwahl rief ein Neonazi-Kader seine Leute auf, die Gerichte zu unterwandern. Weil man dort die Möglichkeit habe, sein individuelles Rechtsempfinden zumindest teilweise in den Gerichtsbeschluss einfließen zu lassen.«²

Es ist nicht zu bestreiten, dass sich die Neonazis als sehr lernfähig erwiesen haben. Sie haben ihr Auftreten nicht nur im Dresdener Landtag verändert, sie haben bei den Protesten gegen Hartz IV geschickt die Ressentiments gegen »den Westen«, gegen »die da oben« und gegen »die Ausländer« gemixt. Sie haben es geschafft, sich an die vitalen jugendkulturellen Strömungen anzuhängen, sie agieren in der Feuerwehr und in den Sportvereinen, sie organisieren Kinderfeste sogar in ihrer Parteizentrale und versuchen sich auf jede nur erdenkliche Art als »volksnah« zu präsentieren. Sie studieren Gramscis Auffassungen über die Erringung der kulturellen Hegemonie und versuchen mit der Einrichtung einer Denkfabrik namens »Dresdener Schule« und dem Generalangriff auf die linken Theorien der Frankfurter Schule von Adorno, Horkheimer und Marcuse ihrem politischen Kampf auch höhere theoretische Weihen zu geben, stärker akademische Kreise anzuziehen. Mit der Etablierung eines »Deutschen Rechtsbüros« erhalten nicht nur neonazistische Täter Hilfe

2 Toralf Staud: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Köln 2005, S. 9-12.

gegen ihre Opfer, werden nicht nur Hilfestellungen für den Straßenkampf ausgearbeitet und Arbeitsstellen für rechtsextreme Juristen geschaffen. Neben dem permanenten Druck auf das demokratische Rechtssystem, auf demokratische Anwälte und Richter einerseits wird auf der anderen Seite suggeriert, hier könnten auch einzelne Jugendliche und Erwachsene Unterstützung in ihren Alltagsorgen gegen die allmächtige Bürokratie erhalten.

All das birgt die zunehmende Gefahr, dass sich in der gesellschaftspolitischen Starre der »Großen Koalition« die Neonazis als eine Alternative anbieten können, die außerhalb des Systems nach Lösungen sucht. Alexander Klein von der NPD fragte schon im Sommer, ob die repräsentative Demokratie noch ihren Sinn habe. Und Karl Richter, der sich als Vordenker der »Dresdener Schule« versteht, dachte schon einmal darüber nach, dass demokratisch-parlamentarische Systeme ungleich schneller und im Normalfall auch »unblutiger« entsorgt werden könnten als solche unter totalitären Vorzeichen. Dass die bundesdeutsche Altparteienkaste nicht freiwillig abtrete, verstehe sich freilich von selbst, schrieb er. In diesem Zusammenhang werden auch einige Erinnerungen an die Jahre 1965 bis 1969 wach, als die NPD unter der Konstellation einer Großen Koalition einen ersten Höhenflug mit dem Einzug in sieben westdeutsche Landtage antreten konnte.

IV. Demokratischer Widerstand

Die Konzepte

Gegen die immer frecher auftretenden Neonazis gab es in den vergangenen Monaten eine ganze Reihe erfolgreicher Widerstandsaktionen. Nicht nur in Berlin am 8. Mai 2005, sondern auch in Leipzig, Weimar, München, Wunsiedel, Göttingen, Potsdam oder jüngst in Halbe konnten deren provokatorische Aufmärsche verhindert oder gestoppt werden. Dennoch kann das nicht beruhigen, sind doch, wie gerade gezeigt, die Aktionen der extremen Rechten äußerst vielfältig und nicht nur auf der Straße zu bekämpfen. Da es nicht nur eine Ursache des Rechtsextremismus und nicht nur einzelne Erscheinungsformen gibt, kann es auch nicht nur einen Ansatz für den demokratischen Widerstand geben. Gerade das wurde aber in der Vergangenheit von antifaschistischen Kräften oft angenommen und auch heute bricht die Debatte über die richtigen Konzepte dafür auf.

Wir wollen uns hier nicht mit den historischen Beispielen unter der Losung »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!« und ihrer Misserfolge auseinandersetzen, obwohl nicht zu verkennen ist, dass vereinzelt wütende Jugendliche dahin zurückkehren möchten. Notwendig ist die Debatte vor allem über zwei konzeptionelle Ansätze, die in der Regel nicht komplementär, sondern oft entgegengesetzt verstanden werden.

Zum einen ist es der Ansatz, der rechtsextremen Szene mit verstärkter Repression zu begegnen. Es gab ihn ausgeprägt bereits im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsprozess, spielte aber auch nach den Sächsischen Landtagswahlen und im Vorfeld des 8. Mai, des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus eine große Rolle, was nicht zuletzt in den vom Bundestag beschlossenen schärferen Strafbestimmungen gegenüber neonazistischen Delikten seinen Ausdruck fand. Auch in den letzten Monaten wurde nicht nur nach dem Verbot terroristischer Neonazigruppen gefragt, sondern erwogen, ob es nicht richtig sei, über einen neuen Anlauf für ein NPD-Verbot nachzudenken.

Zum anderen liegt vielen Initiativen gegen rechten Extremismus das Konzept der verstärkten Förderung der Zivilgesellschaft zugrunde. Es wurde vor allem mit dem im Jahre 2000 ausgerufenen »Aufstand der Anständigen« und den folgenden Bundesprogrammen auf den Schild gehoben und in einzelnen Landesprogrammen für Toleranz und Demokratie und örtlichen Aktionsplänen untersetzt. Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde gewissermaßen regierungsamtlich der Aufruf »Keine Entwarnung: Aktiv gegen Rechtsextremismus – Für eine vielfältige, demokratische Gesellschaft« initiiert, von mehreren demokratischen Vereinen und auch unterschrieben von 720 Einzelpersonlichkeiten, vorgestellt. Dabei zeigten sich aber auch sofort Grenzen, Notwendigkeiten der kritischen Überprüfung dieses Ansatzes bzw. seiner Modifizierung und Erweiterung. Es gab nicht nur die Stimmen für einen langen Atem der Aktivitäten und neue Überlegungen, kritische Bemerkungen zur finanziellen Ausstattung, sondern auch die Bremsen von CDU-Seite, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus kein Thema für Wahlkämpfe sei, woran man sich aus diesen Kreisen heraus dann auch vor dem 18. September weitgehend gehalten hat.

Offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Bei der Suche nach den richtigen Wegen und Formen des demokratischen Widerstandes gilt es also vor allem den jetzt häufig verwendeten Begriff der »offensiven Auseinandersetzung« mit dieser Gefahr zu füllen. Was sollte darunter verstanden werden?

1. Selbstverständlich kommt man nicht um die offensive Abwehr, um repressive Maßnahmen herum. Gewalttaten, Morde, Brandanschläge von einzelnen Neonazis oder terroristischen Gruppen erfordern Verbote, Inhaftierungen, Prozesse und Verurteilungen. Der neonazistische Straßenterror muss wo immer es geht, unterbunden, zumindest eingeschränkt werden. Der bekannte Journalist Frank Jansen vom »Tagesspiegel« formuliert: »Jawohl, Demokratie muss auf der Straße einen Zahn zulegen«. Offensive Abwehr schließt auch Straßenblockaden ein, ob das dem ewigen Anmelder neonazistischer Aufmärsche, Christian Worch, gefällt oder nicht (er klagte gerade erst wieder gegen die Verhinderung des Aufmarsches in Halbe).

Repressive Maßnahmen sind auch weiter gegen Volksverhetzung in Publikationen, Reden, Internetseiten, gegen das Zeigen faschistischer Symbole notwendig. Der vorerst unterbrochene Prozess gegen den Holocaust-Leugner und Versandhändler faschistischer Literatur, Ernst Zündel, vor dem Mannheimer Gericht beweist es.

2. Völlig ungeeignet als Mittel der Auseinandersetzung erscheinen dagegen Maßnahmen, die letztlich Neonazis nur zu Verfolgten machen oder sie als die eigentlichen Hüter demokratischer Rechte auftreten lassen. Meist sind es Aufschreie hilfloser und nicht unterstützter Kommunen. In diese Kategorie gehören die Überlegungen in Ueckermünde, jegliche politische Aktivität im Stadtzentrum zu verbieten angesichts der ständigen Präsenz von Neonazis in diesem Bereich oder die Eingemeindung von Reinhardtsdorf nach Bad Schandau wegen der Befürchtung, angesichts hoher Stimmenanteile für die NPD im Ort könnte ein Bürgermeister dieser Färbung gewählt werden.

3. Offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus heißt aber vor allem, die direkte Auseinandersetzung mit Reden und Auftreten, mit Parolen und Lügen dieser Kräfte nicht zu scheuen. Noch heute jubeln die Neonazis darüber, wie nach dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen am 22. September 2004 die demokratischen Politiker und Journalisten vor laufenden Kameras und Mikrofonen sprachlos das Feld räumten. Die verbale Konfrontation ist angesichts vieler Mandate für Rechtsextremisten in Kommunen unabdingbar und erfordert eine immer bessere Vorbereitung. Damit ist das Hauptproblem benannt: Für demokratische Abgeordnete und Politiker aller Ebenen, für die Lehrer und Hochschullehrer, für die Studenten, für Sozialarbeiter, Kultur- und Jugendarbeiter, für die in den Medien Tätigen bedarf es einer umfassenden geistigen Offensive gegen den braunen Ungeist, der sich immer mehr breit macht. Heute umfasst das Feld der Auseinandersetzung nicht mehr nur die Geschichte oder sogar nur die Geschichte des Hitlerfaschismus, sondern die gesamte Weltanschauung, Ideologie und Kultur. Es geht darum, dass demokratische und linke Intelligenz die Herausforderungen eines »Instituts für Staatspolitik« oder der genannten »Dresdener Schule« ernst nimmt. Und die Praxis zeigt, dass nichts wichtiger als die Ausrüstung der Multiplikatoren ist, vom Lehrer bis zum Sportfunktionär.

4. Ein wichtiges Problem in der Auseinandersetzung ist die Entlarvung führender Personen in der rechtsextremen Szene und die Aufdeckung ihrer Machenschaften. Weil darüber viel Unkenntnis existiert, sind so viele Peinlichkeiten und Dummheiten bei der Abwehr von Immobilienkäufen durch Neonazis oder bei der Unterbindung von Nazikonzerten und Veranstaltungen (Stichwort: »Hitler-Geburtstag«-Feiern) möglich. Was ist schon über die Führer der NPD in den einzelnen Bundesländern bekannt? Wer weiß über Christian Worch Bescheid oder über Siegfried Borchardt, über »Anette« und die anderen Sänger der Neonazis? Hier gibt es Nachholbedarf und man darf

nicht vergessen, dass heute fast alles Anschauen und Erkennen von Problemen in den Medien sich über die Darstellung, oft auch Hervorzerrung von Biographien vollzieht.

V. Erhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie

Wenn die Frage der Demokratie gewissermaßen die Achse des Widerstandes gegen den Rechtsextremismus darstellt, so wäre es dennoch zu eng gedacht, den Erfolg nur aus der unmittelbaren Auseinandersetzung zu erwarten. Vielmehr muss das gesamte Umfeld in den Blick genommen werden, muss die »Zivilgesellschaft« tatsächlich funktionieren. Das aber bedeutet, die demokratischen Säulen dieses Staates und dieser Gesellschaft zu erhalten und ihre demokratische Verfasstheit weiter zu entwickeln.

Gegen den Abbau demokratischer Rechte

Die vergangenen Wochen waren wahrlich keine Sternstunden der Demokratie. Was mit einsamen Entscheidungen von Schröder und Müntefering begann, sich mit fragwürdigen Begründungen für die Auflösung des Bundestages und einer Flut nebulöser Wahlversprechen fortsetzte, hat nun seinen vorläufigen Abschluss mit dem Bruch eben dieser Versprechen und der Bildung einer großen Koalition der Verlierer und der Ankündigung neuer sozialer Grausamkeiten gefunden. Die Verfälschung des Willens von Millionen Wählern ist offensichtlich.

In diesem Zusammenhang erinnern wir uns, dass der neu berufene Innenminister, Wolfgang Schäuble, schon 1996 bei der Verabschiedung der Sozialabbau-Beschlüsse der Kohlschen Mehrheit des Bundestages in der FAZ die Frage aufwarf »Weniger Demokratie wagen?«. Er spottete über Vorschläge zur Erweiterung der Bürgerrechte in der gegenwärtigen Verfassung mit dem Argument, die Verfassung werde immer stärker die Kette, die den Bewegungsspielraum der Politik lahm lege. Immer wieder forderte er auch die Legalisierung des Einsatzes der Bundeswehr im Innern. Nicht vergessen ist auch die Forderung aus dem »Handelsblatt« als Sprachrohr einflussreicher Wirtschaftskreise vom Mai 2003, wolle die Politik das Land aus der Krise führen, komme der Staat um eine radikale Entmachtung der Gewerkschaften nicht herum.

Es gilt also, hinter die wohltonenden Worte der Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD zu schauen und sehr wachsam zu sein, was aus der Merckelschen Formulierung vom »Durchregieren« in der Praxis wird. Auch so manche Vorstöße mit Forderungen nach Einführung eines Paragraphen zur Selbstauflösung des Parlaments oder nach Verlängerung der Legislaturperioden sowie die bis zuletzt vom scheidenden Bundesinnenminister Schily be-

triebene verstärkte Bespitzelung der Bürger zwingen dazu, jeden Versuch zum Abbau demokratischer Rechte zurückzuweisen. Dabei hat Petra Pau völlig Recht, wenn sie feststellt, dass die Verteidigung des demokratischen Verfassungsstaates nicht nur Aufgabe der Linken sein kann, sondern breite Bündnisse erfordert.

Weiterentwicklung der Demokratie

Es wird für den Kampf gegen die rechtsextremistischen Feinde der Demokratie nicht reichen, die auf dem Weg des »Community coaching« erarbeiteten Aktionspläne in die Tat umzusetzen und so den Widerstand vor allem an der Basis, in den Kommunen zu organisieren. Ein wichtiger Fortschritt wird dann erreicht, wenn die Bildung von Netzwerken der verschiedenen lokalen und regionalen Initiativen vorankommt, wofür sich unter anderem das »Zentrum Demokratische Kultur« Berlin einsetzt und dazu auch Verbündete bei der Industrievereinigung Gas AG gewonnen hat.

Aber auch auf den darüber liegenden Ebenen sollen »zivilgesellschaftliche Strukturen« auf- und ausgebaut werden. Mehr Demokratie zu wagen, formulierte Horst Helas auf dem Erfurter Sozialforum, bedeute, die einzelnen Menschen in Deutschland müssten durch Bürgerbeteiligung und Bürgerprotest lernen, die Mühen des Engagements für ihre Interessen auf sich zu nehmen und sich nicht auf die Regierenden oder die Parlamente zu verlassen. Peter-Rudolf Zotl, MdA Berlin, schätzt ein, dass rechtsextremes Wahlverhalten im Augenblick noch vor allem Ausdruck gravierender Demokratiemängel im politischen System und seiner politischen Kultur ist, woraus folgt, dass zur Umkehr in der politischen Kultur und zur Abkehr von den Rechtsextremen sehr wohl noch eine Chance besteht, wenn vor allem die demokratische Linke sowie die vielen sozialen Bewegungen intensiv auf die Reform der politischen Entscheidungsbildung Einfluss nehmen. Das aber setzt voraus, dass sie ihre eigenen Defizite hinsichtlich des strategischen Wertes von Demokratie und Vergesellschaftung politischer Entscheidungsprozesse überwinden.

Mit der öffentlichen Debatte über die Stärkung der »direkten Demokratie«, über die Organisation von Bürgerbefragungen, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide auf den verschiedenen Ebenen – auch bis zur EU-Verfassung – wird die Linke nicht nur ihr eigenes Profil schärfen und an Ansehengewinnen, sondern auch Neonazis und anderen Rechtsextremen die demagogische Spitze vieler ihrer Forderungen abbrechen. Und wenn dabei unausweichlich die Debatte um das demokratisch-sozialistische Ziel der Linken entbrennt, ist auch das kein Fehler, kann es doch nur helfen, die Phrasen der »revolutionären« Neonazis von »Sozialismus« und »Antikapitalismus« zu entlarven.

Das »Zentrum gegen Vertreibungen« und der grassierende Geschichtsrevisionismus. Vorgeschichte, Ziele, Planungen

Am 6. September 2000 wurde in Wiesbaden die gemeinnützige Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« konstituiert.¹ Als gleichberechtigte Vorsitzende amtierten seitdem Erika Steinbach, CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, sowie der kürzlich verstorbene Professor Dr. Peter Glotz, ehemaliger SPD-Bundesgeschäftsführer, zuletzt als Hochschullehrer in Sankt Gallen tätig.

Wer geglaubt haben sollte, es handle sich hier um ein eher kurzlebiges Projekt, das nach einer kurzen Phase öffentlicher Aufmerksamkeit wieder das Zeitliche segnen würde, sieht sich getäuscht. Die Initiatoren dieser Stiftung haben mit großem publizistischen Aufwand immer wieder Schlagzeilen produzieren und kontroverse Debatten zu ihrem Vorhaben auslösen können.

Geschichtsrevisionismus durch Veralltäglicung und Atomisierung komplexer historischer Prozesse

Mittlerweile ist es möglich, eine erste Bilanz ihrer Tätigkeit zu formulieren und die Relevanz des angestrebten Projektes – ein großangelegtes, publikumswirksames Zentrum gegen Vertreibungen, möglichst in Berlin, zu errichten – präziser zu beschreiben. Dabei ist man gut beraten, dieses in Aussicht genommene Projekt nicht einer isolierten Betrachtung zu unterziehen. Ganz im Gegenteil ordnet es sich in die seit einigen Jahren parallel veranstalteten Kampagnen ein, die mit dem vereinfachenden, aber durchaus nicht unzutreffenden Begriff des »Geschichtsrevisionismus« versehen werden.²

1 Zur Entstehung, zu den Zielen und zur aktuellen Politik der Stiftung vgl. ihre homepage: www.z-g-v.de.

2 Dazu gehören u.a. die Auseinandersetzungen um die 2002 veröffentlichte Novelle »Im Krebsgang« von Günter Grass, von der inzwischen im »Deutschen Taschenbuch Verlag« eine Paperback-Ausgabe vorliegt, und der Streit um das Buch »Der Brand« von Jörg Friedrich, in dem er den Bombenkrieg der Alliierten gegen Nazi-Deutschland untersucht. Vgl. hierzu: Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, München 2002; derselbe, *Brandstätten. Der Anblick des Bombenkriegs*, München 2003. Zur Kontroverse um Friedrichs Bücher vgl. vor allem: Lothar Kettenacker, Hrsg., *Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-45*, Berlin 2003 u. Kurt Pätzold, »Operation Gomorrha«. In: *Junge Welt*, 25.7.2003, S. 10f. Vgl. auch derselbe, *Die Deutschen als Opfer. Zu einem verzeichneten Rückblick auf Faschismus und Krieg*, in: *Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter*, hrsg. v. Roland Bach u.a., Berlin 2005, S. 87ff.

Im Kern geht es dabei um eine Neuinterpretation der Geschichte des deutschen Faschismus mit dem Ziel der Relativierung der Nazi-Verbrechen («Auch andere Staaten haben Kriegsverbrechen begangen»), vor allem aber um die Exkulpation der Masse der deutschen Bevölkerung, die an eben diesen Verbrechen keinen Anteil gehabt und von ihnen auch keinerlei Kenntnis erlangt habe.

Dies allein bedeutete noch keine Neuigkeit, da solche Anschauungen, mal weniger, mal stärker ausgeprägt, seit 1945 stets ihre Konjunkturen hatten. Nicht zuletzt mit dem in Aussicht gestellten Zentrum gegen Vertreibungen geht es um mehr: Auch, ja, gerade die deutsche Bevölkerung gehöre zu den bislang aus Gründen der politischen Opportunität beschwiegenen Opfern des Krieges; so zum Beispiel die hilflosen Männer, Frauen und Kinder, die dem Bombenkrieg der Alliierten zum Opfer fielen, besonders aber die Millionen von unschuldigen Flüchtlingen und Vertriebenen, die aus ihrer angestammten Heimat verjagt wurden und dabei nicht selten Demütigungen, Hunger und Todesgefahren ausgesetzt waren. Dieser Auffassung ist immanent, dass es endlich an der Zeit sei, nicht nur der sechs Millionen ermordeten Juden, der mehr als zwei Millionen elendig verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen, der Millionen in der Nazi-Kriegswirtschaft ausgebeuteten Zwangsarbeiter oder der geschundenen Insassen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zu gedenken, sondern ebenso, mit gleicher Berechtigung und ohne einen Rest schlechten Gewissens, der im Krieg an der Front oder in der Heimat getöteten Deutschen, nicht zuletzt der aus ihrer angestammten Heimat Vertriebenen.

Ihnen allen sei gemeinsam, Opfer »der Diktatur« und »des Krieges« gewesen zu sein.

Der methodische Kniff, mit dessen Hilfe auch kritische Geister für eine derartige Interpretation der Geschichte des deutschen Faschismus gewonnen werden sollen, und der nicht zuletzt in einschlägigen Fernsehserien aus dem Hause Guido Knopp im Zweiten Deutschen Fernsehen³ durchaus erfolgreich angewandt wird, lautet: *Veralltäglicung und Atomisierung komplexer historischer Prozesse*. Es geht zuvörderst um den Nachvollzug geschichtlicher Ereignisse und Entwicklungen aus dem notwendigerweise begrenzten Blickwinkel je-

3 2002 wurde in insgesamt fünf Folgen zur besten Sendezeit (jeweils von 20.15 bis 21 Uhr) die »großen Flucht« der deutschen Bevölkerung aus Mittel- und Osteuropa, beginnend am Ende des Zweiten Weltkrieges, filmisch aufbereitet. Der Begleitband erschien parallel im Ullstein-Taschenbuch Verlag; Guido Knopp, Die große Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen, München 2002, 3. Aufl. 2004. Die ARD hatte sich bereits zuvor in einer dreiteiligen Serie unter dem Titel »Die letzten Opfer Hitlers« dieser Thematik angenommen. Vgl. auch hier den im Ullstein-Taschenbuch Verlag publizierten, durchaus empfehlenswerten Begleitband: K. Erik Franzen, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer. Mit einer Einführung von Hans Lemberg, München 2002. Die mehr als 1.000 Zeitzeugen-Interviews zur Flucht und Vertreibung von Deutschen, die das ZDF in Vorbereitung seiner Serie »Die große Flucht« aufgenommen hatte, sind übrigens von Guido Knopp dem »Zentrum gegen Vertreibungen« geschenkt worden. Vgl. www.bund-der-vertriebenen.de/rede-heimat.htm.

weils einer oder mehrerer Personen, die in der Regel als »einfache Leute« – Soldaten, Arbeiter, Handwerker, Bauern, Hausfrauen, Schulkinder, Angehörige der Hitler-Jugend oder des BDM – vorgestellt werden, denen »das Schicksal« oder »der Krieg« ihr Haus zerbombt, nahestehende Familienangehörige getötet oder ihre Heimat genommen hätten. Die Situation ist emotional hochgradig aufgeladen. Nicht selten fließen Tränen, versagt die Stimme, in der Regel stellt sich beim Betrachter Mitleid und die Erinnerung ein, ähnliche Geschichten bereits von den Großeltern oder anderen älteren Familienangehörigen gehört zu haben.

Nach dieser Logik gab es fast ausschließlich Opfer und nur wenige Täter – abgesehen von Hitler, der begrenzten Schar seiner Gesellen und einigen »Irregeleiteten« und »Verblendeten« –, die um so härter und unnachsichtiger verurteilt werden, wie die große Masse der Bevölkerung von jeder Schuld freigesprochen werden soll. Im schlimmsten Fall gibt es hier punktuelle »Verstrickungen« in Nazi-Verbrechen, die zumeist als so genannte Untaten bezeichnet werden, das Adjektiv »tragisch« darf dann nicht fehlen.

Darüber hinaus gilt: Auch bei den Ursachen von Faschismus und Krieg, von massenhafter Verfolgung und Vernichtung menschlicher Existenzen, bei der Beantwortung der Frage nach Schuld und Verantwortung, dominiert die Atomisierung und Individualisierung, ja, Dämonisierung geschichtlicher Prozesse. Verurteilt werden Hitler und Göring, Himmler und Heydrich, es werden jedoch nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse und die ökonomischen wie politischen Interessen beim Namen genannt, die Verbrecher dieses Schlages hervorbrachten, sie an die Macht kommen und ihr blutiges Werk in Szene setzen ließen.

Am Ende stellt sich beim Zuschauer bzw. Leser die Anschauung ein, dass Faschismus und Zweiter Weltkrieg Werke einiger weniger Verbrecher gewesen seien, allesamt Größenwahnsinnige oder anderweitig psychisch gestörte Individuen, es schließlich aber auch Verbrechen auf alliierter Seite gegeben habe und am Ende unterschiedslos alle Toten und Verwundeten, Verfolgten und Vertriebenen, Gefangenen und Gedeemütigten, einen einheitlichen Opfer-Status für sich beanspruchen könnten.

Doch hilft es der historischen Analyse, nützt es der Bewertung außerordentlich komplexer geschichtlicher Ereignisse und Prozesse, das aus seinen vielschichtigen politischen, sozialen und weltanschaulichen Beziehungen künstlich isolierte, das von seinem realen gesellschaftlichen Umfeld abgesonderte Individuum in das Zentrum der Darstellung zu rücken? Welche Erkenntnisse sollen gewonnen werden, wenn das Wesen und die Ziele der am Krieg beteiligten Mächte gegenüber dem auf allen Seiten individuell erlittenen Leid zur Nebensächlichkeit geraten? Was soll anderes bei alledem herauskommen als die banale Erkenntnis, dass überall gelitten, geweint, gestorben und getrauert wurde?

Bedürfte das individuelle Schicksal der vorgeführten Zeitzeugen, ihre subjektive Erinnerung an Geschehnisse, die in der Regel sechzig Jahre zurückreichen, nicht mit Notwendigkeit einer kritischen Analyse? Geschichte wird hier stattdessen reduziert auf unzählige »Geschichten« von Individuen, die als so genannte Zeitzeugen angeblich in der Lage seien authentisch zu beschreiben, »wie es eigentlich gewesen ist«. Der Historiker, zum Beispiel mit dem ihm zur Verfügung stehenden Methoden der inneren und äußeren Quellenkritik, kann hier nur als Störenfried und Spielverderber wirken.

Zugespitzt formuliert: Es besteht die Gefahr, dass die gegensätzlichen Ziele, für die Soldaten kämpften, die Auschwitz befreiten bzw. es verteidigten, auf diese Weise bis zur Unkenntlichkeit eingeebnet werden.

Worum es bei dieser um sich greifenden Variante öffentlichkeitswirksamer Aufarbeitung von Geschichte geht, ist die Einebnung von komplexen Täter-Opfer-Relationen im so genannten Dritten Reich, ist das Bemühen vergessen zu machen, dass der deutsche Faschismus nicht zuletzt deshalb seine kriminelle Energie freisetzen und bis zum millionenfachen Völkermord steigern und radikalisieren konnte, weil er – übrigens schon vor dem 30. Januar 1933 – eine bis dahin fast beispiellose, nach Millionen zählende Massenbewegung verkörperte, die tatsächlich mit ihrer politischen Führung bis zuletzt »durch dick und dünn« ging. Überhaupt nicht ins Blickfeld geraten soll die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg die ungleich radikalere und brutalere Neuauflage des 1918 gescheiterten »Griffs nach der Weltmacht« war, der dem deutschen Imperialismus die machtpolitische und ökonomische Dominanz in Europa und in der Welt verschaffen sollte. Atomisierung und Veralltäglichung komplexer historischer Prozesse will vor allem verhindern, dass die Frage nach den Interessen, nach dem *cui bono* aufgeworfen wird.

Zugleich dominiert eine *contrachronologische* Darstellung der beschriebenen historischen Ereignisse. Historische Phänomene wie die Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach werden gleichsam isoliert dargestellt und aus ihren entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhängen isoliert.

Zurück zur Stiftung für ein Zentrum gegen Vertreibungen, die eine bedeutende Rolle bei dieser Neuinterpretation der Geschichte des deutschen Faschismus spielt und deren Aktivitäten und Möglichkeiten, auf politisch wie gesellschaftlich relevante Gruppen und Personen Einfluss zu nehmen, nicht unterschätzt werden dürfen.

»... international die Ächtung solcher menschenrechtsverachtenden Politik erreichen«?

Um von vornherein potenziellen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat sich das Zentrum gegen Vertreibungen ein europäisches Gewand zugelegt.

Es ginge der Stiftung darum, »die Vertreibung anderer Völker, insbesondere im Europa des 20. Jahrhunderts erfahrbar zu machen« und dadurch beizutragen, »eine europäische Erfahrung zu formulieren und sich damit am Bau eines dauerhaft friedlichen Europas zu beteiligen«⁴. Weiterhin wolle man im »konstruktiven Dialog mit den Nachbarvölkern die gemeinsame Vergangenheit aufarbeiten, um daraus Friedenspotenzial für die Zukunft zu schaffen. Über das Trennende hinaus soll das Verbindende herausgearbeitet werden«. Wahrhaft schöne Worte! Darüber hinaus werden »Wechselausstellungen« angekündigt, bei denen u.a. Themen wie »Theresienstadt – ein Doppelgesicht«, »Der Holocaust an den Armeniern«, »Vertreibungen der Zwischenkriegszeit 1918-1939«, »Judenpogrome und Generalvernichtung im 20. Jahrhundert« sowie »Stalins Völkerverschiebung in der UdSSR« präsentiert werden sollen.

Doch der Verdacht scheint nicht ganz unbegründet zu sein, dass die angebliche Planung derartiger Vorhaben wie auch die Berufung politisch »unverdächtiger« Personen in den Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung – u.a. Prof. Dr. Micha Brumlik, langjähriger Direktor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt am Main⁵, Ralph Giordano, Schriftsteller und Publizist aus Hamburg – eher als Camouflage dienen sollen, um die eigentlichen Absichten der Stiftung vernebeln zu können. Im wesentlichen sind folgende grundlegende Gedanken und Ziele der Stiftung zu erkennen:

Erstens soll durch die Einbindung sozialdemokratischer Politiker und von Persönlichkeiten, die bislang das Wirken der Vertriebenenverbände kritisch bis ablehnend kommentierten, in der Öffentlichkeit und in den Medien der Anschein erweckt werden, es handle sich bei dem zu errichtenden Zentrum gegen Vertreibungen nicht um ein Projekt des Bundes der Vertriebenen, sondern um eine partei- und verbandspolitisch neutrale Institution. Dieser Eindruck soll noch dadurch verstärkt werden, indem – wie oben skizziert wurde – das Vertreibungsthema quasi europäisiert und damit nicht ausschließlich und vordergründig auf die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Mittel- und Osteuropa seit 1944 reduziert werden soll.

Zweitens war die Stiftung von Anfang an bestrebt, das Zentrum gegen Vertreibungen unter allen Umständen in Berlin zu errichten. Widerstände gegen

4 Aufgaben und Ziele des Zentrums gegen Vertreibungen, in: www.bund-der-vertriebenen.de/info-pool/zentrumggvertreibung.php3. Auch die folgenden Zitate stammen aus dieser Quelle.

5 Vgl. hierzu das Interview Micha Brumliks mit der Journalistin Karlen Vesper, in: Neues Deutschland, 18./19.5.2003. Eine Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates der Stiftung findet sich in: www.z-g-v.de/aktuelles/?id=37.

dieses Vorhaben hatten sich bis hin zum damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder artikuliert, besonders deshalb, weil außenpolitisch unerwünschte Reaktionen in Polen, der Tschechischen Republik, in Russland, aber auch in anderen Staaten befürchtet werden. Tatsächlich gibt es inzwischen eine Fülle ablehnender Stimmen aus Polen und der Tschechischen Republik, die nicht zu Unrecht den Prozess der Aussöhnung mit Deutschland durch die Realisierung eines solchen Zentrums als gefährdet ansehen.⁶ Allenfalls ein Standort außerhalb der Bundesrepublik, etwa in Polen, komme in Betracht⁷. Der SPD-Bundestagsabgeordnete und zuletzt amtierende Außenminister der DDR, Markus Meckel, hatte als erster Politiker Breslau als wünschenswerten Standort eines von seinen Initiatoren angeblich als »europäisch« ausgerichteten Zentrums gegen Vertreibungen ins Spiel gebracht. Er schlug zugleich vor, dieses Projekt nicht dem Bund der Vertriebenen zu überlassen, der in Wirklichkeit im Hintergrund die Fäden ziehe, sondern das Vorhaben gemeinsam mit den osteuropäischen Nachbarstaaten, mit aus ihnen stammenden Historikern und Politikern, in Gang zu bringen.⁸

Das Echo auf diesen Vorschlag war durchaus zwiespältig. Während aus der Stiftung selbst heftige Ablehnung formuliert wurde – etwa von Erika Steinbach, die sich bereits auf der Suche nach einem geeigneten Standort begeben hatte und dabei sogar einen erhalten gebliebenen Luftschutz-Hochbunker in Kreuzberg in Vorschlag brachte!⁹ – hatten sich mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem seiner Zeit amtierenden Bundesaußenminister Joschka Fischer zwei führende Politiker grundsätzlich gegen den Standort Berlin ausgesprochen.

Nach Joschka Fischers Auffassung sei es falsch, sich diesem Thema national zu nähern, da es nicht nur in Deutschland Vertriebene gebe; zudem habe der »Selbsterstörungsmechanismus« in Deutschland nicht erst im Jahr 1944 begonnen, sondern schon mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten und der Vertreibung vieler Deutscher jüdischen Glaubens.¹⁰

6 Vgl. u.a. Der Tagesspiegel, 16.8.2003, S. 4: Prag: Vertriebener nicht in Berlin gedenken. Tschechiens Regierungschef Spidla unterstützt Schröder; Der Tagesspiegel, 30.8.2003, S.6: Polen: Versöhnung bedroht. Präsident und Regierung gegen Vertriebenenzentrum in Berlin; Der Tagesspiegel, 5.9.2003, S. 4: Aufruf gegen Vertriebenen-Zentrum. Intellektuelle aus Polen: Projekt bedroht Weg zu gemeinsamem Europa.

7 Vgl. Der Tagesspiegel, 1.9.2003, S. 4: »Deutschland ist kein geeigneter Standort«. Polen und Tschechien lehnen Vertriebenen-Zentrum in Berlin ab.

8 Vgl. Markus Meckel, Mit dem Bund der Vertriebenen geht es nicht. Warum wir noch einmal ganz von vorne anfangen müssen – diesmal mit den Nachbarn, in: Der Tagesspiegel, 30.7.2003, S. 7. Zu weiteren, nicht immer ganz ernst gemeinten Vorschlägen für den Standort des Zentrums vgl. Samuel Salzborn, Geschichtspolitik in den Medien: Die Kontroverse über ein »Zentrum gegen Vertreibungen«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51. Jg., 2003, H. 12, S. 1129.

9 Vgl. Vertriebenen-Zentrum im Bunker?, in: Der Tagesspiegel, 17.8.2003, S. 10 u. Vertriebenen-Bund sucht weiter nach geeignetem Domizil, in: ebenda, 19.8.2003, S. 10.

10 Vgl. Der Tagesspiegel, 19.8.2003, S. 4. Für diese Auffassung wurde Joschka Fischer heftig in der »Jungen Freiheit« attackiert, die ihm u.a. vorwarf, er taue »nicht zum Geschichtsdenkler, er ist nur ein Ideologe ... Es geht nicht nur um das Zentrum gegen Vertreibung in Berlin. Es geht darum, ob dieses

Gerhard Schröder hob hervor, man liefe mit einem solchem Zentrum Gefahr, das Unrecht, das Deutschen widerfahren sei, in den Vordergrund der Debatte über Vertreibung zu stellen.¹¹

Demgegenüber hatte die damalige Oppositionschefin Angela Merkel keinen Zweifel daran gelassen, dass sie eindeutig Berlin als Standort des Zentrums gegen Vertreibungen favorisiere und – mehr noch – sie sich dafür engagiere, »dass dieser Stiftung auch öffentliche Gelder zur Verfügung gestellt werden«¹².

Eine ambivalente Position in den Auseinandersetzungen um das Zentrum gegen Vertreibungen hatte Otto Schily bezogen, der als Bundesinnenminister politisch für die Beziehungen zu den Vertriebenenverbänden und zugleich auch für die an sie gerichteten finanziellen Zuweisungen des Bundes zuständig war. Er wolle – erklärte er in einem Interview der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« – Berlin als Standort für das »Zentrum« nicht ausschließen, auch »wenn Herr Bartoszewski (der ehemalige polnische Außenminister und einer der prominenten Kritiker des Projekts – R.Z.) Berlin als ein Symbol für alles Böse sieht, was eine undifferenzierte Dämonisierung ist. Immerhin ist Berlin ja auch der Ausgangspunkt des 20. Juli 1944.«¹³

Für seine Haltung, die durchaus Distanz zu den Auffassungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers hinsichtlich des Zentrums gegen Vertreibungen erkennen ließ, erntete Otto Schily bereits im Jahr zuvor das hohe Lob von Erika Steinbach. In ihrer Rede zum so genannten Tag der Heimat am 31. August 2002 begrüßte und würdigte sie den Bundesinnenminister mit den Worten: »Ich danke ihm ... für eine wirklich vertrauensvolle Zusammenarbeit ... Sie haben 1999 der politischen Linken die Tore zu einem gesellschaftspolitischen Thema neu geöffnet, das erst sehr viel später von Günter Grass durchschritten wurde. Dafür danke ich aus voller Überzeugung.«¹⁴

Drittens haben sich die Bemühungen der Stiftung verstärkt, nach dem Regierungswechsel in Berlin offizielle Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin zu erhalten. In Erwartung eines Wahlsieges der CDU/CSU formulierte Erika Steinbach in einem Zeitungsinterview bereits am 6. August finanzielle Forderungen an eine zukünftig von der Union geführte Bundesregierung: »Wenn man das Zentrum will, dann muss man auch die Mittel zur Ver-

Land völlig dem Fischer-Wahnsinn verfällt – oder ob es sich endlich von ihm freimacht.« Doris Neujahr, Aggressiver Schwanengesang. Zentrum gegen Vertreibung: Joschka Fischer will sein überholtes Geschichtsbild zementieren, in: Junge Freiheit, 5.9.2003.

11 Vgl. Der Tagesspiegel, 14.8.2003, S. 1. Erika Steinbach antwortete dem Kanzler mit trotziger Kritik u. vgl. Der Tagesspiegel, 15.8.2003, S. 6: »Ein Vertreibungszentrum in Berlin ist nötig« – Vertriebenen-Chefin Steinbach weist Schröders Kritik zurück – und fordert die Regierung auf, sich zu beteiligen.

12 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.2003, S.3.

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.2003, S. 4. Zur Kritik am »Zentrum gegen Vertreibungen« vgl. auch den zur Zeit in Oxford lehrenden polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, Noch einmal: Über das Schlimmste, in: Die Zeit, 18.9.2003, S. 41.

14 www.bund-der-vertriebenen.de/rede-heimat.htm.

fügung stellen. Wir brauchen eine öffentliche Förderung aus Bundesmitteln. Von Länderseite haben wir bereits entsprechende Signale erhalten.«¹⁵ Frau Steinbachs lauthals geäußerte Forderung war durchaus verständlich, denn die CDU hatte sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig zur Errichtung des Zentrums gegen Vertreibungen am Standort Berlin bekannt.¹⁶ Bei der Realisierung dieses Vorhabens sind allerdings etliche Probleme aufgetaucht, die Frau Steinbach einiges Kopfzerbrechen bereiten dürften.

Zum einen war bereits während des Wahlkampfes deutlich geworden, dass Angela Merkels verbale Unterstützung eines »Zentrums gegen Vertreibungen« auf schroffe Ablehnung ihrer konservativen Freunde in Polen stößt.¹⁷ Auch Bundespräsident Horst Köhler erfuhr bei seinem Besuch in Warschau anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus, dass ein vom Bund der Vertriebenen errichtetes Zentrum gegen Vertreibungen auf eine kompromisslose Ablehnung wohl aller Offiziellen in Polen trifft.¹⁸ Die Haltung der polnischen Seite ist nicht zuletzt durch die Radikalisierung der politisch tonangebenden konservativen Kräfte weiter verschärft worden, die das Zentrum gegen Vertreibungen als willkommenes Thema im Wahlkampf benutzen, um nationalistische Stimmungen zu schüren. In diesem Zusammenhang wurden auch bereits vom damaligen Warschauer Oberbürgermeister Lech Kaczynski Überlegungen angestellt, Reparationszahlungen von der Bundesrepublik Deutschland als Kompensation für die Zerstörung der polnischen Hauptstadt im Zweiten Weltkrieg in Höhe von 31,5 Milliarden US-Dollar einzufordern.¹⁹ Bereits im Jahr zuvor hatte der Sejm – ohne Gegenstimmen! – die eigene Regierung aufgefordert, Reparationsforderungen gegenüber Deutschland geltend zu machen. Zugleich wurde die Bundesregierung dazu aufgefordert, Entschädigungszahlungen zugunsten der Vertriebenen für unrechtmäßig zu erklären, wie sie die so genannte Preußischen Treuhand durchzusetzen beabsichtigt.²⁰ Niemanden in Deutschland sollte sich darüber hinwegtäuschen,

15 Der Tagesspiegel, 6.8.2005, S. 5: »Wir lassen uns nicht provozieren«. Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach fordert öffentliches Geld für das »Zentrum gegen Vertreibungen«.

16 Vgl. Der Tagesspiegel, 14.7.2005, S. 4: Union will Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. Standort im Wahlprogramm festgelegt.

17 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.7.2005, S. 5: Aus Polen Kritik am Wahlprogramm der Union – »Der Versuch, die Darstellung der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verändern«; Der Tagesspiegel, 17.8.2005, S. 2: Ein Kapitel bleibt offen. Angela Merkel besucht Polen – und stößt dort noch auf große Skepsis; tageszeitung, 18.8.2005: Zentrum gegen Vertreibungen: Merkel weiß, wer den Krieg verloren hat.

18 Vgl. Der Tagesspiegel, 30.8.2005, S. 7: Ein Fest der Solidarität. Bundespräsident Köhler reist zum Jubiläum nach Danzig. Polen erwartet auch ein Wort zur Vertriebenenfrage; Der Tagesspiegel, 31.8.2005, S. 7: Deutsch-polnische Empfindlichkeiten. Köhler versucht Vorbehalte gegen den Plan für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Deutschland zu zerstreuen; Der Tagesspiegel, 2.9.2005, S. 6: Reisen bildet weiter. In Polen erfährt Bundespräsident Köhler, wie gegenwärtig die Vergangenheit für die Nachbarn noch ist.

19 Vgl. zum Gesamtzusammenhang: Karl-Heinz Gräfe, Ruck nach rechts im polnischen Nachbarstaat, in: Rundbrief, hrsg. v. d. AG Rechtsextremismus/ Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei. PDS, Heft 4/2005, S. 15ff.

dass die überwiegende Mehrheit der Polen, unabhängig von ihrer jeweiligen parteipolitischen Affinität, das Projekt des Bundes der Vertriebenen strikt ablehnt.

Zum anderen zeigte sich nach den Bundestagswahlen, dass der sozialdemokratische Koalitionspartner offenbar nicht – oder: noch nicht – bereit ist, finanzielle Mittel des Bundes für ein Zentrum gegen Vertreibungen zur Verfügung zu stellen. Zwar wird im Koalitionsvertrag davon gesprochen, dass »im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen« gesetzt werden solle, »um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern«. Der Name des »Zentrums« wird allerdings nicht genannt, ja, die sozialdemokratische Abgeordnete Angelica Schwall-Düren interpretierte die Formulierung im Koalitionsvertrag dahingehend, dass sie »ausdrücklich keine Zustimmung für das Projekt von Frau Steinbach« darstelle.²¹ Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen gibt sich allerdings optimistisch. In einem Interview mit dem »Deutschlandradio« vom 5. Dezember 2005 formulierte sie ihre Erwartungen an die neue Bundeskanzlerin wie folgt: »Angela Merkel hat wenige Tage, bevor sie zur Bundeskanzlerin gewählt wurde, ganz deutlich öffentlich gesagt, dass sie das Zentrum gegen Vertreibungen will, und das sie es auch zu ihrer persönlichen Angelegenheit machen will²². Es ist im Koalitionsvertrag nicht mit Namen benannt. Aber wenn man Vertreibung in Berlin implementieren will in der deutschen Hauptstadt und das steht im Koalitionsvertrag drin, dann sind alle Spielräume offen.«²³

Man darf gespannt sein, ob sich der Optimismus von Frau Steinbach durchsetzen oder die SPD mit ihrer Ablehnung des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin die Regierungspolitik in dieser Frage bestimmen wird.

Im übrigen hat der Antrittsbesuch von Angela Merkel in Warschau am 2. Dezember 2005 unterstrichen, dass die Bundeskanzlerin mit der gleichen schroffen Ablehnung hinsichtlich der Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin durch polnische Politiker in Regierung und Opposition konfrontiert wurde, wie Monate zuvor, als sie noch als Kanzlerkandidatin das Land bereiste. Auch ihre Beteuerungen, das geplante Zentrum gegen Vertrei-

20 Vgl. u.a. Neues Deutschland, 28./29.8.2004, S. 8: Rauch im polnischen Sejm. Erregte Parlamentsdebatte über Reparationsforderungen an Deutschland; Die Welt, 10.9.2004: Polens Parlament fordert Reparationen von Deutschland; <http://sueddeutsche.de/ausland/artikel/10/38971/print.html>: Polens Parlament will deutsche Kriegsreparationen; <http://sueddeutsche.de/ausland/artikel/42/39003/print.html>: Polens Regierung sieht Reparationsfragen als abgeschlossen. Zur »Preußischen Treuhand« vgl. Reiner Zilkenat, Das »Zentrum gegen Vertreibungen« und die »Preußische Treuhand« – Bemerkungen zur Methode und zur politischen Funktion des gegenwärtigen Geschichtsrevisionismus, in: Rundbrief, hrsg. v. d. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Heft 2-3/2004, S. 8ff. u. »Preußische Treuhand« floppt – Prominente Anwälte ziehen sich zurück, in: Deutsch-Tschechische Nachrichten, Nr. 69, 18. November 2005, S. 6.

21 Vgl. Der Tagesspiegel, 3.11.2005, S. 4: Kompromiss bei Erinnern an Vertreibung.

22 Erika Steinbach spielt hier auf die Rede Angela Merkels bei der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU in Berlin am 18.11.2005 an.

23 Vgl. <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kulturinterview/444753>.

bungen habe »nichts mit einer Relativierung der Geschichte zu tun«, fanden keinen positiven Widerhall.

Viertens versucht die Stiftung, unterschiedliche finanzielle Quellen für die Realisierung ihrer Ziele anzuzapfen. Zum einen bietet sie die Möglichkeit, dass natürliche oder juristische Personen Spenden überweisen können, die dank der Gemeinnützigkeit der Stiftung von der jeweiligen Steuerschuld abzugsfähig sind. Für Spender größerer Beträge hält die Stiftung noch ein spezielles Geschenk bereit: Spender, die mindestens 1 000 Euro zur Verfügung stellen, erhalten die »Memorial-Tafel 1«; ab einer Summe von 2 000 Euro bekommt man die »Memorial-Tafel 2«. Wer sogar mehr als 3 000 Euro zur Verfügung stellt – demjenigen wird die »Heimat-Tafel« überreicht. Alle diese Spender werden außerdem im »Goldenen Patenbuch« der Stiftung namentlich aufgeführt.²⁴

Zum anderen wirbt die Stiftung um so genannte Vermächtnisse, d.h. um in Testamenten von der sonstigen Erbmasse abgesetzte Vermögenswerte – in der Regel Bargeld –, das nach dem Tod der betreffenden Person der Stiftung zufallen soll.

Eine besonders erfolgreiche Idee ist die von der Stiftung ermöglichte Patenschaft durch Städte und Gemeinden, die sich zu den Zielen des angestrebten Zentrums gegen Vertreibungen bekennen. Mehr als 400 Orte in den alten wie neuen Bundesländern (besonders in Bayern) haben mittlerweile 5 Cent für jeden ihrer Einwohner abgeführt und dadurch das Recht erworben, sich »Pate der Stiftung für ein Zentrum gegen Vertreibungen« nennen zu dürfen.²⁵

»... Königsberger Klopse und Thorner Kathrinchen ...«

Fünftens existiert inzwischen eine ausführliche Konzeption der Ausstellung, die im zu errichtenden Zentrum gegen Vertreibungen gezeigt werden soll.²⁶

Sie soll in vier Abteilungen gegliedert und von einem »Prolog« eröffnet werden, der die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts sowie die ihnen zugrundeliegenden Ideologien (Nationalismus und Rassismus) darstellen will. Daran schließt sich die eigentliche Exposition an, die den »Schicksalsweg der deutschen Vertriebenen« ausführlich abbilden wird. Von einer »europäischen Sichtweise« auf die Problematik ist plötzlich keine Rede mehr; sie wird anscheinend weitgehend auf den »Prolog« und den noch vorzustellenden dritten Teil der Ausstellung reduziert.

Der »Schicksalsweg der deutschen Vertriebenen« soll zum einen deren Heimat für den Betrachter erfahrbar werden lassen: die »Weite der masurischen

24 Vgl. www.z-g-v.de/aktuelles/?id=63.

25 Vgl. www.z-g-v.de/aktuelles/?id=62.

26 Vgl. www.z-g-v.de/aktuelles/?id=50-53.

Landschaft«, die »Idylle des Riesengebirges«, aber auch die »Thorner Kathrinchen« und die unvermeidlichen »Königsberger Klopse« sollen hier ebenso ihren Platz bekommen wie »das Nebeneinander und Miteinander der Volksgruppen in den von Deutschen bewohnten Gebieten außerhalb der Staatsgrenzen von 1937«. Besonderer Wert wird dabei auf das »alltägliche Leben«, zum Beispiel erster Schultag, Hochzeit und Geburt gelegt.

Vollständig ausgeblendet ist in der immerhin sieben Druckseiten starken Konzeption jeder Bezug auf die nicht selten verhängnisvollen, mitunter subversiven politischen Aktivitäten der Deutschen in Polen und in der Tschechoslowakei in der Zeit zwischen 1919 und 1938/39, kein Wort wird verloren über die bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik betriebene »Volks-tumsarbeit«, vom Irredentismus ganz zu schweigen. Offensichtlich soll über die eigentlichen Ursachen von Flucht und Vertreibung, die in der aggressiven und expansiven deutschen Politik seit 1933 und in den feindseligen und verbrecherischen Handlungen vieler Deutscher, zum Beispiel in Polen und in der Tschechoslowakei, zu suchen wären, der Mantel des Schweigens gedeckt werden. Es dominiert die bereits weiter oben skizzierte contrachronologische Geschichtsinterpretation, die gleichsam die Resultate historischer Entwicklungen präsentiert, ohne deren zeitlich davor liegenden Ursachen angemessen zu berücksichtigen. Mit Hilfe dieser Methode können Täter aller Kategorien und willige Mitläufer dann flugs zu »Opfern« mutieren.

Die Flucht aus den deutschen Siedlungsgebieten selbst, ihre konkreten Erscheinungsformen (die großen »Trecks« auf ihrem Weg nach Westen, waghalsige Fluchten über die zugefrorene Ostsee, alliierte Bombardements auf Flüchtlingskarawanen und -schiffe) stehen dann ganz im Mittelpunkt der Ausstellung. Der Besucher – so heißt es in der Konzeption – »läuft neben einer lebensgroßen Projektion von Flüchtlings- und Vertreibungstrecks entlang. Sein Weg ist gesäumt von Gepäckstücken, die von den Flüchtlingen zurückgelassen wurden ... Auf der gegenüberliegenden Seite des Weges wird in eigenen Räumen das Ausmaß der Grausamkeit dargestellt, dem die Menschen in den Lagern, bei der Vertreibung und an ihren Heimatorten ausgesetzt waren.«²⁷

Wenn nicht alles täuscht, so wird auch hier das oben beschriebene Strickmuster von Veralltäglichung, Individualisierung und Atomisierung komplexer historischer Prozesse kultiviert, dominiert die contrachronologische Methode: Kein Hinweis findet sich, der auf die Ursachen von Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach hinweist. Wieder versinken wir in der so genannten Alltäglichkeit des Geschehens, das dringender historischer Analyse bedürfte. Wieder finden wir uns einer Darstellung ausgesetzt, die einzelne Schicksale fokussiert. Aufklärung über die Ursachen

27 www.z-g-v.de/aktuelles/?id=51, S. 4f. des Ausdrucks.

und Anlässe dieser Vertreibung, die in erster Linie eine kritische Aufarbeitung der deutschen Politik – spätestens! – seit 1933 zur unabdingbaren Voraussetzung hätte, wird offenkundig nicht angestrebt oder als Nebensächlichlichkeit angesehen.

Zum Abschluss des Hauptteils der Ausstellung wird auf die Situation der Vertriebenen in der Bundesrepublik, in der DDR, aber auch in anderen Staaten, in denen sie Zuflucht suchten, eingegangen.

Recht summarisch wird der dritte Teil der geplanten Exposition abgehandelt – »Vertreibungen europäischer Völker im 20. Jahrhundert«. Hier wird offenbar, dass die von der Stiftung lauthals beanspruchte europäische Dimension der Vertreibungsthematik tatsächlich wohl nur als Tranquilizer für eine kritische Öffentlichkeit im In- und Ausland gedacht war. Auf vier Seiten wird dem interessierten Publikum hier lediglich eine Tabelle mit Vertreibungen in Europa von 1914 bis 1999 präsentiert, die allerdings merkwürdig erscheinende Lücken aufweist.²⁸ So ist den Gestaltern der Ausstellung und ihren wissenschaftlichen Beratern offenbar entgangen, dass unmittelbar vor und nach der Annexion der sudetendeutschen Gebiete zahlreiche Tschechen, darunter nicht wenige Juden, aber auch deutsche Antifaschisten, vor der faschistischen Wehrmacht und der SS in die noch unbesetzten Gebiete der Tschechoslowakei (in der Diktion der Nazis: »Rest-Tschechei«) bzw. in andere Staaten geflohen sind. Dass nach 1933 mehr als 300 000 Juden aus Deutschland und – nach dem so genannten Anschluss 1938 – Österreich geflohen sind, ist zutreffend. Leider fehlt in der Tabelle jeder Hinweis auf die Flucht und Vertreibung Zehntausender jüdischer wie nichtjüdischer Deutscher aus dem »Dritten Reich«, die als politische Oppositionelle oder kritische Intellektuelle – man denke zum Beispiel an Thomas Mann und seine Familie – bei weiterem Aufenthalt in ihrer deutschen Heimat mit der Einlieferung ins Zuchthaus oder Konzentrationslager rechnen mussten.

Da dem Leser im übrigen mitgeteilt wird, dass sich »das Konzept für diesen Teil der Ausstellung« noch »in Bearbeitung«²⁹ befinde, besteht immerhin Hoffnung auf eine entsprechende Nachbesserung.

Die konzipierte Ausstellung endet mit einem »Epilog«, der dem Betrachter Materialien präsentieren soll, die das »Recht auf die Heimat« dokumentieren, u.a. einschlägige Entschließungen der Vereinten Nationen.³⁰

28 Vgl. www.z-g-v.de/aktuelles/?id=52.

29 Ebenda, S. 1 des Ausdrucks.

30 Vgl. www.z-g-v.de/aktuelles/?id=53.

»Zentrum gegen Vertreibungen«, »Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität« – oder was?

Welche Realisierungschancen können aus heutiger Sicht dem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin zugemessen werden? Wie steht es um das zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Slowakei, Polens und Ungarns ausgehandelte Projekt eines Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität? Handelt es sich hier um eine Ergänzung der Vorhaben von Frau Steinbach oder eher um eine Alternative?

Zunächst kann festgehalten werden, dass fünf Jahre nach der Konstituierung der Stiftung für ein Zentrum gegen Vertreibungen die geplante Ausstellung immer noch der Realisierung harret. Neben Finanzierungsproblemen und koalitionspolitischen Überlegungen stellen außenpolitische Rücksichtnahmen schwer zu überwindende Hindernisse dar, um von den Planungen zur Tat schreiten zu können. Es kommt hinzu, dass entgegen aller vollmundigen Ankündigungen von Erika Steinbach, bislang noch kein geeigneter Standort in Berlin gefunden werden konnte. Zwar wurde im August 2005 von der Stiftung der Presse mitgeteilt, man bekomme für das Zentrum gegen Vertreibungen die St. Michaelkirche im Berliner Stadtbezirk Mitte von der katholischen Kirche zur Verfügung gestellt. Doch nach wenigen Tagen ließ der Berliner Erzbischof Sterzinsky diese Nachricht dementieren, weil es am »gesellschaftlichen Konsens« hinsichtlich der Ziele des Erinnerungszentrums mangle.

Und das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität?

Am 2. Februar 2005 unterschrieben Regierungsvertreter Deutschlands, der Slowakei, Polens und Ungarns in Warschau die Gründungsurkunde dieser Institution, unter ihnen die damals amtierende Kultur-Staatsministerin Christina Weiss. Nach einem Korrespondenten-Bericht der »tageszeitung« soll das »Netzwerk«, dessen Sekretariat in der polnischen Hauptstadt eingerichtet wird, »den Dialog über totalitäre Diktaturen und die Leiden der Zivilbevölkerung fördern«³².

Interessant erscheint, dass die Regierung der Tschechischen Republik diesem Projekt bis zum heutigen Tage jede Zustimmung und Unterstützung verweigert, während die polnischen Offiziellen durchgesetzt haben, dass – zum Ärger des Bundes der Vertriebenen – in der Gründungsurkunde das Wort »Vertreibung« nicht vorkommt!³³ Bis zum heutigen Tag ist nicht ersichtlich, welche präzise formulierten Aufgaben das »Netzwerk« verwirklichen möchte

31 Vgl. Der Tagesspiegel, 16.8.2005, S. 1: Zentrum gegen Vertreibungen: Alle gegen CDU; Der Tagesspiegel, 19.8.2005, S. 1: Kein Zentrum gegen Vertreibung in Berliner Kirche.

32 Vgl. die tageszeitung, 3.2.2005. S. 2: Netzwerk der Erinnerung. Einrichtung soll Gedenken an Vertreibungen und Diktaturen in Europa pflegen.

33 Vgl. Der Tagesspiegel, 3.2.2005, S. 9: Netzwerk der Vertreibungen. Bündnis der Verhinderer.

und wie man es erreichen will, dass Tschechien für eine Mitarbeit gewonnen werden könnte.

Es bleibt abzuwarten, ob sich das Projekt eines Europäischen Netzwerkes Erinnerung und Solidarität am Ende nicht als eine kurzlebige Kopfgeburt erweist, vor allem dazu gedacht, die Diskussionen um das vom Bund der Vertriebenen favorisierte Netzwerk gegen Vertreibungen in andere Fahrwasser zu leiten.

Welche Schlussfolgerungen können aus alledem gezogen werden?

Erstens wird der Bund der Vertriebenen angesichts einer christdemokratischen Kanzlerschaft seine Anstrengungen verstärken, die notwendigen finanziellen Mittel für sein »Zentrum gegen Vertreibungen« einzuwerben. Es ist zu erwarten, dass dabei auch der »Umweg« über die CSU- bzw. CDU-geführten Landesregierungen in Bayern und Hessen – deren Ministerpräsidenten Stoiber und Koch bekennende Förderer des BdV sind – sowie in Sachsen beschritten werden wird, wo seit einiger Zeit Ministerpräsident Milbradt und seine Parteifreunde eine »Patriotismus«-Debatte begonnen haben, in deren Zusammenhang auch eine Neuinterpretation der jüngsten deutschen Geschichte erfolgt.³⁴

Zweitens ist die Debatte um die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen ein zentraler Bestandteil des Geschichtsrevisionismus in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Eine aufwendig gestaltete Dauerausstellung, so wie sie weiter oben beschrieben worden ist, wäre gleichsam eine Materialisierung wichtiger Thesen eben dieses Geschichtsrevisionismus – und sie wäre als »Lernort« in der deutschen Hauptstadt, zum Beispiel für Schulklassen und Touristen, noch wirksamer als Bücher oder Fernsehdokumentationen.

Drittens wäre das geplante Zentrum gegen Vertreibungen hervorragend geeignet, das Weltbild und die Geschichtsinterpretation des BdV für kommende Generationen zu konservieren und weiter zu verbreiten, nachdem die letzten Überlebenden der »Erlebnisgeneration« in absehbarer Zeit nicht mehr am Leben sein werden. Es geht also nicht zuletzt um Identitätsstiftung für die Kinder und Enkel der Vertriebenen, damit aber auch um die weitere Existenz der Vertriebenenverbände als politisch einflussreiche Organisationen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland.³⁵ Auch aus diesem Grunde ist

34 Vgl. Wir sind stolz auf unser Land. Und Du? Ein Beitrag der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien zur Wertediskussion in Sachsen und Deutschland. Verabschiedet auf dem 25. Landtag der JU Sachsen und Niederschlesien am 15.10.2005 in Zwickau, Ms.; Antrag des Landesvorstandes der CDU Sachsen: Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa. Zwölf Thesen zum Zusammenhalt unserer Gemeinschaft, o.D. (2005), Ms.; Ludwig Elm, »Rot gleich braun – sonst gibt's kein Geld!« Konservative Grundtendenzen in der Geschichts- und Erinnerungspolitik der Bundesrepublik, insbesondere in den neuen Bundesländern, in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Heft 4-2005, S. 7ff. Vgl. auch: Der Tagesspiegel, 11.11.2005, S. 4: Große Koalition in Sachsen streitet über Patriotismus.

35 Vgl. zu dieser Thematik Karlheinz Lau, Die Vertriebenenverbände im 21. Jahrhundert. Ein überfälliger Diskussionsbeitrag, in: Deutschland-Archiv, Heft 6/2005, S. 1077ff., der allerdings den Beitrag des BdV

das anhaltend starke Engagement des Bundes der Vertriebenen für dieses Projekt zu interpretieren.

Viertens hat sich das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität im ersten Jahr seiner Existenz nicht profilieren können. Die Zustimmung Polens zu diesem Projekt erfolgte sehr zögerlich, Tschechien ist offenbar auch zukünftig für eine Mitarbeit nicht zu gewinnen, eine wie auch immer geartete Arbeitsteilung oder Kooperation zwischen dem »Europäischen Netzwerk« und dem nationalen Zentrum gegen Vertreibungen erscheint nicht vorstellbar. Sollte sich das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität am Ende als weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Historiker und Politikwissenschaftler erweisen?

Fünftens wächst von der extremen Rechten der Druck auf die Unionsparteien, sich in im Zusammenhang eines neu zu entfachenden, »nationalen Selbstbewusstseins« der Thematik »Flucht und Vertreibung« anzunehmen. So ist es wohl kein Zufall, dass die CDU in Sachsen, wo die NPD bei den Landtagswahlen 9,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, die Rolle der unionsinternen Avantgarde beim Thema »Patriotismus« spielt. Zugleich kritisiert die »Junge Freiheit«, das wichtigste Publikationsorgan der intellektuellen »Neuen Rechten« in Deutschland, in beinahe jeder Ausgabe Angela Merkel und die CDU/CSU für ihr zu defensives Verhalten bei der Realisierung des Zentrums gegen Vertreibungen, das in unzulässiger außenpolitischer Rücksichtnahme gegenüber der polnischen Regierung seine Ursache habe. Nach dem Besuch der Bundeskanzlerin in Warschau klagte die »Junge Freiheit«, dass »ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ... nicht näher gerückt« sei. Es zu verhindern sei gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung und Kanonisierung des Dogmas, »wonach die neuere europäische Geschichte sozusagen mit einem nationalsozialistischen Urknall begonnen hat ... – das damit über die deutschen Opfer verhängte Trauerverbot inklusive«³⁶.

Zusammenfassend: Der Weg des Zentrums gegen Vertreibungen von der Idee zur Realität bleibt aus heutiger Sicht nicht überschaubar, mehrer Möglichkeiten, einige wurden oben skizziert, sind denkbar. Die politische Linke in Deutschland – und in den östlichen Nachbarländern – wäre bei alledem gut beraten, ihre Aufmerksamkeit auch weiterhin den Versuchen zu widmen, dieses Projekt in Berlin zu realisieren: Denn sein Erfolg wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einem geistig-politischen Klima, in dem nicht nur das Denken über geschichtliche Zusammenhänge und Verantwortung von der »Opferrolle« der Deutschen dominiert werden würde, sondern auch in der Politik manches wieder denkbar erschiene, was aufgrund der Erfahrungen zweier vom

und seiner Mitgliedsverbände für die Verbreitung des Geschichtsrevisionismus weitgehend ausblendet.

36 Junge Freiheit, 9. Dezember 2005, S. 2; Doris Neujahr, Kleinmut und Mittelmaß. Zentrum gegen Vertreibungen: Deutsche Opfer sollen tabuisiert werden.

deutschen Imperialismus angezettelter Weltkriege bisher – jedenfalls für den politischen mainstream – undenkbar zu sein schien.

Weiterführende Literatur:

- Wolfgang Benz, Hrsg., Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien, Berlin 2004.
- Beppo Beyerl, Die Benesch-Dekrete. Zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit, Wien 2002.
- Detlef Brandes, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001.
- Micha Brumlik, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005.
- Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004.
- Hannes Heer, »Hitler war's«. Die Befreiung der Deutschen von ihrer Vergangenheit, Berlin 2005.
- Georg Herde u. Alexa Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme, Köln 1987.
- Samuel Salzborn, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 2000.
- Erich Später, Kein Frieden mit Tschechien, Hamburg 2005.
- Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung. Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen Politik, hrsg. v. d. Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, München 2004.
- Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 1/2003: Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive (Autoren: u.a. Philipp Ther, Jürgen Danyel, Christoph Kleßmann, Norbert Naimark), Berlin 2003.

HORST HELAS

Der Platz des Antisemitismus im deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart¹

Im Januar 2005, als in Polen und vielerorts auch in Deutschland der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee im Jahre 1945 gedacht wurde, da waren sie auf einmal auch wieder präsent: die antisemitischen Auffassungen und Behauptungen von Rechtsextremisten. Allerdings wurden antisemitische Gedanken im Jubiläumsjahr 2005 mitunter hinter allgemeinen Sätzen versteckt, in denen die Worte »Jude« oder »Holocaust« gar nicht vorkamen.

Es waren vor allem zwei Stichworte, die zur Relativierung der Einmaligkeit des Verbrechens an den europäischen Juden und zum Herunterspielen anderer Untaten des Nationalsozialismus in den von der Deutschen Wehrmacht überfallenen Ländern Europas dienten:

Erstens der Bombenterror der Alliierten über deutschen Städten und *zweitens* das Thema Vertreibung von Deutschen im Osten Europas am Ende des Zweiten Weltkrieges durch »die Russen«, assistiert von »den Polen«.²

Hinzu kam die Polemik gegen den Befreiungsbegriff – zumindest für die heute neuen Bundesländer. Die Menschen dort hätten ja nur von einer Diktatur in eine andere gewechselt und letztere sei eigentlich viel schlimmer gewesen, weil sie bis 1989 angedauert habe. Mit dieser Ansicht sind Rechtsextremisten nicht allein.³

Gibt es nun Neues zum Platz des Antisemitismus im Wirken der Rechtsextremisten in Deutschland? Die Antwort fällt salomonisch aus: nein und ja.

1. Zum »Nein«: Es gibt eigentlich wenig Neues. Die alten antisemitischen Stereotype kommen immer wieder zum Vorschein.

In Wort und Schrift finden sich bei Rechtsextremisten auch heute die bekannten Klischees:

Im August 2004 waren Rechtsextremisten zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel hinter einem Transparent mit folgender Losung aufmarschiert: *Tel Aviv ist nicht Berlin, Israel ist nicht Deutschland und Friedmann ist nicht unser Freund!* Deutlicher geht es eigentlich nicht.

1 Überarbeitet Fassung des Diskussionsbeitrages zur Konferenz: Die Wähler der extremen Rechten, die DDR und die neuen Bundesländer, Leipzig 9./10. September 2005.

2 Siehe hierzu den Beitrag von Reiner Zilkenat in dieser Publikation.

3 Zur Bilanz der geschichtsideologischen Debatte in Deutschland im Jubiläumsjahr 2005 siehe: Kurt Pätzold: Der Führer ging, die Kopflanger blieben. Ein historisches Finale und aktuelle Kontroversen, Köln 2005.

Im Herbst 2005 fand vielerorts zu Schuljahresbeginn wieder eine so genannte Schulhof-Aktion statt, wo Rechtsextremisten kostenlos eine CD an Schüler zu verteilen versuchten. 200 000 Exemplare sollen davon hergestellt worden sein.

Dem Archiv des »Antifaschistischen Infoblattes Berlin« und anderen antifaschistischen Gruppierungen verdanken wir Empfehlungen zum Umgang mit dieser CD, deren Inhalt letztlich von der Justiz nicht beanstandet wurde. Die Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf hat gemeinsam mit Argumente & Kultur gegen Rechts e.V. in Bielefeld eine »Argumentationshilfe gegen die Schulhof-CD« der NPD ins Internet gestellt. Zu kreativen Aktionen gegen die Verteilung wurde ausdrücklich ermuntert.

Im Text eines Liedes dieser CD mit dem Titel »Zeit zu rebellieren« heißt es:

Der Deutsche – so heißt es, sei ein Rassist, doch nein – das ist er wirklich nicht.

*Wir helfen gern, doch irgendwann mal, ist Schluss,
weil ein Land, irgendwann mal, an sein Volk denken muss.*

*Und wenn es die da oben nicht langsam kapiieren,
dann wird in Deutschland bald gar nichts mehr passieren.*

*Vermischung pur ist das Ende vom Lied –
Und es eine Minderheit an Deutschen in Deutschland gibt.*

Ein Bezug zu traditionellen Grundkomponenten der nationalsozialistischen Ideologie ist unverkennbar. Mit solchen Aussagen werden die rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Forderungen des Rechtsextremismus von heute unüberhörbar bedient und transportiert. Engagement und Zivilcourage sind gefragt, damit diese Art von Denken in Deutschland in der Minderheit bleibt.

Die Chronik von antisemitischen Schmierereien, verbalen Verleumdungen sowie von Angriffen auf jüdische Friedhöfe und Einrichtungen hat einen erschreckend großen Umfang behalten. Seit Wochen melden die Zeitungen beispielsweise neue Delikte an verschiedenen Orten Berlins – und von den Tätern fehlt (wieder) jede Spur.

Der planmäßig vorbereitete versuchte Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung für den Neubau eines Jüdischen Gemeindezentrums in München hat gezeigt, dass es keinesfalls nur um so genannte Propagandadelikte geht, sondern Sprengstoff und Waffen aller Art, CDs und Tonnen von Hetzbrochüren zur »normalen« Grundausrüstung nicht weniger rechtsextremistischer Zirkel gehören.⁴

Seit langem bekannt und somit nichts Neues sind die Ansichten selbsternannter deutscher rechtsextremistischer intellektueller Vordenker und Holocaust-Leugner:

4 Soeben ist folgende instruktive Schrift erschienen: Sprengstoff in München. Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD, hrsg. Von A.I.D.A.-Archiv, München 2005.

Horst Mahler wurde kürzlich rechtskräftig zu neun Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Von *Bernd Rabehls* Ansichten distanzierte sich kürzlich sein früherer Arbeitgeber, die Freie Universität Berlin, dies ungeachtet der Tatsache, dass er längst pensioniert ist.

Ernst Zündel, ein anderer bekannter Holocaust-Leugner, wurde von Kanada nach Deutschland ausgeliefert und sitzt nun eine Haftstrafe ab, zu der er vor langem in Abwesenheit verurteilt worden war.

Es ist nichts Neues, und kann an diesen drei Fällen wie vielen anderen nachgewiesen werden, dass die deutschen Rechtsprechungsorgane zwar konsequent vorgehen, allerdings außerordentlich viel Zeit brauchen, bis es zu Anklage, Verurteilung und endlich zum Vollzug der zuerkannten Strafen kommt.

Eher mit einem Jein wäre auf folgenden aktuellen Befund zu verweisen:

Nach Einschätzung junger Antifaschisten nimmt die rechtsextremistische Gewalt auf der Straße wieder zu.⁵ Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, rassistische Übergriffe auf Ausländer trafen und treffen auch Bürger jüdischen Glaubens, wenn sie als solche an Halsketten oder Kopfbedeckung erkennbar sind. Dies ist an sich nichts Neues. Die ungeniertere Vorgehensweise in aller Öffentlichkeit und die zunehmende Zahl der registrierten Vorfälle repräsentieren allerdings eine durchaus ernst zu nehmende höhere Qualität.

2. Zum »Ja«: Was ist neu beim Antisemitismus von Rechtsextremisten?

Eine Vorbemerkung zum Begrifflichen.

In der Publizistik, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und bei zahlreich stattfindenden Konferenzen ist oft vom »neuen Antisemitismus« die Rede und es wird darüber gestritten, was denn wirklich das Neue sei. Wenigstens zwei Ebenen seien genannt, die man auseinanderhalten, aber manchmal auch zusammendenken muss, wenn es um die Bewertung einzelner aktueller antisemitischer Vorkommnisse und Äußerungen geht.

Erstens meint neuer Antisemitismus seit vielen Jahren ganz allgemein alles, was seit 1945 in diesem Zusammenhang gesagt und geschrieben wird, in Deutschland wie im Ausland. (Die »Brille von Auschwitz« wurde und wird das auch genannt.)

Zweitens wird seit dem 11. September 2001 eine absolut weltverändernde Zäsur behauptet.

5 Siehe: Horst Helas: Fakten! Fakten! Fakten! Alltagserfahrungen mit dem Rechtsextremismus. In: Rundbrief 4/05 der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, S. 22-24.

Die US-amerikanische Feministin und bekannte politische Publizistin Phyllis Chesler benennt das so:

»Am 11. September 2001 bin ich gegen 11 vormittags an meinen Computer gegangen und habe den Satz geschrieben: ›Jetzt sind wir alle Israelis.«

Es fängt immer alles mit den Juden an. Osama Bin Laden nannte die Angriffe auf Amerika ›heilige Angriffe‹ gegen die ›Ungläubigen ... den neuen Kreuzzug gegen die Christen und Juden.« Er erklärte, dass die Zwillingstürme in sich zusammengefallen seien, weil die Amerikaner Israel unterstützen.

Damit wurde uns nicht nur der Krieg erklärt, sondern dies war auch der Beginn eines neuen Antisemitismus.«⁶

Über die Gewichtigkeit dieser Zäsur gibt es unterschiedliche Ansichten; viele Tendenzen, die dem »neuen« Antisemitismus seither zugeschrieben werden, hat es auch schon vor dem September 2001 gegeben.

Nur angefügt sei, dass die pauschale Behauptung, es gebe gestützt vom Koran generell einen »islamischen Antisemitismus« seltener geworden ist. Immer mehr Wissenschaftler und Politiker verwenden die Bezeichnung »islamistischer Antisemitismus« für Extremisten mit muslimischem Hintergrund. Eine gründlichere Debatte verdient in diesem Zusammenhang die Meinung des Düsseldorfer Islamwissenschaftlers Michael Kiefer⁷, dass es sich bei letzterem eher um »islamisierten Antisemitismus« handeln würde, weil es im Islam selbst keine tieferen, geschichtlichen Wurzeln von Antisemitismus geben würde.⁸ Problematisch an dieser Ansicht ist, dass sich Antisemiten von heute so leichter darauf berufen können, dass sie namentlich in Europa im 20. Jahrhundert gewichtige Vorläufer hatten, also selbst nicht schlimmer als jene sein würden?!

Ähnlich äußerte sich kürzlich bei einer Veranstaltung in Rostock ein anderer Spezialist, Matthias Küntzel.⁹ Er bezeichnete den Antisemitismus als »europäisches Exportprodukt« das erst vor etwa hundert Jahren den Nahen Osten erreicht hatte, »heute jedoch würde nirgendwo so aggressiv gegen Juden gehetzt wie in der islamischen Welt«.¹⁰

Doch zurück zum Platz des Antisemitismus im heutigen Rechtsextremismus in Deutschland.

Auf vier aktuelle Aspekte will ich hinweisen:

Erstens. Auch Rechtsextremisten wissen, dass man sich heutzutage in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit von selbst ausgrenzt, wenn man offen Juden Hass propagiert. Deshalb sind direkte antisemitische Worte und

6 Phyllis Chesler: Der neue Antisemitismus. Die globale Krise seit dem 11. September, Hamburg/Berlin 2004, S. 10.

7 Michael Kiefer ist u.a. Autor des Buches: Antisemitismus in der islamischen Gesellschaft.

8 Siehe Philipp Gessler: Die Juden als Weltfeinde. Konferenzbericht in: taz, 15.12.2005, S.15.

9 Matthias Küntzel ist Autor des Buches: Dihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2003.

10 Siehe den Newsletter Nr. 1064 mypresse.

Taten insgesamt seltener zu beobachten.¹¹ Viele indirekte Indizien und wortreiche Verschleierungen zeigen aber, dass sich an der antisemitischen Grundeinstellung von Rechtsextremisten wenig geändert hat.

Immer wieder verraten Worte mehr als ihren Autoren lieb ist. Rechtsextremisten wie der NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag Holger Apfel, nehmen das Wort »Pogrom« beispielsweise auch in den Mund, um sich über die Isolierung der NPD durch die anderen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien zu beklagen. (Mit solchen ahistorischen, schrägen Vergleichen mit der NS-Zeit ist er übrigens in schlechter Gesellschaft, sie kommen auch bei Vertretern anderer Parteien vor.)

Von Rechtsextremisten werden in den Kommunal- und Landesparlamenten zahlreiche Umverteilungsvorschläge für die knappe Haushaltsmittel unterbreitet, die auf den ersten Blick vernünftig, sozial angemessen klingen: Weniger Geld für die Unterstützung der Jüdischen Gemeinden, Zurückfahren der Programme zur Unterstützung von Projekten, die sich gegen rechte Gewalt, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit richten.

Aber es gibt auch Gegenteiliges: Im Land Brandenburg bot die DVU scheinheilig der Jüdischen Gemeinde ihre Unterstützung beim Verhandeln mit der Landesregierung an. Die Landesregierung hatte vor der Vertragsunterzeichnung, die inzwischen erfolgte, seinerzeit noch legitimen Prüfungsbedarf zur sachgemäßen Verwendung bereitgestellter Mittel. Dieser Anbiederungsversuch hat der DVU letztlich nichts gebracht.

Zweitens. Antisemitische Behauptungen werden von Rechtsextremisten zu meist in abgeleiteter Form vertreten, im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Prozessen, die sie für wesentlicher, von übergeordneter Bedeutung halten: Sie verstärkt »der sozialen Frage« in Kombination mit »dem Ausländerproblem« zu stellen – dies ist eine Forderung, die beispielsweise die NPD auch von Rechts erreicht und sich mit ihren eigenen programmatischen Intentionen trifft.

Im Internet war ein Aufruf einer »Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland« zu lesen. Im Text wird zunächst beklagt, dass die »Populisten« Gysi und Lafontaine den Rechtsextremisten Wähler wegnehmen wollen. Abschließend wird dann überraschend die NPD kritisiert: »Es ergeht ... der Aufruf an die NPD und alle nationalen Kräfte, endlich die soziale Frage wirkungsvoll zu thematisieren und im öffentlichen Raum anzusprechen – und zwar auf der Straße und nicht im Hinterzimmer. Und auch nicht durch substanzloses und in letzter Konsequenz kontraproduktives ›Unterwanderungsgerede«, sondern durch überzeugende Sozialagitation von nationaler Seite. Die soziale Frage ist

11 Im Verfassungsbericht 2004 heißt es: »Die Agitation mit antisemitischen Themen ist 2004 in allen Bereichen des Rechtsextremismus virulent geblieben. Allerdings besteht die Tendenz fort, offene Äußerungen zugunsten von Andeutungen zurückzustellen«. Siehe: Verfassungsschutzbericht 2004, hrsg. Vom Bundesministerium des Inneren, Berlin 2005, S. 102.

in Verbindung mit der Ausländerfrage in ihrer gesellschaftspolitischen Brisanz nicht zu überbieten. Die NPD-Landtagsfraktion in Dresden ist angehalten, endlich die Frage der Ausländerkosten auf die parlamentarische Tagesordnung zu setzen! ... Wenn es uns gelingt, die nationale Frage mit den sozialen Problemen der breiten Masse zu verbinden, dann kann uns nichts mehr aufhalten.«

Die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen haben diese Kombination von Eingehen auf die soziale Frage mit radikaler Fremdenfeindlichkeit auch ohne Rat von außen ins Zentrum ihrer Ideologie und Politik gerückt. Dies wird wohl auch noch längere Zeit so bleiben.

Wenn die Losung »Ausländer raus!« skandiert wird oder Fremde zurück in ihre Heimat geschickt werden sollen, sind immer auch Juden mit gemeint, vor allem jene, die aus der ehemaligen Sowjetunion kamen und in einzelnen jüdischen Gemeinden in Deutschland schon die Mehrheit der Gemeindemitglieder ausmachen.

Wenn Rechtsextremisten fordern: »Aufträge nur für deutsche Firmen!«, »Weg von der Überfremdung, Rückbesinnung auf unsere nationale Wirtschaft!« ist immer auch mit gemeint, dass hinter den internationalen Konzernen in der Regel »die Juden« stecken (Der in rechtsextremistischen Kreisen übliche Code dazu lautet: »die Ostküste« – der USA.)

Die realitätsferne Forderung in der Programmatik und Politik der Rechtsextremisten nach rascher Rückbesinnung auf den »nationalen Zusammenhalt« im Interesse der »deutschen Wirtschaft« zielt auf eine angenommene »Volksgemeinschaft«, die vom Firmenchef bis zum Hartz-IV-Bezieher unterschieds- und konfliktlos reichen soll. In Deutschland geborene Juden werden in dieses Boot mitunter gönnerhaft mit aufgenommen – alle anderen in Deutschland lebende Juden jedoch nicht.

Drittens. Antisemitismus ist schon längere Zeit nicht mehr ein Problem der Auseinandersetzung nur mit Rechtsextremisten. Auf einem anhaltend hohen Niveau sind antisemitische Einstellungen in der so genannten Mitte der deutschen Gesellschaft verfestigt vorhanden. Anders gesagt: Nicht die Rechtsextremisten sind bei der Gegenwehr das Hauptproblem, es ist der verbreitete latente Antisemitismus in allen Bevölkerungsgruppen und bei Anhängern aller demokratischer Parteien in Deutschland.

Das Hauptproblem beim Antisemitismus ist wohl heute – wie bei anderen rechtsextremistischen Einstellungen generell – dass er sich in erheblichen Maße in der Gesellschaft ausgebreitet hat, weit über den »rechten Rand« hinaus. Viele soziologische Untersuchungen belegen einen Anstieg antisemitischer Einstellungen bei der so genannten »normalen« Bevölkerung oder wie es jetzt so gern und verschleiern genannt wird: in der »Mitte der Gesellschaft« (wo immer diese präzise verortet werden kann).

Drei Beispiele seien genannt:

1. In der jüngsten Folge einer Studie eines Teams der Universität Jena über politische Kultur im Freistaat Thüringen, bei der für die Jahre 2001 bis 2003 immer die gleichen Fragen gestellt wurden (»Thüringen Monitor 2004«), heißt es im Kapitel »Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen«:

»Wie im Vorjahr lässt sich für den Bereich der Ausländerfeindlichkeit ein Zuwachs feststellen. Entscheidend dafür ist die erheblich gestiegene Zustimmung zu der Aussage ›Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.‹ Die zur Zeit diskutierten massiven Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme bieten offenbar einen geeigneten Nährboden für eine sozioökonomisch motivierte Ausländerfeindlichkeit, dass derartigen Einstellungen das reale Einstellungsobjekt fehlt, liegt angesichts eines Ausländeranteils von etwa 1,8 Prozent in Thüringen auf der Hand. (...)

Keine nennenswerten Veränderungen lassen sich bei den Aussagen zum Antisemitismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus feststellen. In beiden Fällen fällt die Zustimmung eher moderat aus. Darin kommt zum Ausdruck, dass dem ›alten Rechtsextremismus‹, der sich durch die Anknüpfung an Kernelemente der NS-Ideologie auszeichnet, innerhalb des gesamten Rechtsextremismussyndroms nur eine begrenzte Rolle zukommt.«¹²

2. Das Forscherteam um Wilhelm Heitmeyer, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, hat die dritte Folge seiner Langzeitstudie »Deutsche Zustände« vorgestellt. In einem Pressebeitrag heißt es:

»Und auch antijüdische Ressentiments sind trotz aller Mahnungen und Konferenzen weiterhin stark verbreitet: Der Aussage ›Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss‹ stimmen in der Befragung 23,4 Prozent zu (2000: 21,7)«.¹³ (Hier sind Probanden aller politischen Grundeinstellungen insgesamt gemeint. Die Soziologen haben aber noch genauer gefragt und zogen folgendes Fazit:

»Der klassische Antisemitismus in Deutschland stagniert auf niedrigem Niveau, aber 62 Prozent der Deutschen sind es leid, immer wieder von deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.«¹⁴

3. Das »Zentrum Demokratische Kultur«, das u. a. für verschiedene Berliner Stadtbezirke Studien vorgelegt hat¹⁵, beschäftigte sich jüngst auch mit Berlin-Mitte.

12 Siehe: Klaus Dicke / Michael Edinger / Andreas Hallermann / Karl Schmitt (Hrsg.): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, S. 68-69.

13 Siehe: ND, 21.10.2004, S. 6.

14 So Aribert Heyder / Julia Iser / Peter Schmidt in einem Text anlässlich der Präsentation der Studie.

15 Studien gibt es außerdem inzwischen u. a. über Hohenschönhausen/Lichtenberg, Pankow, Trepow/Köpenick und Marzahn/Hellersdorf.

Aus der im März 2004 vorgelegten Untersuchung zum Thema »Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten demokratischer Intervention« sollen aus dem Abschnitt: Antisemitismus in Mitte / Tiergarten / Wedding einige Ergebnisse vorgestellt werden.

Die Autoren der Studie unterscheiden hinsichtlich »der bekannten antisemitischen Tätergruppen«, die ihnen von ihren Interviewpartnern bei der Beschreibung von Vorfällen geschildert wurden, folgende drei soziologische Typen:

- a) Personen, besonders Jugendliche mit palästinensischem oder anderem arabischen Hintergrund, vereinzelt auch mit Migrationshintergrund Türkei;
- b) deutsche Rechtsextremisten;
- c) deutsche Durchschnittsbevölkerung, vereinzelt mit christlichem Impetus.¹⁶

Kommentierend heißt es an einer Stelle der Studie:

»Die Analyse zeigt das breite Spektrum antisemitischer Phänomene. Viele dieser Ereignisse sind nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinne relevant, prägen jedoch maßgebend das politische demokratische Klima besonders für jene Personen, die von antisemitischen Klischees betroffen sind.

Auffallend ist weiterhin das breite Spektrum der Tätergruppen. Antisemitismus lässt sich somit nicht auf kleine Personenkreise begrenzen, sondern ist offensichtlich eine Ideologie, die sich quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen durchzieht. Sie kann damit als Querschnittsideologie bezeichnet werden.«¹⁷

In der Untersuchung kamen auch Betroffene selbst zu Wort. Eine Jüdin schildert ihre alltäglichen Erfahrungen mit Antisemitismus mit folgenden Worten:

»Wenn ich mich dann mal klagend geäußert habe, meinen deutschen Mitbewohnern gegenüber, wie schwer es für mich ist dort zu wohnen. In dem Zusammenhang alleinstehende Frau sozusagen. ... Weil man als besonders schwach erlebt wird, wurde mir dann gesagt, dann soll ich doch nach Israel gehen. Da kommt man ja wieder in einen doppelten Konflikt, der einen einfach begleitet als jüdischer Mensch in diesem Land, sicherlich auch woanders, das Gefühl, man wird nicht gerne gehabt. Sobald man Schwierigkeiten hat, wird man auf der einen Seite darauf verwiesen, dieses Land zu verlassen. Und auf der anderen Seite wird einem die politische Situation in Israel, wohin man auswandern soll, gleichzeitig zum Vorwurf gemacht, wo man für das politische Geschehen eines Staates dort verantwortlich sei. Ich bin hier geboren und groß geworden, auch die ganze Familie ist deutsch wie nur irgendwas. Nicht um das herauszustellen, dass für mich auswandern genauso fremd vorkommt, wo ich mich natürlich an geschichtlich vergangene Zeiten erinnere, wo Menschen, die den gleichen Glauben hatten, wie ich eben auch, denen eine

¹⁶ Ebenda, S. 76.

¹⁷ Ebenda, S. 79.

Rasse zugesprochen wurde, denen die Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde. Und für mich ist diese Aufforderung, auszuwandern nach Israel, ist schon auch ein Stück abschwächen meiner deutschen Staatsbürgerschaft. Als sei die für mich weniger wert. Ich möchte dazu betonen, dass das nicht unbedingt Leute waren, die das böse meinten. Das empfinde ich schon als eine, sagen wir mal, latente antisemitische Haltung.«¹⁸

Die Autoren heben in ihrer Studie mit Nachdruck hervor: »Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Stereotype von Juden nichts, aber auch gar nichts über Juden, sondern nur viel über den aussagen, der sie verwendet.«¹⁹

Viertens. Rechtsextremisten kommen in den letzten Jahren öfter als zuvor in die für sie angenehme Lage, dass sich die gesellschaftliche Debatte auf andere Gruppen konzentriert, wenn Antisemitismus verortet wird. »Die Linken« (wer alles dies auch sein mag) und alle Anhänger des Islam werden am häufigsten genannt und attackiert.

Es ist hier heute nicht mein Thema, aber zumindest will ich betonen, dass es dafür immer wieder Vorkommnisse gibt, die solche Behauptungen nähren.

Zu »den Linken«

»Der Linken« – nochmals: wer immer das alles ist – wird massiver als bislang vorgeworfen, Antisemitismus in ihren Reihen zu dulden. Unter dem Deckmantel von Solidarität mit den Palästinensern habe die Kritik an bestimmten politischen Aktivitäten der Regierung Israels antijüdischen Charakter. Immer wieder werden dafür Meinungen in den Reihen von Attac oder antiamerikanische und antiisraelische Transparente ins Feld geführt, die bei einschlägigen Demos zu sehen waren und sind.²⁰

Auch die Gewerkschaften in Deutschland sind in ihrem schweren Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland nicht davor gefeit, bei ihrer berechtigten Schuldzuweisung an gnadenlos agierende internationale Unternehmen kurzschlüssig Klischees zu bedienen, die durchaus antisemitisch verstanden werden können.

Im Mai 2005 erschien die Mitgliederzeitung der IG Metall »metall« mit einer Karikatur als Titelblatt. Ein Insekt mit Zylinderhut und die Fahne der USA waren abgebildet, dazu die Worte: Die Aussauger. Im Begleitartikel war dann nur Kritik an US-amerikanischen Investoren in Deutschland zu lesen. Empörte Reaktionen, die an diesem Pressebeitrag die Tendenz von Antisemitismus kri-

18 Ebenda, S. 77-78.

19 Siehe: Ebenda, S. 79.

20 Dieser Art selektiver Aufzählung von Einzelfällen zum Beispiel in: Philipp Gessler: Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität, Freiburg 2004, S. 81 – 111.

tisierten, wies die Redaktion zurück und im nächsten Heft wurden Karikatur und Grundargumente wiederholt. Zumindest haben Vergleiche mit Insekten (wer immer diese unternimmt) und eine Fokussierung auf (nur) US-amerikanische Firmen als Arbeitsplatzzerstörer in Deutschland einen fatalen Beigeschmack.

Noch mehr Unverständnis wird linken Presseorganen und Institutionen entgegengebracht, die scharfe Kritiker von Erscheinungen der aktuellen Politik der USA oder Israels in Veranstaltungen zu Wort kommen lassen.

Da ist zum Beispiel Felicia Langer, Jüdin mit israelischem Pass und langjährige Kämpferin gegen die Verletzung der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern.

In einem kürzlich erschienenen Interview-Band heißt es beispielsweise:

»Hans-Dieter Schütt: (...) Aber verstehen Sie nicht unsere Befangenheit, wenn es um Israel geht?

Felicia Langer: Gottlob, dass die Geschichte es geschafft hat, befangene, vorsichtige Deutsche zu entwickeln. Die Welt hat einen entsetzlich hohen Preis dafür bezahlt. Aber ich möchte Ihnen sagen, dass die Deutschen gerade wegen ihrer Vergangenheit besonders klar und deutlich den Mund dort aufmachen sollten, wo Menschenrechte verletzt werden. Und Israel verletzt die Rechte der Palästinenser seit Jahrzehnten, und dies in kältester Weise. Israel hat kein Recht, diese von Ihnen angeführte Vorsicht und Scheu der Deutschen zu instrumentalisieren, so, als sei Kritik an Sharon eine Beleidigung der Holocaust-Opfer. Man ist in einer konkreten Situation Opfer, nicht für alle Zeiten, und ich habe es stets als schändlich empfunden, wenn Israel Völkerrecht gebrochen und darauf gebaut hat, die Welt würde aus Pietät und Scham gegenüber den Juden den Mund halten. Schuldgefühle, wie sie in Deutschland noch wach sind, darf man nicht funktionalisieren. Wenn Israel Kritiker seiner Politik gegenüber den Palästinensern in die Nähe des Antisemitismus rückt, dann ist das ein Vergehen an den Opfern des Holocaust. Sie werden unredlich benutzt. So eine Haltung kann den Antisemitismus nur befördern. Was eine ganz schreckliche Logik ist.«²¹

Aus der Vielzahl von Stimmen, die sich mit wohlbedachter Kritik zu einzelnen politischen Aktivitäten der israelischen Regierung äußern, seien stellvertretend genannt: Alfred Grosser²² (Frankreich), Moshe Zuckermann²³ und Uri Avneri²⁴ (beide Israel).

21 Siehe: Hans-Dieter Schütt: »Nicht gegen mein Gewissen«. Gespräche mit Felicia Langer, Berlin 2005, hier S. 19/20; siehe auch: Felicia Langer: Brandherd Nahost oder: die geduldete Heuchelei, Göttingen 2004.

22 Siehe: Protokoll des Öffentlichen Expertengesprächs zur Umsetzung der Abschlusserklärung der Berliner Antisemitismuskonferenz vom April 2004, Berlin 2005, S. 8-9, 31-33.

23 Siehe: Die Ideologie der israelischen Rechten. In: Heiko Kauffmann, Helmut Kellerssohn, Jobst Paul (Hrsg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, S. 185-198.

24 Siehe: Uri Avneri: Wer sich nicht versteht, kann sich nicht versöhnen. Uri Avneri über Verdrängun-

Kritik an einzelnen antisemitischen Äußerungen von Linken bzw. vermeintlichen Linken ist in jedem Einzelfall voll berechtigt. Gleichwohl verbietet sich hier ebenfalls jede kurzschlüssige Verallgemeinerung. Der übergroßen Mehrheit der sich in Deutschland als links verstehenden Menschen ist Antisemitismus fremd und sie verurteilen ihn. Viele Jugendliche und Erwachsene engagieren sich in zahlreichen, sehr verschiedenen Projekten zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit. Jede einzelne dieser Initiativen verdient Anerkennung und Förderung – heute wie in Zukunft.

Zur Islamophobie

Völlig berechtigt herrscht gegenüber antisemitischen Ansichten von Islamisten in der jüdischen Community und bei allen anderen Demokraten, auch solchen, die Muslime sind, ein Kurs der strikten Zurückweisung. Unsere besondere Verantwortung als Linke besteht darin, auch in diesem Zusammenhang den so genannten Antideutschen und bestimmten autonomen linken Gruppen, die der Meinung sind, man könne solchen Aussagen etwas Positives abgewinnen, entgegenzutreten.

Gleichzeitig haben wir noch sehr viel zu tun, um mit den Organisationen der in Deutschland lebenden Ausländer auch zum heiklen Thema Antisemitismus erst einmal ins Gespräch zu kommen.

Ende April 2004 fand in Berlin eine spezielle Konferenz aller OSZE-Staaten zum Thema Antisemitismus statt. Vor einigen Wochen folgte im spanischen Cordoba eine Nachfolgekonzferenz mit einem ernüchternden Ergebnis. Viele OSZE-Staaten halten es nicht für erforderlich, gegen Antisemitismus besonders vorzugehen, dies sei zwar eine klar zu verurteilende Haltung, aber eines von vielen Vorurteilen gegenüber Minderheiten, zum Beispiel Behinderten und Homosexuellen, Sinti und Roma sowie Ausländern. Damit wird indirekt die besondere Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus relativiert.

Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen, die in Deutschland in letzter Zeit ihre Anstrengungen im Kampf gegen den Antisemitismus aktiviert haben, wollen das nicht hinnehmen. So wie nichtstaatliche Organisationen seit April vorigen Jahres den OSZE-Prozess zum Antisemitismus kritisch und konstruktiv begleitet haben, heißt es jetzt in einer Erklärung vom 26. Oktober 2005 an die neue Bundesregierung und alle demokratischen Parteien:

»Antisemitismus bleibt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Problem, welches unsere Demokratie bedroht. Deswegen ist es nötig, wachsam zu bleiben und entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen.«

gen, Verzweiflung und und Missverständnisse, Israelis, Palästinenser Deutsche. Interview in: Neues Deutschland 28./29.5.2005.

Wie berechtigt dieser Appell ist, das dokumentieren besonders skandalöse israel- und judenfeindliche politische Äußerungen aus den letzten Wochen.

So konnte ein Politiker auf dem genannten Treffen in Cordoba behaupten:

»Seit dem Elften September tobt in Europa eine Kristallnacht gegen die Muslime; ihre Exterminierung steht bevor. Die Muslime von heute sind die Juden von einst.« (Saad Eddine Taib, Advisor of the Secretary General of the Organization of the Islamic Conference, OSZE-Konferenz in Cordoba 9.6.2005)²⁵

Fast einhellige Ablehnung erfuhren in Deutschland – so von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages in einer Erklärung – die jüngst geäußerten Ansichten des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad.

Der entschiedene Kampf gegen alle Erscheinungen von Antisemitismus – in Deutschland und weltweit – verdienen größte gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

25 Zitiert nach: www.typoskript.net

Rechtsextremismus heute – kommunalpolitische Aspekte

Erfahrungen, Schwierigkeiten und Ansprüche in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf kommunaler Ebene

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und rechtem Zeitgeist ist sowohl inhaltlich als auch organisatorisch vielgestaltig und differenziert und muss, wenn sie erfolgreich sein will, von möglichst vielen Menschen und auf den unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen geführt werden. Die Kommunen nehmen dabei eine gewisse Schlüsselstellung ein, ihr Beitrag ist unverzichtbar.

In den zurückliegenden Jahren haben in den Städten und Dörfern, im städtischen Kiez oder auf dem flachen Land viele Bürgerinnen und Bürger, vor allem auch junge Leute und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sich gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg immer wieder dem braunen Mob entgegengestellt. Sie haben gegen rechtsextremistische Aufmärsche protestiert und diese auch wiederholt verhindern können, politische Debatten geführt, Bildungsarbeit geleistet und Demokratie, Humanismus und Toleranz zu verteidigen versucht. Das war auch im Jahr 2005 der Fall, als mit vielen politischen Diskursen und Veranstaltungen der 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vorbereitet wurde, als in den harten Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Hartz IV rechtsextreme Kräfte als Trittbrettfahrer politisches Kapital für sich herauschlagen wollten und als in den Wahlkämpfen des Jahres NPD und DVU mit rechten Volksfrontlosungen ihre parlamentarische und gesellschaftliche Präsenz zu festigen versuchten.

Dieses Engagement und die Zivilcourage vieler einzelner sind ausdrücklich zu würdigen und es wäre lohnend, diesbezügliche kommunale Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus umfassender vorzustellen und zu versuchen, sie wissenschaftlich und politisch aufzubereiten und einem breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen.

Andererseits wird jede ehrliche und tiefer gehende Analyse der Erfahrungen und Gegenstrategien neben Erfolgen und wichtigen Erkenntnissen auch Schwachstellen und Versäumnisse aufzeigen. In der Gesellschaft insgesamt, in ihren einzelnen Bereichen, die Kommunen eingeschlossen – und in ihren wechselseitigen Beziehungen. Überhaupt kann die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, wie wir wissen, nicht »per Dekret« initiiert oder gesteuert werden und es gibt nicht eine einzige wissenschaftliche Ideenbörse oder politische Schaltstelle, in denen fertige Regeln abgerufen werden könn-

ten. Vielmehr handelt es sich um einen überaus komplizierten und langfristigen Prozess, in dem es fast immer mehr offene Fragen als gesicherte Antworten gibt. Das trifft natürlich in besonderem Maße auf die Kommunen zu, deren konkrete Bedingungen hinsichtlich ihrer Größe, der territorialen Lage, ihrer wirtschaftlichen, kulturellen oder touristischen Möglichkeiten, ihrer infrastrukturellen Erschließung usw. sich oft stark voneinander unterscheiden. Im nachfolgenden Beitrag können deshalb nur einige Aspekte zur Thematik »Rechtsextremismus und Kommunen« gestreift werden.

Gesellschaft und Kommunen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – eine kurze Situationsbeschreibung

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten dauert schon Jahrzehnte und es wäre illusorisch anzunehmen, dass der Zeitpunkt der gesellschaftlichen Ächtung des Rechtsextremismus schon vorausschaubar bestimmt werden könnte. Die Realität spricht eine andere Sprache.

Skandalöse Ereignisse, Fakten und niederschmetternde Zahlen sind vielen bekannt. In zehn Jahren in Deutschland über 100 Tote durch rechtsextreme Gewalt. Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremen steigt und steigt und die Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund ebenso. 2004 wieder 12 Prozent mehr als im Vorjahr, auf über 12 000. Fast kein Wochenende ohne provozierende Aufmärsche und Gewaltorgien bis hin zur Planung militant-terroristischer Aktionen.

Eine neue Generation rechtsextremer Aktivisten ist herangewachsen, viele junge Leute darunter. Rechte Alltagskultur ist in vielen Kommunen dominierend. Hinzu kommt, dass das rechtsextremistische Einstellungspotential in der Bevölkerung weit größer ist, als es die zwar ausgebaute aber alles in allem noch immer geringe parlamentarische Präsenz rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien vermuten lässt. Von der so genannten Grauzone und den vielen »gemeinsamen Schnittmengen«, wie es neuerdings heißt, zwischen rechten konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften ganz zu schweigen. Bekannt gewordene »unvorsichtige« antisemitische oder rassistische Äußerungen hochrangiger Politiker oder Militärs in den letzten Jahren waren leider nichts anderes als die sprichwörtliche Spitze eines Eisbergs.

Wichtig ist, wie sich das Verständnis von Rechtsextremismus in der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Umgang mit ihm in den Kommunen reflektiert. Bei der Aufgabe, möglichst viele Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren, gibt es trotz großer Anstrengungen immer wieder neue Diskussionen und Klärungsbedarf.

Wer sich über Jahre hinweg mit der extremen Rechten auseinandergesetzt hat, kennt sehr gut das Spannungsfeld zwischen Tatendrang, Beruhigung, Zu-

friedenheit und das Empfinden, kaum etwas erreicht zu haben. Auch heute ist festzustellen, dass viele Menschen Rechtsextremismus nur dann bewusst wahrnehmen, wenn grölende braune Horden randalierend durch die Straßen ziehen, wenn gemordet und gebrandschatzt wurde, wenn jüdische Friedhöfe geschändet und antifaschistische Gedenkstätten besudelt wurden, wenn anders aussehende und anders denkende Menschen, Ausländer, Behinderte, Obdachlose und andere nicht ins Nazibild passende Menschen brutal misshandelt wurden.

Fast immer dann, aber leider nur dann, münden das Entsetzen und die Betroffenheit auch in der Bereitschaft eines wachsenden Teils der Bürgerinnen und Bürger, sich zu wehren und Zivilcourage zu zeigen. Spontane Aktionen stehen ebenso dafür, wie sich stabilisierende Bündnisse. Tatsache ist aber auch, dass eine kontinuierliche politische Auseinandersetzung kaum stattfindet und tiefe Betroffenheit und Aktionsbereitschaft leider häufig viel zu schnell verebben und man zur ganz normalen Tagesordnung übergeht. Nicht wenigen erscheint das Thema auch zu unangenehm und zu gefährlich für sich und ihre Familien. Andere sind schlicht desinteressiert oder haben schon resigniert.

Noch immer sehen viele im heutigen Rechtsextremismus nur ein Wiedererleben von Gespenstern der Vergangenheit, eine Verlängerung und Neuauflage der alten Nazi-Bewegung. Das aber geht an der Realität vorbei, ausschließlich historische Bezugspunkte sind zu wenig.

Rechtsextremismus ist keine zeitweilige Erscheinung oder ein Abszess einzelner sozialer Gruppen. Er ist vielmehr Teil der modernen Gesellschaft, der von deren Widersprüchen, Deregulierungen und Konflikten ständig neu produziert wird.

Der Resonanzboden für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entsteht eindeutig im Rahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse von hier und heute, er ist primär und wesentlich ein Produkt der modernen Gesellschaft mit ihren Wesenszügen und ihren Widersprüchen. Hier und heute müssen wir uns ihm entgegen stellen.

Es gibt nicht den geringsten Grund, in den politischen, theoretischen, kulturellen und auch ganz praktischen Anstrengungen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Gewalt und Ideologie nachzulassen oder gar darauf zu verzichten.

Die verbale Erinnerungsstütze »Entwarnung ist nicht angesagt!« wird die demokratischen Kräfte noch lange wach halten müssen. Das kann man mit einiger Bestimmtheit sagen.

So simpel es klingen mag, der Umgang mit dem Rechtsextremismus in der Gesellschaft insgesamt und das gesellschaftliche Klima gegen Gewalt und Rechtsextremismus finden in der Regel ihre Widerspiegelung in den Kommunen. Es bleibt deshalb eine der dringlichsten Aufgaben, die Aufklärungs-

arbeit und Sensibilisierung zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus fortzusetzen und zu intensivieren. Und zwar in der Gesellschaft insgesamt und bei den politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene ebenso, wie bei den Menschen »vor Ort« und in ihren kommunalen Vertretungen. Viele müssen ihre ganz spezifischen Möglichkeiten dabei einbringen.

Von besonderer Relevanz für die Situation in den Kommunen ist das Agieren der politisch Verantwortlichen auf Bundesebene, der im Bundestag vertretenen Parteien und vieler gesellschaftlicher Organisationen. Nach den schlimmen Ereignissen in Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen und anderen Orten Anfang der neunziger Jahre haben damals erst landesweite Aktionen manche Kommune wachgerüttelt. Das war ebenfalls so bei weiteren Ereignissen in den folgenden Jahren.

Vor allem ist zu nennen der im Spätsommer 2000 durchaus ehrlich initiierte, wenn auch wohl zugleich aus politischem Eigennutz inszenierte »Aufstand der Anständigen«. Damit verbundene andere Maßnahmen politischen Gegendrucks waren punktuell erfolgreich und zeigten unmittelbare aber auch Langzeitwirkungen, die bis in die Gegenwart reichen. Viele forderten damals zu recht einen »Aufstand der Zuständigen«, leider haben gerade diese sich nach dem 9. November wieder viel zu schnell gesetzt. Sieht man von den beharrlichen Befragungen der Bundesregierung über rechtsextremistische Gewalttaten durch die beiden PDS-Abgeordneten Petra Pau und Gesine Lötzsich ab, stand in den zurückliegenden drei Jahren das Thema Rechtsextremismus nicht ein einziges Mal im Bundestag zur Debatte.

Der Aufstand verebbte, der Konsens der Demokraten wurde brüchig und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erneut zu einem Nischen- oder Randthema im gesellschaftlichen Diskurs.

Bei aller Kritik sollten aber das damalige gemeinsame Auftreten demokratischer Kräfte und die darauf folgenden Maßnahmen auch nicht klein geredet werden. Sie erhöhten die gesellschaftliche Sensibilität für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit deutlich. Leider muss aber konstatiert werden, dass in einige Kommunen der Appell vom 9. November 2000 offenbar nie angekommen ist.

Es rückten andere Themen, so der notwendige Kampf gegen den Terrorismus, leider völlig abgekoppelt von der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, und gravierende Fragen der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund und erforderten zu recht Antworten und Lösungen.

Wie auch immer die Bewertung dazu erfolgt, fest steht auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in vielen Kommunen kein Thema mehr war.

Dabei geht es gar nicht darum, der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus einen Stellenwert zuzuordnen, der überzogen und angesichts vieler anderer brennender Probleme in der Gesellschaft und in

den Kommunen unrealistisch wäre und die tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten der Gegenwehr unberücksichtigt ließe.

Vielmehr geht es um den Anspruch, die Aufklärung über und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kontinuierlich zu führen. Kampagnen allein sind zu wenig. Es geht um ein besseres gesamtgesellschaftliches Klima gegen Rechtsextremismus und darum, ein ebensolches Klima in den Kommunen zu schaffen. Eine entsprechende Politik muss alltäglich wirken.

Gemeinsames Handeln demokratischer Kräfte in Parlamenten, über Parteigrenzen hinausgehende und in breiten Bündnissen artikulierte eindeutige Positionen gegen den Rechtsextremismus können eine große mobilisierende Wirkung in den Kommunen und ihren kommunalen Vertretungen haben. Untätigkeit auf Regierungsbänken dagegen, eine Politik sozialer Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten, unzureichende Bildungsmöglichkeiten, Entsolidarisierung und Ausgrenzung, die Verharmlosung und Verdrängung rechtsextemer Gefahren oder nicht nachzuvollziehende juristische Entscheidungen und Einseitigkeiten, ein sich verstärkender Geschichtsrevisionismus u.a. dagegen sind für das Zurückdrängen des Rechtsextremismus völlig kontraproduktiv, sondern ermutigen und fördern eher dessen Aufbruchstimmung.

Betrachtet man die aktuelle Situation des Jahres 2005, so hält sich die Freude über das bisher erreichte in der Auseinandersetzung auch noch in Grenzen. Noch immer ist das Thema nicht ausreichend in der Gesellschaft und in einer Vielzahl von Kommunen angekommen oder wird weiter verdrängt. Entsprechende Einzelbeispiele gibt es zur Genüge. Die Differenziertheit zwischen den Kommunen in dieser Frage ist enorm.

Dennoch zeigt sich, dass besonders in den vergangenen Monaten das Engagement gegen Gewalt und Rechtsextremismus und für die Verteidigung der Demokratie vor allem in den Kommunen, also »vor Ort« wieder größer geworden ist. Das ist ein gutes Zeichen und macht Mut.

Besonders nach den Wahlerfolgen von NPD und DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg und ihrer gemeinsamen »Volksfrontstrategie« sowie skandalösen Auftritten in Landesparlamenten, als auch nach neuerlichen antisemitischen Straftaten sind viele Menschen hellhöriger und entschlossener geworden. Sie wollen nicht länger den brauen Spuk auf ihren Straßen und Plätzen. Dass wiederholt Demonstrationen der Neonazis gestoppt oder verhindert werden konnten, wirkt mobilisierend und setzt neue Kräfte frei.

Die Liste der betreffenden Orte, in denen demokratischer Widerstand geleistet wurde, ist schon lang und umfasst weit mehr als Berlin-Pankow, Berlin-Oberschöneweide, Bochum, Göttingen, Halbe, Hamburg, Königs Wusterhausen, Leipzig, Potsdam, Rostock und Senftenberg.

Zu den positiven Entwicklungen zählt auch eine andere Qualität der Berichterstattung in einem Teil der Medien, die häufiger antifaschistische

Gegenwehr begleitet und würdigt und Rechtsextremisten nicht mehr hoffähig macht. Vor allem auch in der lokalen Presse, eine große öffentliche Hilfe für die Auseinandersetzung.

Zu den Fortschritten zählen die langfristig angelegten und allmählich Wirkung zeigenden Handlungskonzepte und Aktionspläne der Bündnisse Demokratie und Toleranz auf verschiedenen Ebenen, auch in den Kommunen, gezielte Festlegungen von Landesverbänden demokratischer Parteien und mehreren Landesregierungen, die Arbeit der Organisationen für Opfer- und Aufklärungsprojekte, der vielen breiten und bunten Bündnisse gegen den Rechtsextremismus, die Aktivitäten parteinaher Stiftungen und von einigen Fraktionen im Bundestag, den Landtagen und des Europäischen Parlaments. Unbedingt zu erwähnen und für jede Kommune aus einer Vielzahl von Gründen von besonderer Wichtigkeit, die im Vergleich zu Beginn der neunziger Jahre entstandene neue Situation an vielen Schulen. Damals wartete man in den Kommunen allzu oft auf eine Teilnahme von Lehrern und Schülern bei Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Ausdrücklich zu würdigen sind einige aktuelle couragierte Entscheidungen von Polizeibeamten bei Anti-Nazi-Demonstrationen, allerdings meist nur bei solchen, die eine große Medienresonanz hatten oder international stark Beachtung fanden.

Und nicht zu vergessen das große persönliche Engagement vieler Menschen in ihren Städten und Dörfern. Ihre Zahl ist gewachsen und ohne ihren Einsatz kommt keine Kommune aus.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus braucht viele Verbündete.

Es ist nicht wenig, sich bewusst auf jene zu stützen, die interessiert sind und die ermutigt und bestärkt werden müssen. Ihre Zahl kann wachsen. Die Gefahr in der Arbeit liegt wohl auch nicht primär darin, methodisch ungeschickt zu handeln oder sich mal bei einen strategischen Ansatzpunkt geirrt zu haben. All das lässt sich korrigieren.

Die Hauptgefahr liegt in der Untätigkeit und im Resignieren. Es gehört zur gemeinsamen politischen Verantwortung, besonders dieser Gefahr entgegenzutreten. Im Bund, in den Ländern und in den Kommunen.

Zu einigen Veränderungen und Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus im kommunalen Bereich

Die vorgezogene Wahl zum Deutschen Bundestag, nicht selten als Lagerwahlkampf oder gar Schicksalswahl angekündigt sowie das für manche überraschende Votum der Wählerinnen und Wähler am Wahltag, haben wiederum dazu geführt, den Entwicklungen am rechten Rand der Gesellschaft weniger Aufmerksamkeit zu widmen.

Eigentlich schon *vor der Wahl*, nachdem absehbar war, dass der angekündigte Sturm der »Volksfront von rechts« auf den Reichstag nur Wortgetöse bleiben würde. Das Thema Rechtsextremismus hatte im Wahlkampf der demokratischen Parteien bei weitem nicht den Stellenwert früherer Wahlkämpfe.

Selbst bei der PDS (Linkspartei) nicht, für die die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus seit sie existiert, fest zu ihrem politischen und programmatischen Selbstverständnis gehört. Sogar das hervorragende Wahlplakat »Nazis raus aus den Köpfen«, das schon 1993 an Litfasssäulen und in den Zimmern junger Leute klebte, als andere die rechtsextreme Gefahr noch ignorierten oder klein redeten, hatte in diesem Wahlkampf Seltenheitswert.

Es erscheint im Interesse einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und mit Blick auf weitere anstehende organisatorische und inhaltliche Veränderungen der Partei angebracht, darauf hinzuweisen.

Für die PDS war die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nie eine zeitweilige oder gar konjunkturelle Frage, sondern gehörte fest zum politischen und programmatischen Selbstverständnis.

Die Aussage des Parteiprogramms der PDS war eindeutig. »Dem Antifaschismus verpflichtet, leisten wir Widerstand gegen neonazistische Politik«. In diesem Sinne hat die PDS in den zurückliegenden Jahren immer die antifaschistische Idee verteidigt. Der Antifaschismus als demokratischer Wert und als Kulturgut, als historisches Erbe und Motivationsquelle für politisches Handeln, war und ist für die meisten Mitglieder und für viele potenzielle Wählerinnen und Wähler der PDS ein wichtiger Identifikationsfaktor. Auch nach der Konstituierung als Linkspartei.PDS und eventuell kommender Fusion mit der WASG, sollte er bewahrt und verteidigt werden. Eindeutige Aussagen (»Mitglied kann nicht sein, wer faschistisches, rechtsextremistisches, rassistisches oder antisemitisches Gedankengut vertritt!«/ Antrag an 3. Tagung des 9. Parteitages) stimmen ebenso hoffnungsvoll wie weitere Maßnahmen der Bundestagsfraktion und einiger Landesvorstände der PDS. Das sind wichtige Hilfen für die Kommunalpolitiker der Linkspartei.PDS. Nicht zu vergessen sind die vielen neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den stärker gewordenen Kommunalfraktionen in den westlichen Bundesländern, die zum Beispiel in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus über lange Erfahrungen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Strukturen und ihrer Vernetzung verfügen.

Und *nach der Wahl* blieb das traditionell allgemeine öffentliche Erschrecken diesmal gänzlich aus. Selbst einige große Zeitungen verzichteten sogar völlig auf die Veröffentlichung der Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien. Zu Unrecht, denn die Fakten sind Anlass zur Besorgnis und Beunruhigung, in der Gesellschaft wie in vielen Kommunen.

Immerhin konnte die NPD ihr Ergebnis gegenüber 2002 fast vervierfachen. Etwa eine Million Wähler haben in der BRD Rechtsextreme oder Rechtspopulisten gewählt.

Die Analyse zeigt für einzelne Bundesländer und viele Kommunen ein noch schlimmeres Bild. In Sachsen wäre fast der Sprung über die fünf Prozent geglückt, die NPD errang mehr Stimmen als die Bündnis-Grünen. In mehreren Kommunen gab es hier sogar zweistellige Ergebnisse und in vielen Kommunen der östlichen Bundesländer überdurchschnittlich hohe Ergebnisse. Wer als »Außenstehender« die Wahlkämpfe und Plakatschlachten der NPD in der Sächsischen Schweiz, dem Muldentalkreis oder anderen Hochburgen der Neo-Nazis beobachtet hat, konnte nur betroffen oder erschüttert sein und voller Hochachtung für die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die sich diesem braunen Spuk entgegenstellen.

Mit 3,5 Prozent der Zweitstimmen schaffte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern eine nicht zu unterschätzende Ausgangsposition für die Landtagswahlen 2006, wo sie eben dort einen weiteren Einzug in ein Landesparlament schaffen will. Es hat den Anschein, dass sich alle im Schweriner Landtag vertretenen Parteien endlich dieser Gefahr bewusst werden und nunmehr gemeinsame Schritte dagegen unternehmen. Das wird auch Auswirkungen auf die Kommunen haben.

Schwerwiegender als die Zahlen sind die Tatsache, dass besonders die NPD eine gewisse Stammwählerschaft herausbilden konnte, vornehmlich auch in den Kommunen und auf dem flachen Land, dass sie sich sowohl bei den rechten Jugendszenen als auch regional weiter verankerte und über ihren Nimbus als Protestpartei hinaus gehend Anerkennung fand. Durch beträchtliche Wahlkampfkostenerstattung verbesserte sie ihre finanziellen Möglichkeiten für die weitere Verbreitung ihrer Ideologie und Parolen sowie für kommende Wahlen.

Die Wahlen waren ein weiterer Schritt zur Umsetzung ihres langfristigen strategischen Ziels, ein dauerhafter Faktor im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland zu werden.

Zieht man außerdem in Betracht, dass besonders diese rechtsextreme Partei über eine gut funktionierende Logistik ihres Apparates gekoppelt mit parlamentarischen Möglichkeiten verfügt, kann man nur schlussfolgern, dass die rechtsextreme Gefahr in Jahr 2005 nicht geringer wurde, sondern gewachsen ist.

Manche Kommunalpolitiker und ganze Kommunen mussten wiederum eine bittere Lehre ziehen. Das häufige Argument, dass sich rechtsextremistische Abgeordnete in kommunalen Vertretungen schon von alleine abwirtschaften würden, funktioniert nicht. In den meisten Fällen haben diese ihre Positionen sogar ausgebaut, wurden zu Multiplikatoren und Stimmenbeschaffer für rechtsextremistische Politik über den kommunalen Rahmen hinaus. Neue finanzielle und kommunikative Möglichkeiten wirken ebenso, wie ein nicht zu unterschätzender Bekanntheitsbonus. Kommunalpolitiker berichten auch, dass bereits ein einziges Mandat für Rechtsextreme, meist gekoppelt

mit einem »Berater« oder »Beisitzer« in einer Kommunalvertretung das Klima schon grundlegend verändern kann.

Für die Kommunalpolitiker demokratischer Parteien ist es wichtig, tendenzielle Veränderungen im Rechtsextremismus frühzeitig zu erkennen, um eine wirksame Gegenwehr zu erreichen.

Obwohl es sicher einer gründlicheren Untersuchung bedarf, kann man jedoch allgemein von einer Phase der Neuformierung des Rechtsextremismus sprechen. Dazu zählt, allerdings lokal sehr differenziert und in manchen Kommunen sogar mit gegenläufiger Tendenz, dass der Einfluss rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien schwindet, hingegen so genannte Kameradschaften als eine neue Organisationsform im Anwachsen begriffen sind und Ergebnisse erreicht haben, die den Parteien nicht gelangen. Verwiesen werden muss in diesem Zusammenhang auf die rechte Jugendkultur oder auch Nazi-Subkultur, insbesondere auf den Rechtsrock, ohne den der enorme Aufstieg der Kameradschaften undenkbar wäre. Andererseits aber lassen ständigen Aufmärsche und gezielte Vorstöße bekannter rechtsextremistischer Parteifunktionäre gleichzeitig den Schluss zu, dass eine Vermischung bzw. Verbindung von gewalttätigen Neonazis, also der Strukturen und der Aktivitäten von Kameradschaften mit der rechten Jugendkultur und den rechtsextremen Parteien bestehen bleibt. Selbst wenn es hier und da öffentliches Machtgerangel oder scharfe Polemik zwischen ihnen gibt.

Erkennbar ist hinsichtlich rechtsextremer Aktivitäten eine Taktik, die je nach Erfolgsaussicht zwischen Ausweichen bzw. Rückzug und plötzlichem Erscheinen bzw. Agieren entscheidet.

Es gibt Bestrebungen des Rechtsextremismus, seine ideologischen, strukturellen und praktischen Aktivitäten auf die kommunale Ebene zu konzentrieren. So zum Beispiel auf überschaubare Städte, bestimmte Kieze in Großstädten, vor allem auf den ländlichen Raum oder auf ausgewählte Regionen. Die alte Nazi-Losung, nach der die Städte vom Land aus erobert werden sollen, ist nicht zu den Akten gelegt. Immer wieder hört man von Kennern der rechtsextremen Szene, dass dieses Potential um so größer wird, je weiter man auf flache Land kommt. Ursächlich dafür sind wohl vorrangig die vielen speziellen sozialen Probleme des ländlichen Raums, so dass rechtsextremistische Alltagsstimmungen leicht dominieren können. Der Einfluss rechtsextremer Rattenfänger bei jungen Leuten ist besorgniserregend. Die öffentliche Identifikation mit rechtem Rock und insbesondere den antihumanen oder rassistischen Texten gibt Anlass zur Sorge. Auch verfestigte Traditionen und verwandtschaftliche Beziehungen, die selbst über viele Jahre das Wahlverhalten determinieren können, spielen eine Rolle. Und es ist die schwache Gegenwehr. Auf dem flachen Land gibt es meist keine Antifa und kaum zivilgesellschaftliche Strukturen und Zusammenhänge gegen Rechtsaußen. All das erschwert die Gegenwehr.

Tendenziell registrieren wir wie in Deutschland insgesamt auch in den Kommunen ein Anwachsen des Antisemitismus, das von den Rechtsextremisten geschickt mitgetragen und befördert wird. Bekanntlich gehen jüngste Studien von einem »antisemitischen Bodensatz« bei 15-20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland aus.

Die Rechtsextremisten bedienen sich insbesondere einer Fülle von Argumentationsmustern, die ihnen der stark ausgeprägte islamistische Antisemitismus im Nahen Osten bietet und hinter denen sich die eigene antisemitische Grundüberzeugung gut verstecken lässt.

Dem antisemitischem Gedankengut von Rechtsextremisten folgten in letzter Zeit nicht nur die üblichen verbalen Behauptungen und Beleidigungen gegen jüdische Mitbürger, sondern verstärkt auch Gewaltaktionen gegen jüdische Einrichtungen. Der geplante Anschlag auf die Grundsteinlegung für ein neues jüdisches Gemeindezentrum in München und die Auseinandersetzungen um den Bau der Synagoge in Bochum waren nur makabre Beispiele dafür. Die milden Urteile in München in diesem Zusammenhang für Angehörige der Kameradschaft Süd zeigten allerdings auch, dass Politik und Justiz offensichtlich gern ein Auge zudrücken, wenn es um rechtsextremistische Straftaten geht oder im Vergleich mit Linken mit zweierlei Maß messen.

Zum neuen Erscheinungsbild des Rechtsextremismus gehören seit einiger Zeit Ansätze gemeinsamen Handelns, vornehmlich bei spektakulären Gewalttaten, von deutschen Rechtsextremisten und von in Deutschland geborenen und aus anderen Ländern stammenden Jugendlichen. Eine rechtzeitige Entwicklung von wirksamen Gegenstrategien in dieser Frage bei Einbeziehung der verschiedensten antirassistischen und anderer gesellschaftlichen Organisationen scheint dringend geboten.

Unverkennbar ist auch die mehr oder minder sichtbare Tendenz, die im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus von den Rechtsextremen besonders in den Mittelpunkt gerückt wurde, einen wie auch immer gearteten Schlussstrich unter den Nazifaschismus ziehen zu wollen. Dieses Bestreben geht einher mit einem erneuten Aufleben des Geschichtsrevisionsismus. Besonders in diesen Fragen gibt es eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen rechtsextremistischen Kräften, Rechtspopulisten und Konservativen. Die Gedenkstätten- und Traditionsarbeit in den Kommunen, die diesbezügliche Arbeit an neuen Konzepten eingeschlossen, berührt natürlich das Wirken der kommunalen Vertretungen ganz praktisch.

Wenn von neuen Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus die Rede ist, muss auch die Frage seiner »Wandlungsfähigkeit« aufgeworfen werden. Ist er modifikationsfähig, anpassungsbereit, in einem relativ breiten Spektrum verankert und auf Integration bedacht?

Ja, es hat den Anschein, dies sollte nicht unterschätzt werden. Es wäre ein fataler Fehler, den Rechtsextremismus nur auf Brutalität, Gewalt oder Hass zu

reduzieren oder gar nur auf Begriffe wie Glatzen, Springerstiefel oder Dumpfbacken.

Es gibt viel zu viele gewaltbereite Neonazis und nach wie vor gibt es mehr als genug »Nazis im Nadelstreifen«. Es gibt politische und sonstige Analphabeten und es gibt unter den Mitgliedern und noch mehr unter den potenziellen Wählern rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien nicht wenige mit gediegener Bildung. Versuche einer gewissen Intellektualisierung im Rechtsextremismus sind deutlich erkennbar. Es gibt rechte Schlägertypen, um die man am liebsten einen großen Bogen auf der Dorfstraße macht und es gibt die netten Jungs von nebenan, die älteren Menschen helfen, Kinderfeste und Sportwettkämpfe organisieren oder sich für »schöneres Wohnen (natürlich ohne Ausländer)« einsetzen.

Sie knüpfen an reale Ängste und an tatsächliche oder vermeintliche Gefährdungen des alltäglichen Lebens der Menschen, besonders auch junger Leute an, reden über Ausbildungsprobleme, Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Es ist viel zu wenig, wenn Gegenargumente der Demokraten nur lauten, es wären ja letztlich nur griffige Parolen und Halbwahrheiten, populistische Forderungen und unrealistische Konzepte für Veränderungen.

Eine derartige Herangehensweise ist schlicht falsch. Die Themenwahl der Rechtsextremen für die politische Auseinandersetzung ist in der Regel durchaus gezielt gewählt. Natürlich oft gepaart mit nostalgischen Emotionen oder Horrorszenarien, aber wohl auch auf der Grundlage eines kühl kalkulierten Ziels.

Überhaupt ist Rechtsextremismus nicht einfach zu definieren und eindeutig zu charakterisieren. Er zeigt sich fast immer im Zusammenspiel mehrerer Erscheinungsbilder, organisatorisch und inhaltlich.

Eines bestätigen Erfahrungen in Kommunen sehr deutlich: größere soziale Schieflagen, dominierende rechte Alltagskultur, steigende rechtsextreme Gewalttaten und Wahlerfolge sind stark miteinander verwoben.

Die demokratischen Kräfte und Parteien in den Kommunen müssen das vor Ort erkennen und reagieren. Besser noch wäre, mit eigenen Konzepten und Lösungsangeboten zu agieren. Sie entscheiden, wie sich der Einfluss rechtsextremer Ideologie gestaltet.

Wenn zum Beispiel die extreme Rechte und rechtspopulistische Kräfte ganz bewusst perspektivisch auf ungelöste, unbefriedigt behandelte und sich zuspitzende Migrations-Probleme oder andere berechnete Sorgen der Menschen im Zusammenhang mit der Globalisierung setzen, darf man nicht einfach abwarten oder dies ignorieren. Die Aufgabe kann nur lauten, sich dieser Frage anzunehmen, zu versuchen, sie human und demokratisch zu bewältigen und der extremen Rechten zuvor zu kommen in ihrem Bemühen, die Menschen zu verunsichern und rassistische Vorurteile zu schüren.

Gleiches gilt übrigens bei der Lösung vieler anderer reale Probleme der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Staates, der Kommunen, auch im Zusammen-

hang mit der EU-Erweiterung. Gelingt es nicht oder sehr unvollkommen, Veränderungen zu erreichen, dann kann sich die politische Achse der Gesellschaft verändern, können rechtspopulistische und extreme Tendenzen sichtbarer als bisher Aufwind erhalten. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass auf absehbare Zeit mit einem ernsthaften rechtsextremen Kern-, Einfluss- und Einstellungspotential zu rechnen sein wird, das unter Umständen durch neue soziale Ungerechtigkeiten und Leitkulturthesen der »Großen Koalition« noch anwachsen kann.

Verantwortung, Möglichkeiten und Erfahrungen der Kommunen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Die besondere Verantwortung der Kommunen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus kann nur in Einklang mit ihren tatsächlichen Möglichkeiten gesehen werden. Unrealistische Forderungen oder Wunschlisten sind wenig hilfreich. Kommunalpolitik kann nicht schlechthin das Hauptfeld sein, auf welchem die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausgetragen wird. Bundes- und Landespolitik sollen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Kommunen viel zu viele Vorgaben erhalten und die so genannten freiwilligen Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten in den Räten und Ausschüssen begrenzt sind und besonders im ländlichen Raum die Personaldecke klein ist und vieles in ehrenamtlicher Tätigkeit geschieht.

Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allerdings gibt es keine Vorgaben. Der Eigeninitiative der Kommunen und dem Engagement der kommunalen Abgeordneten sind keine Grenzen gesetzt. Mit einer gewichtigen Ausnahme, im Zuge allgemeiner Haushaltskürzung und dem zu erwartenden »Zurückfahren« von Fördergeldern wird gerade bei »freiwilligen« Leistungen der öffentlichen Hand und der Jugendförderung der Rotstift angesetzt. Das würde gravierende Folgen haben. Nicht nur für den Fortbestand von Opfer- und Aufklärungsprojekten, sondern auch für die Entwicklung einer demokratischen Jugendkultur. Deshalb haben viele Kommunen Widerstand angekündigt.

Mit mehr Geld ist kaum zu rechnen, es wäre offensichtlich schon ein Erfolg, wenn Kürzungen verhindert werden könnten.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen kann weder als spezielle Aufgabe einzelnen Personen noch den Fachausschüssen übertragen werden, sondern ist wohl nur als eine Querschnittsaufgabe zu verstehen. Allerdings nicht als irgendeine, sondern als eine Aufgabe, in der sich die weitere Entwicklung der Kommune bündeln kann, die ihre Zukunft beeinflusst und mitbestimmt.

Zu verweisen ist auch auf die besondere Verantwortung der Bürgermeister in der Kommune. Die Positionierung der politisch Verantwortlichen in den Orten und Kreisen ist nötiger denn je.

Von ihrer Haltung und ihrem Engagement hängt wesentlich ab, wie intensiv die Auseinandersetzung geführt wird. Die häufige Teilnahme von Bürgermeistern der Linkspartei.PDS an Aktivitäten der Bündnisse gegen den Rechtsextremismus zeigen ebenso Wirkung, wie persönliche Aufrufe und Teilnahme von Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern an Demos gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten (Erfurt, Potsdam, Wunsiedel), die persönliche Mitgliedschaft von Bürgermeistern in Vereinigungen zur Gegenwehr (der Bürgermeister von Oranienburg ist z. B. Mitglied im Forum gegen Rassismus in seiner Stadt) oder die persönliche Verantwortung bei der inhaltlichen Aufklärung (Seminare mit allen Mitarbeitern der kommunalen Verwaltungen).

Auch andere Autoritäten können in den Kommunen viel bewirken, manchmal sogar mehr als die Bürgermeister. Die Chefs der Freiwilligen Feuerwehr, des Sport- oder Kleingartenverbandes, des örtlichen Karnevalvereins, der Naturschutzgruppe usw. Vorausgesetzt, sie genießen im Ort eine hohe Anerkennung und sie positionieren sich eindeutig gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Beispiele dafür gibt es bereits.

Das alles gehört zur Aussage, dass die Kommunen über unverwechselbare und auch nicht austauschbare Möglichkeiten verfügen. Im engem Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Initiativen und den Bürgern ist eine Menge zu erreichen. Allein die Tatsache, dass die Politik in den Kommunen in der Regel erfahrbarer und auch noch mitgestaltbar ist, die Probleme und Interessen der Bürger bekannt und wie besonders im ländlichen Raum auch die Möglichkeiten individueller Einflussnahme häufig noch gegeben sind, ist schon ein sehr wichtiger Einflussfaktor. Und die Konfliktfelder, die rechten Parolen Auftrieb geben, sie entstehen auch nicht im luftleeren Raum als abstrakte Gebilde, sondern ganz konkret und fassbar vor Ort, dort wo die Menschen miteinander leben. Wie beispielsweise der Oberbürgermeister von Sangerhausen schon im Herbst 2000 in einem Offenen Brief an seine Amtkolleginnen und Amtskollegen schrieb, wenn Solidarität und Sozialneid miteinander kollidieren, wenn unterschiedliche Lebensweisen und Lebensansprüche, andere Politik- und Kulturansätze aufeinandertreffen, wenn die Schwächsten in der Gesellschaft zum Sündenbock gemacht werden.

Welches sind die wichtigsten Ziele des Wirkens gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den Kommunen ?

Die grundsätzlichen Zielstellungen auf kommunaler Ebene können kaum andere sein, als in der Gesellschaft generell. Dass heißt vor allem:

– ein gesellschaftliches Klima für Humanismus und Toleranz zu schaffen, Demokratie zu wagen und zu verteidigen und eine demokratische Gegenkultur zu schaffen sowie dafür eine möglichst breite Öffentlichkeit zu gewinnen.

– zu verhindern, dass rechtsextreme Ideologien und Handlungsträger zur »Normalität« werden oder lokale Vereine und Zusammenhänge infiltrieren.

– organisierten Neonazis entschieden entgegenzutreten und ihre Handlungsspielräume zu beschränken, das Umfeld von den rechten Kadern zu lösen.

– wo es die Situation erfordert, in den kommunalen Vertretungen eine knallharte Auseinandersetzung mit Abgeordneten rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien zu führen, ebenso in der Öffentlichkeit mit dem Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft

– all jene, insbesondere junge Menschen zu unterstützen, die sich den Rechtsextremisten entgegenstellen. Zivilgesellschaftlichen Initiativen entwickeln und entsprechende Zusammenhänge fördern. Noch einmal sei die besondere Unterstützung von Lehrern und Schülern hervorgehoben.

– sich für den Schutz von stigmatisierten Gruppen und Opfern rechtsextremer Gewalt einsetzen und ihnen individuell zu helfen sowie solche Vorfälle öffentlich zu machen.

– die finanziellen und materielle Mittel so einsetzen, dass sich eine demokratische Jugendkultur entfalten kann.

In den zurückliegenden Jahren sind eine Vielzahl von Initiativen gegen Gewalt und Rechtsextremismus, für Demokratie, Humanismus und Toleranz entstanden. Nicht wenige davon in Folge der mit dem »Aufstand der Anständigen« beschlossenen konkreten Fördermaßnahmen.

Die Analysen sind gründlicher geworden, Opfern rechtsextremer Gewalt wird besser geholfen, demokratische Gegenwehr breiter organisiert. Viele Kommunen haben daran Anteil. Nur einige Initiativen und Maßnahmen können hier genannt werden:

So zum Beispiel landesweite und lokale Aktionsprogramme sowie eine Vielzahl von Modellen und Projekten wie »Jugend für Toleranz und Demokratie«, »Aktion Zivilcourage«, »Netzwerk gegen Rassismus«. Kleinere Projekte wie »Fans gegen Rassismus« oder »Große Klappe« als ein theaterpädagogisches Projekt zur Gewaltprävention in Schule und Jugendarbeit. Es gibt Bildungsmaßnahmen und Ausstellungen wie »Rechte Jugendkulturen – Zwischen Lifestyle, Clique und Partei« und Postkartenaktionen »Rote Karte gegen Rechts« oder »Bunte Karte für Demokratie und Gerechtigkeit«.

Immer mehr Schulen schließen sich der Initiative »Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage« an. Im März 2005 trugen fast 250 Schulen diese Auszeichnung. In Berlin gibt es ein Projekt »Standpunkt – Pädagogen gegen Rechts-Extremismus«.

Es gibt lokale Bündnisse wie »Bunt statt braun« oder »Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt«. »Aufmucken gegen Rechts«, »Schöner leben ohne Naziläden« oder »We will rock you« als Losungen für Aktionen junger Antifaschisten gegen Naziläden, rechtsextreme Musik und Mode.

Konstituiert haben sich eine Menge »Runde Tische oder Plattformen gegen Rechtsextremismus«, »Foren gegen Gewalt« oder »Vereine gegen das Vergessen«. »Aktionswochen gegen Antisemitismus« und die Aktion »Stolpersteine« unternehmen etwas gegen den zunehmenden Antisemitismus in der Gesellschaft.

»Civitas« – eine Initiative gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern und andere Organisationen der »Opferperspektive« geben Hilfe über »Recht gegen Rechts« nach rassistischen Angriffen, die Aktion »Noteingang« organisiert Soforthilfe in Gefahrensituationen.

Mobile Beratungszentren sind ebenso zu nennen wie zahlreiche Präventivmaßnahmen. Nicht zu vergessen die Initiativen von Kirchen, Parteien und Gewerkschaften. Auch nicht eine Reihe von Initiativen ausländischer Mitbürger. So gründete erst kürzlich der Rostocker Verein »Dien Hong – gemeinsam unter einem Dach« einen Unternehmerstammtisch. Vielerorts sind es vor allem auch einzelne sich aufopferungsvoll engagierende Menschen, wie Frau Irma Mensah-Schramm aus Berlin, die schon seit mehr als zehn Jahren überall in der BRD, wo sie Hassschmierereien der Nazis sieht, diese fotografiert und vernichtet und mit ihren vielen Ausstellungen zum Dialog gegen Hass und Gewalt aufruft. Nicht zu vergessen sind die Koordinatoren gegen Rechts in vielen Kommunen.

Die Aufzählung weiterer Initiativen würde glücklicher Weise noch mehrere Seiten füllen.

Natürlich sind sie noch nicht flächendeckend, aber es sind auch keine einsamen Leuchttürme mehr. Ein Mitglied eines Aktionsbündnisses aus Pirna räumte kürzlich ein, dass die NPD in seiner Stadt leider angekommen sei. »Der Kampf gegen den Rechtsextremismus jetzt aber auch. Unser Anliegen kommt in der Gesellschaft an«, resümierte er. Genau darum geht es! Es ist bei weitem noch nicht überall so.

Eine kritische Bestandsaufnahme in den Kommunen wird insbesondere zeigen, dass auch weiterhin vielerorts versäumt wird, sich inhaltlich und rechtzeitig mit rechtsextremen Erscheinungen auseinander zu setzen. Manchmal aus Unterschätzung der realen Gefahren, manchmal aus Sorge um Imageverluste für die Kommune, um die Werbung für den Ort, um Investoren oder Touristen. Ein Eingeständnis, dass in der Kommune die rechte Jugendkultur dominiert, es Gewaltbereitschaft gibt, Ausländer nicht willkommen sind, in manchen Vereinen rechtsextremes und völkisches Gedankengut widerspruchslos artikuliert wird, würde dem Ort schaden. Da ist es offenbar leichter, die angeblichen »Nestbeschmutzer«, also diejenigen, die diese Zustände offen benennen, zu kritisieren.

Doch jedes Verdrängen der Auseinandersetzung verringert immer mehr die Chancen für wirkliche Intervention und Veränderung. Das betrifft z. B. auch den Umgang mit Entscheidungen in der Vergangenheit. Man sollte in

den betreffenden Kommunen den Mut finden, falsche in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen endlich zu korrigieren. Zum Beispiel den zweckentfremdenden Einsatz von Fördermitteln, wodurch rechtsextreme Jugendliche Immobilien und Räume erhalten haben, die rechte Jugendkultur erst salonfähig machten.

Es ist schon darauf verwiesen worden, dass Untätigkeit das schwerwiegendste Problem bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ist. Fehler lassen sich bekanntlich korrigieren, je eher desto besser.

Sicher kann man die Vorstellungen der Ueckermünder Stadtverordneten (Mecklenburg-Vorpommern) nicht widerspruchlos hinnehmen, in der Altstadt eine Bannmeile zu schaffen, dieses Terrain gleich grundsätzlich und für alle politischen Aktivitäten, auch der Demokraten zu sperren.¹ Oder ein anderes Beispiel, der Versuch, in Reinhardtsdorf-Schöna (Sachsen) durch eine Fusion von Gemeinden einen NPD-Bürgermeister zu verhindern.²

In den Landtagen schaffte man es auch nicht mit Tricks bei der Handhabung der Geschäftsordnung, die NPD und DVU ins unwirksame Abseits zu stellen.

Demokratie und Bürgerrechte darf man nicht aufgeben, sondern muss sie fördern und wagen und die Auseinandersetzung nicht scheuen. Es ist zu hoffen, dass die dortigen Kommunalpolitiker zu anderen Entscheidungen kommen. Die parteiübergreifende Zielstellungen, den Nazis nicht das Stadtzentrum zu überlassen oder ein Bürgermeisteramt anzutragen aber waren vielleicht auch ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung. Das sollte man nicht außer acht lassen. Überschnell ausgesprochene Ratschläge oder gar nur »Schelte aus der Ferne«, die zudem leider allzu oft die konkrete Situation vor Ort, die dort gereiften Überlegungen und bereits gegangenen praktischen Schritte, die Belastungen und Mühen und auch die Gefahren für Personen und die Gemeinschaft weitgehend unberücksichtigt lassen, sind wenig hilfreich.

Sehr wohl dagegen die persönliche Unterstützung direkt »vor Ort« oder weitere sachliche Erfahrungsaustausche mit Kommunalpolitikern und anderen am Thema interessierten Menschen.

Nur Aktionismus oder der Versuch, den Rechtsextremismus vorrangig mit juristischen Mitteln zurückzudrängen – beides bringt in der Sache wenig.

Ein langer Atem ist notwendig.

Sicher wird sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung auch weiterhin dem Thema »Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den Kommunen« widmen und zu neuen Meinungsaustauschen einladen, auf denen unter anderem vielleicht einige der nachfolgenden Fragen diskutiert werden könnten:

1 Siehe den Beitrag von Dierk Borstel in diesem Band.

2 Siehe den Beitrag von Lutz Richter in diesem Band.

– Wie wirksam sind die Bündnisse gegen den Rechtsextremismus in den Kommunen?

– Wie können weitere effektive Möglichkeiten der Aufklärung, der Prävention und Gegenwehr initiiert und unterstützt werden?

– Welche Erfahrungen gibt es bei der finanziellen, materiellen und personellen Unterstützung von antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen vor Ort und wie können alternative jugendkulturelle Ansätze und Projekte gefördert werden?

– Welche Erfahrungen hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit gibt es mit kommunalen Projekten, die sich vorrangig in ihrer Arbeit mit rechten gewaltbereiten Jugendlichen beschäftigen? Welche Unterstützung finden multikulturelle Zentren in der Kommune?

– Welche Resultate gibt es hinsichtlich der Aufarbeitung der eigenen kommunalen nationalsozialistischen Vergangenheit und deren Öffentlichmachung?

– Welche Erfahrungen gibt es in der Gedenkstättenarbeit zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer des NS-Regimes in den Kommunen?

– Welche Verantwortung obliegt den Abgeordneten demokratischer Parteien in den kommunalen Vertretungen?

– Wie erfolgt in den kommunalen Vertretungen die inhaltliche Auseinandersetzung mit Abgeordneten rechtsextremer oder rechtspopulistischer Parteien. Welche Erfahrungen gibt es in den Wahlkämpfen?

– Welche Erfahrungen gibt es bei der Handhabung juristischer Fragen und polizeilicher Maßnahmen, um Aufmärsche von Neonazis zu vereiteln und ihnen in wirksamer Weise entgegen zu treten sowie den Erwerb oder die Nutzung von kommunalen Immobilien zu verhindern?

– Wie gelingt es den Kommunen, zivilgesellschaftliche Zusammenhänge gegen den Rechtsextremismus zu formieren und rechtsextremistisches Gedankengut aus lokalen Vereinen zu verbannen?

Rechtsextremismus ist nicht von gestern zu heute entstanden und er lässt sich nicht von heute auf morgen ächten. Die demokratischen Kräfte können aber täglich in dieser Richtung etwas dafür tun. In der Gesellschaft insgesamt wie in jeder Kommune.

DIERK BORSTEL

Rechtsextremismus und demokratische Kultur. Ein Lehrstück aus Vorpommern

Eine neue Strategie in der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Gruppen des eigenen Ortes empfahl der Stadtausschuss »Ordnung und Sicherheit« der vorpommerschen Stadt Ueckermünde. Die Innenstadt sollte fortan zu einer politikbefreiten Zone erklärt werden. Dieses umfasste die generelle Nichtgenehmigung von anmeldepflichtigen politischen Veranstaltungen, Demonstrationen, Plakatierungen, Infoständen oder Kundgebungen im Innenstadtbereich und betraf alle politischen Gruppierungen. Dieser Beschluss wurde letzt endlich nicht behandelt und ist damit de facto vom Tisch. Trotzdem lohnt sich ein Blick auf die Debatte. Denn wäre dieser Empfehlung im Stadtparlament gefolgt worden, wäre die kleine Stadt am Haff die erste, offiziell demokratiefreie Zone in der Bundesrepublik gewesen, in der per Mehrheitsbeschluss der Kommune wesentliche Grundlagen der freiheitlich demokratischen Grundordnung außer Kraft gesetzt worden wären. Am praktischen Beispiel zeigte sich hier ein Lehrstück zu den Schwierigkeiten der Interaktion von Demokratie und Rechtsextremismus am praktischen Beispiel.

Worum ging es?

Regelmäßig war der Marktplatz der Stadt Kundgebungs-Ort regionaler, rechtsextremer Gruppierungen. Demonstrationen, Infostände der rechtsextremen »Initiative Schöner Wohnen in Ueckermünde« und Kundgebungen der Szene waren zwar nicht Alltag, aber doch regelmäßiges Schauspiel in der Innenstadt. Besondere verärgerte eine Aktion der Rechtsextremisten im Sommer die Stadt und ihre Bewohner. Mit Erlaubnis des Ordnungsamtes stellte die rechtsextreme Szene einen Infotisch am Marktplatz auf und beschallte mittels großer Lautsprecheranlage, deren Genehmigung unnötig war, die Innenstadt mit ihrer Propaganda. Ruck zuck war die Innenstadt quasi menschenleer. Touristen verließen kopfschüttelnd die Cafes der Stadt. Dies verärgerte die Stadtverwaltung.

Hinzu kam, dass von Seiten demokratischer Organisationen kaum Aktivitäten zu verzeichnen waren. Selbst in den »Wahlkämpfen« blieben öffentliche politische Aktionen mit demokratischem Anstrich seltene Mangelware. Im Kern soll die gewünschte Verordnung somit primär die rechtsextreme Szene treffen. Sie ist einerseits Ausdruck der Hilflosigkeit im Umgang mit den rechtsextremen Akteuren, zeigt aber andererseits auch das fehlende Demokratieverständnis der handelnden demokratischen Akteure.

Wie ist die Rechtslage?

Das Grundgesetz benennt in ihrem Elementarbereich wesentliche Grundrechte, die der Empfehlung des Ausschusses diametral entgegenstehen. Artikel 8.1 des Grundgesetzes garantiert das Recht aller Deutschen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Einschränkungen nach Artikel 8.2 bedürfen eines Gesetzes, welches Gründe für ein Verbot beinhalten muss, die höher zu bewerten sind als die Einschränkung des Grundrechts. Artikel 8 GG ist dabei in einem engen Zusammenhang mit Artikel 5 GG zu sehen. Dieser garantiert das Recht und die Möglichkeit eines Jeden, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Ein Verbot im Ueckermündischen Sinne steht auch diesem Grundrecht entgegen. Insgesamt bedarf es somit keiner vertieften juristischen Expertise um festzustellen, dass die geplante Verordnung nicht grundgesetzkompatibel ist. Entsprechende Gerichtsurteile sind somit jederzeit möglich und bergen die Gefahr der Blamage einer demokratisch legitimierten Institution.

Was bedeutet das für die demokratische Kultur?

Problematischer als die juristische Seite sind die Auswirkungen auf die politische Kultur des Ortes. Der Ausschuss empfahl nichts anderes als die Selbstaufgabe der Demokratie durch die Demokraten. Demokratie meint nicht alleine »Volksherrschaft« und Durchsetzung von Mehrheitsmeinungen. Demokratie ist vielmehr gebunden an bestimmte normative Vorgaben und Verhaltensregeln. Zu den normativen Grundlagen zählen die Schutzbestimmungen für Minderheiten. Demokratie bedarf der Opposition, einer Minderheit. Diese muss sich entfalten dürfen, um perspektivisch eine Mehrheit werden zu können. Dazu bedarf es bestimmter Verfahrensregeln. Eine Grundlage für jede demokratische Aktivität ist das Recht einer jeden Organisation, sich öffentlich und frei zu äußern. Die fair geführte, bestimmte Regeln beachtende und kontroverse Diskussion ist dabei neben der Abstimmung das entscheidende Moment einer demokratischen Kultur. Diese Diskussion braucht Raum, und ein wesentlicher Raum ist die Öffentlichkeit. Genau diese Sphäre versuchte jedoch der Ausschuss zu beschneiden. Demokratie sollte nur noch in Hinterzimmern stattfinden. Zur Demokratie gehören aber neben der Gremien- und Parlamentsarbeit auch alle Formen des außerparlamentarischen Engagements. Eine Beschneidung dieser Grundelemente der demokratischen Kultur bedeutet nichts weniger als deren Selbstzerstörung.

Gelten demokratische Rechte auch für Antidemokraten?

Viele rechtsextreme Gruppen machen aus ihrer Ablehnung des demokratischen Systems an sich keinen Hehl. Die Paradoxie der Demokratie ist nun, dass sie solche Bestrebungen aushalten muss. Dies bedeutet aber nicht, dass sie handlungsgelähmt zusehen muss, wie sie bekämpft wird. Vielmehr stehen zwei wesentliche Handlungsstränge in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Gruppen zur Verfügung.

Die erste Strategie sieht die offensive Verteidigung der Demokratie durch die Demokraten vor. Dies bedeutet am Beispiel Ueckermünde, dass es an den demokratischen Organisationen und Personen vor Ort liegt, ob sie den öffentlichen Raum der rechtsextremen Seite überlassen oder nicht. Wo sind die Infostände, Kundgebungen, Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen der Demokraten? Warum werden die entscheidenden regionalen Themen der rechtsextremen Seite überlassen und nicht von den Demokraten öffentlich aufgegriffen und diskutiert? Erste hoffnungsfrohe Ansätze um das kleine, demokratische Netzwerk mit Namen BIRD (»Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie«) sind erkennbar. Ihr kann man diese Aufgabe der Entwicklung demokratischer Positionen und Öffentlichkeit jedoch nicht alleine überlassen, sondern es bedarf vielmehr des Zusammenspiels von staatlichen Institutionen (Bürgermeisterin, Stadtparlament, Verwaltung), den politischen Akteuren (Parteien) und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Erst als zweiter und letzter Schritt stehen der Demokratie Maßnahmen des autoritären Durchgreifens im Sinne des Konzepts der wehrhaften Demokratie zur Verfügung. Auch Rechtsextremisten genießen demokratische Grundrechte. Ihre Einschränkung ist erst dann gestattet, wenn es zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder des demokratischen Systems an sich kommt. Beides ist jedoch bei der Durchführung z. B. von Infoständen (solange die beteiligten Personen nicht drohen, nötigen oder zuschlagen) in der Regel nicht gegeben. Es bedarf somit neuer Formen der politischen Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen, die jenseits des autoritären Reflexes des Verbotes liegen.

Neue Wege?

Grundlage von neuen Wegen der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Gruppen ist die Aktivierung des demokratischen Potentials des Ortes zum demokratischen Engagement. Demonstrationen können Gegendemonstrationen gegenübergestellt werden. Ein gepflegter Kalender verrät wesentliche Termine, an denen die rechtsextreme Seite traditionell aktiv wird. Für solche Tage können vorab von demokratischer Seite Aktivitäten angemeldet wer-

den, so dass sie die Diskussion bestimmen und den öffentlichen Raum im wahrsten Sinne des Wortes besetzen. An Infoständen der rechtsextremen Seite kann laut die Auseinandersetzung mit deren Parolen erfolgen. Dazu muss man jedoch deren Argumentationsketten kennen und – womöglich ist dies das entscheidende Problem – eine eigene Position entwickeln, die auf demokratischen Grundstandards beruht. Demokratie lebt vom Engagement. Sie bedarf eines gewissen Grundkonsenses und genau dieser scheint im entsprechenden Ausschuss zu fehlen.

Die Diskussion

Mit Bekanntwerden der Ausschussempfehlung in der örtlichen Lokalzeitung wurde das Thema auch von der überregionalen Presse aufgegriffen. Basierend auf einem Vortrag und einem Kommentar des Autors auf der Internetseite »Mut-gegen-rechte-Gewalt« berichtete die Berliner »tageszeitung« über den Vorfall. Weitere Medien schlossen sich dem an und die Stadt erlebte unruhige Zeiten. Einhellig wurde der Tenor der Empfehlung verurteilt.

Die rechtsextreme Seite stellte sich in ihren Internetforen als Verteidiger der Demokratie dar und amüsierte sich über die Unglaubwürdigkeit der demokratischen Amtsinhaber, die Meinungsfreiheit predigten und selbige massiv einzuschränken versuchten.

Bereits vor diesem Medienwirbel sprach der örtliche Landtagsabgeordnete den Autor an. Er kritisierte, dass nicht zunächst das Gespräch mit den Beteiligten gesucht worden sei. Öffentlichkeit sei in solchen Dingen weder richtig noch notwendig. Andere sprachen auch von »unerlaubter Einmischung in die inneren Angelegenheiten« der Stadt. Ist diese Kritik berechtigt?

Ist Einmischung von außen erlaubt?

Zunächst sei erwähnt, dass der Stadtverwaltung zahlreiche Hilfsangebote in Form von spezialisierten Mobilien Beratungsteams oder in Person einer bekannten Netzwerkstelle in Ostvorpommern zur Verfügung standen, die beratend tätig sind und im Vorfeld Hilfestellungen hätten geben können, wenn dieses gewollt gewesen wäre. Von einer rein destruktiven Kritik kann somit keine Rede sein. Ist nun aber die Schaffung von Öffentlichkeit erlaubt?

Wäre der Beschluss gefällt worden, wäre dies ein deutschlandweiter Meilenstein in der Selbstaufgabe demokratischer Spielregeln durch Demokraten gewesen. Der Erosion der demokratischen Kultur entgegenzutreten, ist dabei Aufgabe eines Demokraten unabhängig vom Wohnort. Ihre Wirkung hätte auch die betroffenen, die nicht in Ueckermünde leben. Somit handelt es sich um

keine unerlaubte Einmischung, sondern um eine nötige Intervention. Hinzu kommt, dass der Öffentlichkeit in der Demokratie eine wichtige Aufgabe zukommt. Sie garantiert alleine das sensible Wechselspiel der gegenseitigen Kontrolle der demokratischen Institutionen, das zu den Kerngedanken der Demokratie zählt. Jeder, der in der Demokratie ein Amt übernimmt oder im demokratischen Diskurs teilnimmt, muss damit leben, Kritik in der Sache (nicht an der Person) zu erfahren. Diese Konflikte sichern gerade die politische und gesellschaftliche Dynamik einer Gesellschaft, die sich aus sich selbst heraus weiter entwickeln will und muss. Die Schaffung von Öffentlichkeit ist somit keine unerlaubte Einmischung, sondern ein konstruktiver Beitrag zur demokratischen Diskussion.

Ausblick

Das ursächliche Problem ist nach wie vor ungelöst: Die rechtsextreme Seite amüsiert sich köstlich über das Verhalten der Demokraten, nutzt konsequent ihre Rechte und besetzt damit systematisch und subversiv die Sphäre der Zivilgesellschaft. Eine systematische Antwort der Demokraten ist noch nicht gefunden. Sie zu entwickeln, hat oberste Priorität und ist gemeinsame Aufgabe von Staat und demokratischer Zivilgesellschaft.

Als gescheitert muss der Versuch betrachtet werden, den Rechtsextremismus durch eine Beseitigung wesentlicher demokratischer Grundstandards bekämpfen zu wollen. Dieser autoritäre Reflex, dass verboten werden soll, was einem nicht gefällt, ist alleine Ausdruck von Schwäche und Unsicherheit des eigenen Demokratieverständnisses. Das Gegenteil ist aber nötig: Nur durch eine im wahrsten Sinne des Wortes selbst bewusste Demokratie lässt sich der moderne Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpfen.

JÖRG DETJEN

Die rechtspopulistische Mobilisierungsstrategie von »pro Köln«

»Bürgerbewegung pro Köln«, Kurzbezeichnung »pro Köln«, hört sich unverfänglich, lokalpolitisch und bürgernah an. Dabei hat der Name zwei Höhepunkte, *pro Köln* und *Bürgerbewegung*. Als Kölnerin oder Kölner muss man natürlich für (pro) Köln sein. Dass man mit einem solchen Begriff lokalpatriotische Gefühle wecken kann, ist dabei beabsichtigt.

Beim Begriff *Bürgerbewegung* denkt man an eine Bürgerinitiative, dass es sich um eine »Bewegung« nationalistischer, neofaschistischer Kräfte handelt, darauf kommt man nicht im ersten Moment.

Ob dies viele Wählerinnen und Wähler bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln dazu verleitet hat, »pro Köln« zu wählen, kann man nicht beweisen. »Pro Köln« erhielt 16 531 der Stimmen (4,7 Prozent) und zog mit vier Vertretern in den Stadtrat ein. Im Nachhinein geben sich die ein oder anderen Wähler zu erkennen und erklären: »Hätte ich das gewusst ...«

Sicher hat der griffige Name »pro Köln« Verwirrung ausgelöst, allein wenn man bedenkt, dass ein Zweckverband Kölner Hotels viel früher diesen Namen trug.

Trotzdem gibt es eine Vorgeschichte dieser Vereinigung. Berücksichtigt man, dass bei einer vorgezogenen Oberbürgermeisterwahl im September 2000 ein Kandidat von »pro Köln« nur 0,5 Prozent der Stimmen erhielt, so sind die 4,7 Prozent bei der Kommunalwahl 2004 alarmierend.

Die Vorläufer: REP und Deutsche Liga für Volk und Heimat

Als Ende der achtziger Jahre Franz Schönhuber die CSU verließ und die Partei der »Republikaner« gründete, waren die Kommunalwahlen 1989 in Köln für sie ein Höhepunkt. 7,4 Prozent erhielten die »Republikaner« in der rheinischen Metropole. Etliche Kandidaten waren vorher bei der NPD gewesen. Unter ihnen auch Manfred Rouhs, der heutige Fraktionsvorsitzende von »pro Köln« im Kölner Stadtrat. »Die Republikaner« waren eine Sammlungsbewegung rassistischer, völkischer und faschistischer Kräfte mit sozialer Strategie. Bundesweit war auch von Bedeutung, dass eine rechtsextreme Organisation zum ersten Mal ein detailliertes Kommunalwahlprogramm vorlegte.¹

1 Republikaner in Köln, Völkische Hetze gegen Ausländer, Frauenemanzipation und Demokraten, Herausgeber: Antifaschistisches Forum, August 1989, GNN Verlag, Köln.

29,7 Prozent aller Republikaner-Stimmen verteilten sich auf die Altersgruppe 60 Jahre und älter. In der Altersgruppe 45-59 Jahre waren es gar 31,3 Prozent. Ältere Männer waren die Hauptklientel der »Republikaner«.

Anfang der 90er Jahre taten sich Risse im Lager der »Republikaner« auf. Schönhuber gefiel der platte Rassismus seines Kölner Kreisverbandes nicht. Um einem Rausschmiss zuvor zu kommen, spaltete sich Manfred Rouhs mit etlichen weiteren REP-Mitgliedern ab und gründete die »Deutsche Liga für Volk und Heimat«. Höhepunkte der Arbeit im Stadtrat waren eine Hetzkampagne gegen eine gesuchte Roma-Frau in Form eines Steckbrief-Plakates und ein Antrag auf Einrichtung einer Kommunalen Bürgerwehr. Manfred Rouhs war und ist der Herausgeber einer rechtsextremen Zeitung. 1994 hieß diese »Europa Vorn«. Dort konnte man lesen:

»Es ist daher unverzichtbar, dass sich rechte Aktivisten zum Selbstschutz angemessen legal bewaffnen.« Oder: »Solche Gruppen wie auch mit Schusswaffen ausgestattete »Antifa«-Banden tauchen nicht überall im Bundesgebiet auf; dort, wo es sie gibt, kann ihnen nur mit scharfen Schusswaffen begegnet werden.«²

In Köln bildete sich eine breite Bewegung gegen Rechtsextremismus. Viele Jugendliche wurden aktiv. Als Neonazis Anschläge gegen Asylbewerberheime verübten, gingen 1992 100 000 Menschen auf die Straße. Die Kampagne »Arsch huh Zäng ussenander!« wurde bundesweit bekannt.³

Bei der Kommunalwahl 1994 erhielt die »Deutsche Liga« nur noch 2 Prozent, scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde und zog nicht mehr in den Stadtrat ein. Trotz einer gigantischen Materialschlacht – in einer Auflage von 300 000 Exemplaren lieferte die Deutsche Bundespost eine Postwurfsendung aus – war die »Deutsche Liga« auf breiter Ebene isoliert und als faschistische Organisation diskreditiert.⁴

Bei der Kommunalwahl 1999 war die 5 Prozent-Klausel kurz vor der Wahl entfallen. Zwar bekamen die »Republikaner« 1,2 Prozent der Stimmen und einen Sitz im Rat, Manfred Rouhs aber war am Ende: Die »Deutsche Liga« kandidierte nur in einem Kölner Stadtbezirk und erhielt 0,1 Prozent der Stimmen.

Haiders FPÖ das Vorbild für pro Köln

Der theoretische und praktische Kopf von »pro Köln«, Manfred Rouhs, verschwand nach der Wahlniederlage 1994 mehrere Jahre ins Kölner Umland und

2 Keine Stime für Rechts, Neofaschistische Kommunalpolitik am Beispiel Köln – Umtriebe und Hetzkampagnen der Deutschen Liga und der Republikaner. Herausgegeben vom Arbeitskreis Neofaschistisch in der VVN/BdA Köln, August 1994, GNN Verlag Köln.

3 Arsch Huh Zäng ussenader! Kölner gegen Rassismus und Neonazis, 1992 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

4 Köln ganz Rechts, Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien in Köln. Antifaschistischer AutorInnenkreis Köln, August 2004, VVN/BdA Köln.

versuchte sein Glück als Verleger einer rechtsextremen Zeitung. Der Versand und Vertrieb von rechtsextremen Büchern, Filmen und CDs wurde aber kein so rechter Erfolg.

Nach den Wahlerfolgen der DVU im April 1998 in Sachsen-Anhalt sah Rouhs für sich eine neue Chance und schrieb in seiner Zeitung, die inzwischen den neuen Namen »Signal« trug:

»Die gesamte patriotische Publizistik hat – ungeachtet bestehender Vorbehalte – angesichts der veränderten Situation in Deutschland jetzt die Aufgabe, Dr. Frey und die DVU in ihren Vorhaben zu unterstützen ...«⁵

1999 forderte Rouhs in »Signal«, einer »neuen politischen Theorie zum Durchbruch zu verhelfen«, »neue Aufklärung« einer »neue(n) intellektuellen Aristokratie aus allen sozialen Schichten des Volkes ... die nicht die Teilhabe am etablierten öffentlichen Leben anstrebt, sondern dessen radikale Neugestaltung. Heute in Deutschland, Flandern, Frankreich und Italien. Und morgen überall, wo Menschen leben!«⁶

Ein Jahr später schaltete sich Rouhs in die NPD-Verbotsdebatte und meint: »Ein Verbot der NPD würde den Prozess, der zur Schaffung einer solchen Formation führt, eher beschleunigen ... Ein NPD-Verbot würde deshalb dem Establishment mehr schaden als nützen.«⁷

Zu diesem Zeitpunkt vertrat Rouhs ein elitäres »aristokratisches« Führerkonzept.

1999 kehrte er nach Köln zurück und übernahm den bereits 1996 gegründeten Verein »pro Köln«, den er in der Folgezeit zu einer rechtspopulistischen kommunalen Wahlvereinigung ausbaute.

Hintergrund waren Haider's Wahlerfolge mit der FPÖ in Österreich. »Haider versucht, die FPÖ unter dem Namen »Die Freiheitlichen« zu einer Bewegung umzuformen und sich mit einer nationalkonservativen bis rechtspopulistischen Politik als Reformpolitiker zu präsentieren.«⁸ Das entsprach auch Rouhs' Vorstellungen. Bis heute hat »pro Köln« enge Kontakte zur Wiener FPÖ.

Auch die erdrutschartigen Wahlerfolge der Schillpartei bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2001, mit 20 Prozent der Stimmen, imponierten und prägten pro Köln. Bei diesen Wahlerfolgen wurde nämlich offensichtlich, dass auch in Metropolen durch geschickte Hetze rechtsextreme Politik vor Ort erfolgreich praktiziert werden kann. In Hamburg ging die CDU sogar eine Koalition mit der Schillpartei ein.

Nachdem Manfred Rouhs NPD, Republikaner und die DVU mit seiner Gunst beglückt, hat er nun einen neuen Weg gefunden, den er beschreiten

5 Signal, Nr. 124/125, Juni/Juli 1998, Herausgeber Manfred Rouhs.

6 Signal, Nr. 130, 4. Quartal 1999, Herausgeber Manfred Rouhs.

7 Signal, Nr. 133, 3. Quartal 2000, Herausgeber Manfred Rouhs

8 Brockhaus, 2003 Bibliographisches Institut.

will. Seine Zeitung »Signal« schreibt: »Eines aber hat das Hamburger Wahlergebnis bewiesen: Die Zeit ist für eine Veränderung reif, die Chance ist da!«⁹

Der Wahlerfolg von pro Köln bei der Kommunalwahl 2004

Die »Bürgerbewegung pro Köln« begann die Vorbereitung der Kommunalwahl bereits mehrere Jahre vorher. Durch Unterschriftensammlungen gegen den Bau einer Moschee in vielen Stadtbezirken baute sie nach eigenen Angaben einen festen Datenbestand von 13 000 Adressen auf, auch wenn im Stadtbezirk nie eine Moschee gebaut werden sollte. Vermutlich benutzte sie diese Daten bei der Unterschriftensammlung zur Kommunalwahl.

Rouhs bemerkt in seiner Zeitung, die inzwischen den dritten Namen »nation24.de« trägt: »»Pro Köln« wurde größtenteils gewählt von Menschen, die zwei Jahre lang alle drei Monate die Informationsschriften der Bürgerbewegung bekommen haben.«¹⁰

Da »pro Köln« nach Angaben des Verfassungsschutzberichtes¹¹ in Köln nur 40 Mitglieder hat, kann sie nur langfristig und mit konzentrierten Themen agieren. Dabei setzt sie auf eine Mischung von Themen, die ihre rechtsextreme Vergangenheit kaschieren sollen. Neben der Forderung nach Abschiebung von Flüchtlingen wurden auch die Themen Sauberkeit und Ordnung und das spezielle Kölner Thema »Korruption und Filz« in den Wahlkampf getragen. So gab sie sich den Anschein einer Saubermannpartei.

Ein zentraler Ansatzpunkt ihrer Hetzkampagnen war und ist noch heute die schlechte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnheimen. Die Flüchtlinge leben oft unter katastrophalen Bedingungen mit bis zu 500 Personen in einer Unterkunft. Das ist eine Ursache für Konflikte mit der Nachbarschaft. Der Kölner Flüchtlingsrat, PDS und Grüne fordern eine dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten.

»Pro Köln« dagegen macht keine Lösungsvorschläge, sondern hetzt und sucht die Zusammenarbeit mit Personen im Stadtteil oder mit »Bürgervereinen«, bei denen sie den Eindruck haben, sie seien in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Eine solche erste Auseinandersetzung gab es 2003 im Stadtteil Köln-Poll.

Das Flüchtlingsheim war in einem katastrophalen Zustand. Nicht nur die räumlichen Bedingungen waren unwürdig, sondern die ganze Infrastruktur. Kinder besuchten z.B. nicht die Schule. Im Heim wohnte auch eine Familie, die Diebstähle in großem Umfang organisierte. Bekannte rechtsstehende Personen vor Ort und »pro Köln« hetzten sofort gegen alle Flüchtlinge. Die Köl-

9 Signal, Nr. 137, 3. Quartal 2001, Herausgeber Manfred Rouhs.

10 Nation24.de, Das patriotische Magazin, Nr. 149, 4 Quartal 2005.

11 Verfassungsschutzbericht NRW 2004, Seite 43 ff.

ner FDP stieß ins gleiche Horn, bestärkte die rechte Hetze ungemein und machte »pro Köln« salonfähig. An einer Demonstration gegen das Flüchtlingsheim in Poll beteiligten sich ca. 500 Personen aus dem Stadtteil. »Pro Köln« hatte etwas Wichtiges erreicht: Zum ersten Mal konnte sie bei einer »Bürger«-Demonstration mitmarschieren.

Der Kölner Flüchtlingsrat verurteilte die Politik der Kölner FDP als »explosive Mischung aus Rechts-Populismus und Irrationalität« und warf den Liberalen vor, es sollten »ganz bewusst Akzeptanzprobleme erst geschaffen werden«. ¹² Im Stadtrat griff die PDS die FDP frontal an: »Eines müssen Sie bedenken: Die Leute wählen schlussendlich nicht die FDP, sondern immer das Original, wenn man das tut, was die rechtsextremen Parteien machen.« ¹³

Ein wirksames Mittel gegen diese Hetze war der offene Dialog vor Ort. Auf Einladung des Rom e.V. und einer Kirche setzten sich Parteien, Anwohner, Lehrer und Flüchtlinge an einen Tisch. Im Stadtrat beschlossen Grüne, PDS und CDU ein offenes Kinderprojekt für Roma-Kinder. Der Konflikt beruhigte sich. Die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge hatten sich verbessert. Trotzdem hatte »pro Köln« einen Erfolg zu verbuchen. Im Wahlkampf plakatierten sie hetzerisch: »Wer klaut muss raus! Klaukids abschieben!« »Pro Köln« erhielt im Wahlbezirk Poll 9,2 Prozent der Stimmen.

Kriminalität darf man nicht totschweigen

Ein anderes Plakat, das »pro Köln« im Wahlkampf klebte, lautete: »Gegen Kriminalität, Klüngel, Korruption«. Ein brisantes Kölner Thema, das über viele Jahre bis heute die Kölner Kommunalpolitik beschäftigt und teilweise auch prägt. Ehemalige Mitglieder von SPD und CDU hatten über Jahre Bestechungsgelder eingestrichen, teilweise als Parteispenden verbucht und dann noch Spendenbescheinigungen an fleißige Mitglieder verteilt. Das kann und darf man als kriminell bezeichnen. Dieses Wahlkampfthema wird »pro Köln« (hier greift wieder die Namens-Verbindung) auch Stimmen gebracht haben, Frust- und Proteststimmen.

Dabei hatte Manfred Rouhs noch viel schlimmere Verbindungen zu Kriminellen als SPD und CDU je hatten.

Vor den Kommunalwahlen wurde bekannt, dass der Dreifachmörder von Overath, Thomas Adolf, 1994 für die Vorläuferorganisation von »pro Köln«, die »Deutsche Liga« 1994 zur Kommunalwahl kandidierte. Thomas Adolf war Manfred Rouhs genauestens bekannt. Denn Thomas Adolf hatte jahrelang als Taxifahrer gearbeitet und das damalige Ratsmitglied Rouhs öfter chauffiert. Auch wenn der Mörder von Overath einen verwirrten Eindruck macht, sein

12 Lokalberichte Köln, Nr. 10/2004 .

13 Rat der Stadt Köln, Ratsprotokoll vom 24. Juni 2004, Seite 12.

rechtsextremer Hintergrund und seine Gewalttätigkeit kommen nicht von ungefähr.

Zu diesem Zeitpunkt meinten aber die örtlichen Medien, die Kandidatur von »pro Köln« »totschweigen« zu müssen. Rouhs alte Verbindungen zum Mörder von Overath und in die extreme rechte Szene insgesamt werden nicht groß thematisiert. Nur das Antifa-Bündnis »Köln stellt sich quer«, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und die PDS kritisierten in Flugblättern die neofaschistische und rechtspopulistische Kandidatur von »pro Köln« .

Im Nachhinein geben viele Journalisten der Lokalpresse zu, dass dies ein Fehler war. Vermutlich sogar ein entscheidender. Faktisch fand mit »pro Köln« im öffentlichen Raum keine Auseinandersetzung statt. Pro Köln konnte ungestört und weitgehend kritikfrei ihre Hetzplakate aufhängen (ein Beispiel dafür in diesem Band.). Hatten sich früher SPD und Grüne an antifaschistischen Bündnissen beteiligt, so herrschte jetzt weitgehende Funkstille. »Köln stellt sich quer«, VVN/BdA und PDS veröffentlichten eine Broschüre und Flugblätter gegen »pro Köln«, aber eine breit angelegte Kampagne kam nicht zustande. Die undemokratische 5-Prozent-Klausel war 1999 entfallen, »pro Köln« ganz aus dem Stadtrat herauszuhalten war eher unwahrscheinlich. Sie ist dann aber nicht nur in den Stadtrat eingezogen, sondern hat auch noch den Fraktionsstatus erzielt.

»Pro Köln« hetzt im Stadtrat

Das Entsetzen beim Einzug von pro Köln mit vier Mitgliedern in den Stadtrat und in alle Bezirksvertretungen war groß. 16.531 Menschen wählten in der Millionenstadt pro Köln, das waren 4,7 Prozent der Stimmen. Die »Republikaner« erhielten 3 099 Stimmen (0,9 Prozent) und einen Sitz. Inzwischen ist der Republikaner der Fraktion pro Köln beigetreten.

Auf der ersten Sitzung des Rates der Stadt Köln setzten die demokratischen Parteien ein Zeichen. CDU, SPD, Grüne, FDP, PDS und Kölner Bürgerbündnis bringen eine gemeinsame Resolution in den Rat ein, in der sie dazu auffordern, gemeinsam gegen einen Nazi-Aufmarsch zu demonstrieren.

Die zwanzigjährige PDS-Ratsfrau Özlem Demirel begründete die gemeinsame Resolution:

»Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Meine Damen und Herren!

Am 16. Oktober wollen Neonazis in Kalk unter dem Motto ›180 Nationen in Köln sind 179 zu viel‹ demonstrieren. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir und die unterzeichnenden Parteien deutlich machen, dass wir den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretung gegen den Nazi-Aufmarsch un-

terstützen. Außerdem wollen wir den Kölnerinnen und Kölner Mut machen, die sich am Samstag quer stellen wollen und protestieren werden. In Köln ist nämlich kein Platz für Neonazis und ihre Hetzpolitik.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, KBB und Claus Ludwig)

... Außerdem hat sich die Polizei trotz zahlreicher Briefe und Anrufe noch nicht für ein Verbot des Nazi-Aufmarsches ausgesprochen. Doch vielleicht übt unsere gemeinsame Resolution hier noch einmal deutlichen Druck aus.

Meine Damen und Herren, in Köln leben Menschen aus verschiedenen Nationen friedlich zusammen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren hier. Hier haben sie ihren Lebensmittelpunkt.

Doch solch eine Demonstration der Neonazis mit einem solchen Motto zerstört das friedliche Zusammenleben aller Menschen hier in Köln.

Es ist jedoch die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, das friedliche Zusammenleben und die Integration zu fördern und allen hier lebenden Menschen Perspektiven für eine friedliche Zukunft zu bieten.

(Beifall bei PDS und SPD)

Aus diesem Grunde werden wir einer solchen Hetzkampagne immer wieder – so wie hier und heute – gemeinsam entgegentreten.

(Beifall bei PDS, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Es ist auch eine Schande, dass ein Ratsmitglied von »pro Köln« – ich denke, jeder weiß, wen ich meine –, das heute in unseren Reihen sitzt, im Jahre 1999 mit einem der Veranstalter des jetzigen Neonazi-Aufmarsches in Kalk schon einmal zusammengearbeitet hat. Dies verdeutlicht meiner Meinung nach erneut die Wichtigkeit einer gemeinsamen Resolution.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Köln ist eine schöne Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie weiterhin schön bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kämpfen. Denn gemeinsam sind wir Köln.

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Die Grünen)«.

Dieser gemeinsame Beschluss sollte deutlich machen, dass der Stadtrat den Rechtspopulismus von »pro Köln« nicht hinnehmen wird.¹⁴ Der Oberbürgermeister verweigerte »pro Köln« Räume im Rathaus. Die Geschäftsordnung und die Redezeit im Stadtrat von Köln wurden auch deshalb geändert, um die faschistischen Hetztiraden einzuschränken. »Pro Köln« reagierte wütend und beantragte, alle Wahlen zu Aufsichtsräten und Beiräten (über 50) geheim durchzuführen. Das hätte nach dem üblichen Verfahren mehrere Tage gedauert. Die PDS kritisierte diesen Vorstoß und die damit verbundene Verschwen-

14 Rat der Stadt Köln, Ratsprotokoll vom 14. Oktober 2004.

derung von Steuergeldern. Die Verwaltung führte dann einen Wahlparcours ein, der die geheime Wahl in wenigen Stunden ermöglichte. »Pro Köln« hatte sich im Stadtrat vollständig isoliert. Trotzdem sind die Stadtratsitzungen anders als in der letzten Legislaturperiode. Die rechtsextremen Hetztiraden im Stadtrat sind unerträglich. Mit populistischen Anträgen versucht »pro Köln« ständig auf sich aufmerksam zu machen. Im Zusammenhang mit dem Skandal um die Bau der Messehallen fordert sie den Rücktritt des Oberbürgermeisters. In etlichen Fällen übernimmt sie einfach Begründungszusammenhänge von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, SPD oder gar der Linkspartei oder schreibt Beschlüsse der Bezirksvertretungen ab und stellt sie erneut im Rat. Z.B. forderte sie kürzlich die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft eines bekannten Kölner Zeitungsverlegers und kupferte einfach die damalige Begründung der Linkspartei ab, warum sie der Ehrenbürgerschaft nicht zustimmen könne.

»Pro Köln« stellt sehr viele Anträge, mit denen sich der Rat weder beschäftigen kann noch will. »Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt« ist dann der Geschäftsordnungsantrag, nach einer kurzen Erwiderung der Verwaltung oder eines Ratsmitgliedes. Da stimmen dann alle demokratischen Partei dafür. In einigen Fälle ist aber so ein Beschluss unklug, weil manchmal auch eine harte ausführliche Kritik an neofaschistischer Hetze nötig ist.

»Pro Köln« versucht immer wieder, Anschluss bei der CDU zu finden. Ab und zu gelingt pro Köln das. In der Kölner Bezirksvertretung Kalk sollten auf Vorschlag der Verwaltung zwei Straßennamen nach zwei NS-Opfern benannt werden. Bis auf einen Vertreter der Union lehnte die gesamte CDU-Fraktion diesen Antrag ab – gemeinsam mit den Vertretern von »pro Köln« und der NPD.

Ansonsten ist die kommunalpolitische Kompetenz von pro Köln eher gering. Für sie ist die Kommunalpolitik nur ein Vehikel, Hetzkampagnen zu organisieren. Und da sind sie nicht ungeschickt und gefährlich. Im Herbst 2005 entzündete sich erneut ein Konflikt im nördlich gelegenen Stadtteil Köln-Merkenich. Merkenich ist mehr ein Dorf als ein Stadtteil, und es gibt dort ein Flüchtlingsheim mit fast 200 Flüchtlingen. In der schlechten Unterkunft lebt auch eine Familie, die nicht nur die anderen Familien schikaniert, sondern auch im Stadtteil Menschen bedroht. »Pro Köln« mobilisiert zu einer Veranstaltung. Um den rechten Rattenfängern das Thema nicht zu überlassen, lädt der CDU-Bezirksbürgermeister zu einer Bürgerversammlung, zu der er auch Fachleute aus der Stadtverwaltung geladen hat.

Über 500 Leute kommen in den Pfarrsaal. Aber einem Großteil der Anwesenden, darunter vor allem einer Gruppe mit schwarzen T-Shirtträgern mit weißem Aufdruck »Das Heim muss weg« war nicht nach Sachlichkeit und Diskussion zu mute. Als die Sozialdezernentin sich gegen eine Schließung des Heimes ausspricht und auf die 3 500 in Köln lebenden Flüchtlinge hinweist, kommt die Stunde von Manfred Rouhs. Unter Beifall des Publikums kann er

seinen Hass predigen. Die Veranstaltung wird zu einer Tribüne der Rechten. Am darauf folgenden Tag kommen zwar nur 60 Leute zur Veranstaltung von »pro Köln«, für die kleine Gemeinde ist das aber ein großer Zuspruch. Über 12 Prozent der Stimmen hatte »pro Köln« vor einem Jahr hier bekommen. Hier hat pro Köln eine Basis, die sie in Bewegung gesetzt hat.

Fazit

»Das Kölner Modell ist auf jede andere Region in Deutschland übertragbar« behauptete der bundesweit bekannte Neonazi Manfred Rouhs Ende 2004 über seine rechtspopulistischen Mobilisierungsstrategie. Nach dem schwachen Abschneiden der NPD und DVU bei der Bundestagswahl wird dieses Konzept im rechten Lager womöglich neu diskutiert. Auch die NPD im sächsischen Landtag bastelt, im Bündnis mit der DVU, an einem neuen Mobilisierungskonzept, das die parlamentarische Verankerung weiter voranbringt. Dort mag es unter dem Ticket der NPD gehen, in den westlichen Bundesländern ist dies eher unwahrscheinlich und die rechtspopulistische Strategie im Stil von »pro Köln« Erfolg versprechender.

In der Kommunalpolitik haben die demokratischen und linken Kräfte die Chance, die Neonazis jeder Couleur konkret zu stellen. Man muss Protestaktionen organisieren, Widerstand leisten und faschistische und rechtspopulistische Verbindungen aufdecken. Aber das allein reicht nicht aus. Man muss konkrete positive Vorschläge entwickeln, wie ein Konflikt, an den Nazis ansetzen, gelöst werden kann.

Die Veränderungen beim Versammlungsrecht für Nazi-Aufmärsche¹⁵ eröffnen ein paar Chancen, Neonazi-Aufmärsche zu verhindern. Im Zusammenhang von Gedenktagen und -veranstaltungen gibt es Urteile, mit denen wir arbeiten können.¹⁶

Wir müssen neue und moderne Formen des Protestes gegen Rechtsextremismus entwickeln. Hier sollten die Gewerkschaften, aber auch die Linkspartei oder die Rosa-Luxemburg-Stiftung prüfen, ob man nicht einen Ideen-Wettbewerb organisieren kann und einen kleinen Preis vergibt.

15 Deutscher Bundestag, Drs. 15/4832.

16 Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln, vom 9.11.2005.

**BÜRGERBEWEGUNG
PRO KÖLN**



**NEIN
zur Kölner
Groß-Moschee!**

www.pro-koeln.org

Hetzplakat von »pro Köln« aus dem Kommunalwahlkapf 2004

Von beklemmender Aktualität:

Rechtsextremismus und Antifaschismus

Historische und aktuelle Dimensionen

**Herausgegeben von
Klaus Kinner und Rolf Richter
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Schriften 5
Karl Dietz Verlag Berlin
295 Seiten, 14,90 Euro
ISBN 3-320-02015-3**

Keine Sorglosigkeit gegenüber dem Rechtsextremismus zulassen – Neues aus Oranienburg

Rechtsextreme Erscheinungsformen gehören in Oranienburg seit knapp zwei Jahrzehnten zum Alltag. Zwei Gewalttaten aus dem Jahr 1992 bildeten dabei die traurigen Höhepunkte: der Brandanschlag auf die »Jüdischen Baracken 38 und 39« in der Gedenkstätte Sachsenhausen und der Mord an dem 51-jährigen Baumaschinist Hans-Jochen Lommatsch, der von zwei Skinheads totgetreten wurde.

Über rechtsextreme Erscheinungsformen in Oranienburg, deren Abwehr durch zivilgesellschaftliche Kräfte sowie die ambivalente Haltung der kommunalen Verantwortlichen ist ausführlich berichtet worden, zuletzt im Jahr 2004.¹ Diese Analysen zeigten, dass dies alles vorhanden war: eine intakte, rechtsextreme Szene ohne offensichtliche Organisationsstruktur, eine ziemlich breite öffentliche Meinung bis in die kommunalen Organe, die das als nicht so gewichtig ansah sowie eine aktive Gruppe von Leuten, vor allem im »Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt« und im »Initiativkreis zur Errichtung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen«, welche die Gegenwehr organisierten bzw. die sich für die Stärkung demokratischer Werte einsetzten.

Wie hat sich nun die Situation seit den letzten Berichterstattungen entwickelt?

Der gegenwärtige Rechtsextremismus in der Stadt verbietet Entwarnung

Rechtsextreme Erscheinungsformen gehören im Landkreis Oberhavel zu einem (sub-)kulturellen Angebot, dass sich vor allem an Jugendliche richtet. Besonders deutlich wurde dies im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes: auch auf Schulhöfen der Stadt Oranienburg wurde die bekannte CD mit dem Titel: »Anpassung ist Feigheit / Lieder aus dem Untergrund / www.schulhof.net« verteilt. Auf der CD heißt es u. a.:

»Wenn unsere hoch bezahlten Politiker nicht in der Lage sind, das drohende Unheil zu erkennen und vom deutschen Volk abzuwenden, dann müssen

1 Ralph Gabriel, Ingo Grasdorf, Tanja Lakeit, Lisa Wandt. David Weyand: »Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und demokratischem Engagement«, Verlag Hans Schiler, Berlin 2004; Reiner Tietz »Bewährtes und Neues im Kampf gegen Rechtsextremismus – Erfahrungen aus der Region Oranienburg«, Rundbrief der AG Rechtsextremismus und Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Heft 2+3, 2004, S. 20f.

wir als deutsche Bürger – egal welchen Alters – handeln! Demokratie bedeutet eigentlich Volksherrschaft, aber unsere heutige Politik hat nichts mehr damit zu tun. Alle vier Jahre werden neue Damen und Herren gewählt, die anscheinend nichts weiter im Sinn haben, als uns und unser Land dem vollkommenen Ruin einen Schritt näher zu bringen. Ob SPD oder CDU, ob Grüne, FDP oder PDS – sie alle können und wollen gar keine Besserung herbeiführen! Trotzdem werden hier Gehälter immer weiter erhöht. Und das können sie zu allem Irrsinn auch noch selbst entscheiden! Weil wir uns gegen dieses korrupte System wenden, werden wir verteufelt. Man will den Bürgern, aber auch Euch Glauben machen, dass wir baseballschläger-schwingende, Kinder fressende Monster sind, die nichts als Saufen und Gewalt im Sinn haben. Politik und Medien kommen gegen unsere Argumente nicht an. Da helfen nur die Lügen über uns, die täglich verbreitet werden. Doch die Wahrheit ist auf unserer Seite, denn wir sind im Recht. Nehmt Kontakt zu uns auf und macht Euch ein eigenes Bild über uns. – Weshalb versucht man uns so schlecht wie möglich darzustellen? Nur weil wir unser Land lieben und gegen die Ungerechtigkeit, die uns Deutschen täglich widerfährt kämpfen! Wir wollen, dass die Menschen im gesunden Einklang miteinander, ihrem Land, ihrem Volk und der Natur leben. Wir wollen keine kapitalistische Machtgeilheit, die das Geld über den Menschen stellt und jeden Einzelnen von uns ausbluten lässt. Wir wollen feste soziale Bindungen, die keinen Deutschen ausschließen und Hilfe für Bedürftige leisten. Wir wollen eine glückliche und hoffnungsstarke Gemeinschaft schaffen. Wir wollen alle Völker und Kulturen dieser Erde in ihrer wunderbaren Einzigartigkeit erhalten. Wir sind keine Ausländerfeinde! Wir lieben das Fremde – in der Fremde. In unseren Reihen sind Freundschaft, Zusammenhalt, Kameradschaft und Gemeinschaft nicht bloß leere Worte. Wir leben, fühlen und handeln danach.«²

Die Inhalte der CD verfehlten ihre Wirkung nicht: Bei den so genannten »Jugendwahlen« (»U18«-Wahlen), die 9 Tage vor dem eigentlichen Bundestags-Wahltag durchgeführt wurden, erreichte die NPD im Land Brandenburg bei Jugendlichen unter 18 Jahren ein Ergebnis von 11,1 Prozent und nach Sachsen (16,7 Prozent) das zweitbeste Ergebnis.³ Sicherlich: vom politikwissenschaftlichen Standpunkt aus muss die Aussagekraft eines solchen »Wahlergebnisses« mit Zurückhaltung bewertet werden. Gleichzeitig kann aber festgestellt werden, dass das Abschneiden über dem Bundesdurchschnitt mit der Zahl der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verübten Straftaten korreliert: diese Zahl lag in den Jahren 2003 und 2004 umgerechnet auf die Einwohnerzahl in keinem Land höher als in Brandenburg.⁴

2 Zitiert nach: Mobiles Beratungsteam – Tolerantes Brandenburg: Hinweise für Schulen zum Umgang mit rechtsextremem Werbematerial. In: Margitta Sybille Fahr: »Was steht an jedem Haus? – Ausländer raus!«, Dritte erweiterte Auflage, Potsdam 2005.

3 Im Land Brandenburg gab es insgesamt 31 Wahllokale. Die Ergebnisse liegen nur in einer Zusammenfassung vor. Vgl. <http://www.u18.org/>, eingesehen am 6.12.2005.

Die brandenburgische Initiative »Opferperspektive« erfasste in ihrer Chronologie zwischen Januar 2004 und November 2005 im Land Brandenburg 228 Gewalttaten gegen Asylsuchende, Migrant/innen, ausländische Besucher und (zumeist linke) Jugendliche.⁵ Im Landkreis Oberhavel wurden in diesem Zeitraum insgesamt 17 rechtsextreme Gewalttaten registriert. Die Zahlen belegen – ebenso wie jene des brandenburgischen Innenministeriums⁶ – für das Jahr 2004 einen vorläufigen Höhepunkt rechtsextremer Gewalt und ein Nachlassen im Jahr 2005.

Für den Landkreis Oberhavel zeigt sich im Vergleich zu anderen Landkreisen ein überdurchschnittlicher Rückgang. Die Erfahrungen eines Jugendrichters vom Amtsgericht Oranienburg und eines zuständigen Vertreters der Polizei im Landkreis Oberhavel, die während einer Sitzung des »Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt« in Oranienburg ausgetauscht wurden, bestätigen diese Einschätzung. Beide wiesen darauf hin, dass unter den rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Straftaten im Landkreis Oberhavel keine so genannten »schwere Fällen« registriert wurden. Und auch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten erklärte auf telefonische Nachfrage, dass die Schändungen von Gedenkstätten im Landkreis Oberhavel zurückgegangen seien; »lediglich« zweimal wurde im Januar 2005 ein Gedenkstein im ehemaligen Außenlager Falkensee beschmiert. Die Tatsache aber – und darüber waren sich alle einig –, dass es im Landkreis Oberhavel über längere Zeit keine schwersten Körperverletzungen mit rechtsextremem Hintergrund gegeben habe, kein Imbiss eines ausländischen Mitbürgers abgebrannt worden und kein Anschlag auf eine der Gedenkstätten verübt worden sei, dürfe nicht zur Sorglosigkeit oder gar Untätigkeit verleiten.

Im Unterschied zu den Gewalttaten stiegen rechtsextreme Propagandadelikte im Jahr 2005 deutlich an, wobei vor allem der Musik eine wachsende Bedeutung zukommt.⁷ Deutlich kam dies am 15. Dezember 2005 am Oranienburger Bahnhof zum Ausdruck, als zwei junge Frauen im Alter von 18 und 19 neben einer Besuchergruppe der Gedenkstätte Sachsenhausen im Gleichschritt »Weißer arischer Widerstand« sangen und den Hitler-Gruß zeigten, ein

4 Vgl. Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin 2005, S. 45. Insgesamt wurden im Jahr 2004 in der Bundesrepublik Deutschland 12.051 Straftaten als »Politisch motivierte Kriminalität – rechts« eingestuft, darunter 776 Gewalttaten. Somit werden pro Tag in der gesamten Bundesrepublik Deutschland 33 »rechte« Straftaten registriert bzw. mindestens zwei registrierte Gewalttaten als »rechts« motiviert eingestuft – Dunkelziffern sind darin nicht berücksichtigt! Vgl. Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin 2005, S.40.

5 Die Chronologie beruht auf Meldungen in überregionalen Zeitungen, Tickermeldungen und Informationen der Opferperspektive und der anderen Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt. Die Grauzone nicht angezeigter gewalttätiger Angriffe schätzt der Verein auf 50 bis 75 Prozent. Vgl. Opferperspektive e.V.: Chronologie rechtsextremer Angriffe in Brandenburg. www.opferperspektive.de, eingesehen am 6.12.2005.

6 Vgl. Presseerklärung des Brandenburgischen Innenministeriums Nr. 219/2005, in: http://www.brandenburg.de/sixcms/list.php?page=mi_pressemitteilungen, eingesehen am 8.12.2005

7 Ebenda.

schier unglaublicher Vorgang, der nicht nur die ausländischer Besuchergruppe⁸, sondern auch die überregionale Presse beeindruckte⁹. Die beiden alkoholisierten Frauen konnten von der Polizei in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs gestellt werden und wurden am nächsten Tag in einem so genannten beschleunigten Verfahren vom Amtsgericht Oranienburg verurteilt. Die 19-Jährige, die bereits zuvor mit ähnlichen Straftaten aufgefallen war, wurde wegen Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Jugendstrafe von zehn Monaten verurteilt. Gegen die 18-Jährige, die zuvor nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten war, verhängte das Amtsgericht zwei Freiheitsarreste. Die Bedeutung von rechtsextremen Symbolen oder Bekleidung ist nur den wenigsten Erwachsenen bekannt, schwarze Kutte und Kapuze oder die Klamotten von »Thor Steinar« fallen – im Gegensatz zu Glatze und Springerstiefeln – vielen in Oranienburg nicht als Hinweis auf rechtsextreme Einstellungen oder ein rechtsextremes Verhalten auf. Und doch waren gerade solche Jugendlichen erst vor wenigen Wochen wieder zu beobachten, als die »Grüne« Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter unter dem Titel »Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus« zu einer Konferenz nach Oranienburg lud. Die Tagung fand am 8. November 2005 im Louise-Henriette-Gymnasium statt. Kurz nach Beginn der Veranstaltung betraten fünf junge Männer den Saal. Ihre Namensschilder wiesen darauf hin, dass sie sich zu der Veranstaltung im Vorfeld angemeldet hatten. Ihrem äußeren Erscheinungsbild zufolge konnten sie der rechtsextremen Szene zugeordnet werden: einer trug einen »Pit-Bull«-Pullover, ein zweiter auf seiner Jeansjacke einen Aufnäher mit der »White-Power-Faust«. Letzterer, der als Anführer auftrat, war einigen Besuchern der Tagung als ein Mitglied des »Märkischen Heimatschutzes« (MHS) bekannt, einer der radikalsten rechtsextremen Vereinigungen in Brandenburg, die in der Vergangenheit vor allem durch ihre »Anti-Antifa-Aktivitäten« ins Visier der Staatsschützer gelangte. Als ein Ordner der Veranstaltung die jungen Männer aufforderte, ihre rechte Symbolik zu verdecken, taten sie dies unter Murren. Und als eine Rednerin vom Podium aus auf mögliche Veranstaltungsstörer hinwies, die sich möglicherweise im Publikum befänden, verging ihnen offensichtlich der Spaß: nachdem sie im Gesicht rot angelaufen waren, verließen sie noch vor der Mittagspause den Saal. Vom Vorplatz aus schossen sie einige Fotos von den Veranstaltungsteilnehmer/innen. Als die Polizei die Personalien aufnahm, hatte sich der Anführer bereits verzogen. Eine kurze Rücksprache mit den Einsatzbeamten ergab, dass die Jugendlichen aus den angrenzenden Gemeinden und Landkreisen angereist waren.

8 Die 36 Teilnehmer/innen kamen aus Kanada, den USA, Neuseeland, den Niederlanden und aus Singapur.

9 Über den Vorfall berichteten in den nächsten Tagen nicht nur die regionalen Medien (»Oranienburger Generalanzeiger« und »Märkische Allgemeine Zeitung«), sondern u.a. auch die »Berliner Zeitung«, der »Tagesspiegel« und der Fernsehsender »ntv«.

Eine ähnliche Situation spielte sich nur eine Woche später, am 12. November am ehemaligen Busbahnhof an der Stralsunder Straße in Oranienburg ab, als Bürger/innen aus dem Landkreis Oberhavel gemeinsam mit engagierten Kreistagsabgeordneten zur Gegendemonstration (»Tag der Demokraten«) nach Halbe reisten, um sich dem dortigen Nazi-Aufmarsch entgegen zu stellen. Hier lauerten zwei junge Männer im Gebüsch [!], um Fotos von den Engagierten zu schießen.

Die zahlenmäßige Stärke der mehr oder weniger organisierten Szene ist über die Jahre nicht gewachsen. Die in der Stadt gelegentlich wirksame Kameradschaft »Märkischer Heimatschutz« wird wohl mehrheitlich von außen gesteuert und personell besetzt. Die »politisch Aktiven«, so die Selbstzuschreibung rechtsextremer, autonom organisierter Jugendlicher, finden aber auf Schulhöfen, am Bahnhof oder im Schlosspark in Oranienburg weiterhin ihre Zuhörerschaft. Hier verteilen sie ihre Zeitungen und andere Propagandamaterialien. In manchen Schulen ist das Phänomen ausgeprägter: in einigen Klassen stellen die Rechtsextremen die Meinungsführerschaft und bereiten ihren Lehrer/innen größere Schwierigkeiten und auch einzelne Eltern wandten sich in der Vergangenheit Hilfe suchend an das »Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt« Oranienburg. Dies aber sind Einzelfälle: Wir gehen aufgrund von Gesprächen mit Oranienburger/innen davon aus, dass rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in den Elternhäusern weitergegeben werden. Dies zu recherchieren ist nicht einfach, wie die Erforschung von Einstellungen im Allgemeinen nur schwer zu bewerkstelligen ist.¹⁰

Besorgniserregende Zahlen bei den Bundestagswahlen im Herbst 2005

Ein wichtiges Indiz für rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung stellen natürlich die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien dar. Nach der Bundestagswahl im September 2005 lehnten sich die Mehrheit der politisch Verantwortlichen im Landkreis Oberhavel diesbezüglich zufrieden zurück: Nur 2,7 Prozent Erst- und 2,0 Prozent Zweitstimmen für die NPD und ihren Direktkandidaten! Aber so beruhigend ist dieses Ergebnis nicht, wenn man bedenkt, dass die absolute Stimmenanzahl für die NPD im Landkreis Oberhavel seit der Bundestagswahl 1998 ständig anstieg.

¹⁰ Den Aufwand, welchen die Erforschung von Einstellungen mit sich bringt, verdeutlicht die Langzeitstudie zur »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, die Wilhelm Heitmeyer unter dem Titel »Deutsche Zustände« bereits in mehreren Folgen vorgelegt hat. In der Studie verbinden die Autoren/innen ihre Ergebnisse mit exemplarischen Beschreibungen, Essays und Interviews zu individuellem oder kollektivem Verhalten in Politik und Gesellschaft. Vgl. Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände. Folge 1,2 und 3. Frankfurt/Main 2002, 2003 u. 2004; hier: ebenda, Folge 1, S. 11.

*Stimmen für die NPD bei Bundestagswahlen
(Kreis Oberhavel, Wahlkreis Oberhavel-Havelland II)*

	Erststimmen	Zweitstimmen
1998		1.041
2002	4.660	3.398
2005	5.798	5.830

Diese Zahlen zeigen, dass die NPD ihre Positionen im Landkreis Oberhavel ausbauen konnte. Die von vielen Experten als rechtsextrem eingestufte Partei erhält immer mehr Zuspruch aus der Mitte der Gesellschaft, auch wenn nicht alle ihrer Wähler als rechtsextrem bezeichnet werden können. Gleichzeitig zeigen ausgewählte Ergebnisse, dass die NPD in bestimmten Wohngebieten einen überdurchschnittlichen Erfolg erzielen konnte:

*Stimmen für die NPD in ausgewählten Wahllokalen
des Kreises Oberhavel bei den Bundestagswahlen 2005*

Wahllokal	Erststimmen	Zweitstimmen
Löwenthal-Grundschule Velten Süd	47 = 9,04 %	51 = 9,83 %
Bibliothek Staffelde	14 = 5,79 %	19 = 7,85 %
Gesamtschule Th.-Fontane Hennigsdorf	29 = 7,02 %	31 = 7,51 %
Grundschule Nord Hennigsdorf	23 = 3,87 %	34 = 5,70 %
Diesterweg-Realschule Hennigsdorf	28 = 7,00 %	22 = 5,46 %
Kita Burgstellenweg Birkenwerder	32 = 4,88 %	30 = 4,58 %

Diese detaillierten Wahlergebnisse sind es, welche (neben der geringen Wahlbeteiligung) die Sorgen der demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürger Oranienburgs bestärken.

Erinnern im 60. Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus

Und dann ist da noch eines: Der Umgang mit der eigenen Geschichte stellt den Rahmen der demokratischen Kultur einer Gesellschaft dar. Im Landkreis Oberhavel, Standort zweier ehemaliger Konzentrationslager und eines sowjetischen Speziallagers, sind die Bürger/innen in besonderer Weise gefordert, sich kritisch und andauernd diesen Themen zu widmen.

Das Frühjahr 2005 war vom Gedenken an die Befreiung der Häftlinge der beiden ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen (in Oranienburg) und Ravensbrück (bei Fürstenberg) bestimmt. Engagierte Bürger/innen machten es sich zur Aufgabe, die Ausrichtung der Gedenkfeiern nicht nur der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten zu überlassen, sondern diese selbst mitzugestalten, um die Bedeutung der Erinnerung an die Befreiung der Lager vor allem auch den jungen Menschen im Landkreis Oberhavel zu vermitteln.

Eine erste Initiative wurde im September 2004 gestartet. Vertreter der PDS stellten die Anfrage, ob es nicht angemessen wäre, wenn die Mitglieder des Kreistages einen fraktionsübergreifenden Beitrag an den Gedenkveranstaltungen initiieren würden.¹¹ Dieser Vorschlag wurde nicht aufgegriffen. Stattdessen lehnte es der Kreistag mit den Stimmen von SPD/LGU und CDU ab, eine eigene Gedenkveranstaltung durchzuführen und fasste den Beschluss, die noch lebenden ehemaligen Häftlinge und Jugendliche aus den polnischen Partnerkreisen einzuladen. Bei der Aussprache über diese Beschlüsse kam es am 8. Dezember 2004 zu einer heftigen Auseinandersetzung. Vor allem Horst Tschaut, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landkreis Oberhavel, erntete heftige Kritik als er meinte:

»Die Bürger unseres Landkreises stehen als Bundesbürger wie jeder andere Bundesbürger in der Verantwortung, dass Orte des Schreckens ein würdiges Gedenken haben, nicht mehr und nicht weniger. [...] Das Hauptbuch der Christenheit beginnt u. a. mit der Botschaft ›Ehre sei Gott und Friede den Menschen, die guten Willens sind.‹ [...] Wir wissen, dass sich seit dieser Zeit nicht viel zum Positiven geändert hat. In dem Gallischen Krieg zur Unterwerfung Galliens durch die Römer sind nach Aussagen von Historikern mehr Menschen umgekommen als in dem Ersten und Zweiten Weltkrieg in der Summe, gemessen an dem damaligen europäischen Bevölkerungsumfang. Wie viel Prozent der Tschetschenen sind in den letzten 15 Jahren zu Tode gekommen? Wie viel vom schwarzen Bevölkerungsanteil des Sudan? Die Beispiele können ohne Ende fortgeführt werden.«¹²

11 Anfrage von Reiner Tietz (PDS) an den Landrat Karl-Heinz Schröter (SPD) am 22.9.2004.

12 Beschlussbegründung/ -erläuterung von Horst Tschaut (CDU) zu Tagungsordnungspunkt 6.1: Initiativen des Kreistages anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung der KZ Sachsenhausen und Ravensbrück, Oranienburg am 8.12.2004.

Diese Relativierung deutscher Verbrechen schreckte die Mitstreiter im »Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt« auf, die gerade gleichzeitig versuchten, im gespannten Verhältnis zwischen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und der Stadtverwaltung Oranienburg zu vermitteln. Diese beiden trugen schon seit mehreren Wochen einen heftigen und öffentlich geführten Streit um die Straßenumbenennung der »Sachsenhausen Straße« in »Carl-Gustav-Hempel-Straße« aus. Die Stadtverwaltung Oranienburg hatte einen diesbezüglichen Beschluss nicht mit der Stiftungsleitung abgesprochen, obwohl diese Straße einst mitten durch das Konzentrationslager Sachsenhausen führte.¹³

Die Absicht von Oranienburger Bürger/innen an der Mitgestaltung der bevorstehenden Gedenkfeiern sollte nun Anlass sein, in dieser schwierigen Situation zu vermitteln. Die besorgten Mitstreiter im Forum wandten sich an den Bürgermeister der Kreisstadt und an die Leitung der Brandenburgischen Gedenkstätten und fanden offene Ohren, im Sinne der bevorstehenden Gedenkfeiern (und im Unterschied zum Streit um die Straßenbenennung) eine gemeinsame, intensive Absprache zu forcieren. Durch eine breite Unterstützung von Vertretern der demokratischer Parteien, gesellschaftlicher Organisationen, der beiden Kirchen und des Lions-Club konnten für den 16. April 2005 schließlich acht Veranstaltungen vorbereitet werden, in denen vor allem junge Oranienburger/innen mit ehemaligen Häftlingen zusammentrafen. Die eindrucksvollen Begegnungen wurden zum Teil als »gegenseitige Führungen« organisiert: Nachdem die Jugendlichen von ihrem gegenwärtigen Alltag und ihren damit verbundenen Sorgen berichteten, erzählten die Zeitzeugen von ihrer Jugend, die sie zum Teil in deutschen Konzentrationslagern verbrachten.¹⁴ Die Initiative der Oranienburger/innen gestaltete darüber hinaus auch eine Gedenkveranstaltung am Ehrenmal für die Gefallenen der Roten Armee, an der auch ehemalige Häftlinge teilnahmen. Auf dem kleinen Friedhof wurden polnische und sowjetische Soldaten geehrt, die bei der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen ihr Leben gelassen hatten.

13 Der Streit um die Straßennamen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen geht bereits auf das Jahr 1993 zurück. Während die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten dafür plädierte, die Straßen nach ehemaligen Häftlingen zu benennen, setzte die Stadtverwaltung Namen wie »An den Dünen«, »Am Heidering« oder »Am Biotop« durch.

14 Das Konzept der gegenseitigen Führungen wurde vom »Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt« entwickelt und von beteiligten Schulen und anderen Initiativen übernommen. Im Konzeptpapier heißt es: »Das gegenseitige Kennen lernen im Rahmen eines berufspraktischen Austauschs und die dabei entstehende Kommunikationsebene soll den Lernerfolg in der anschließenden Führung durch das ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen fördern. Mit diesem Konzept wollen wir die Laborsituation eines Zeitzeugengesprächs, das oft in einem abgeschlossen Raum stattfindet, überwinden. Auch wenn die Konzentration in einer solchen frontalen Gesprächssituation größer ist, fehlt es erfahrungsgemäß an der gemeinsamen Kommunikation, am Gespräch. Wir versprechen uns von diesem Konzept nicht nur eine nachhaltigere Auseinandersetzung mit den Ereignissen im Konzentrationslager Sachsenhausen, sondern auch, dass sich die Jugendlichen ernst genommen fühlen, weil sie selbst am Beginn des Gesprächs gefordert sind, zu erzählen.« Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt: »Zeitzeugengespräche mit Jugendlichen aus Oranienburger Berufsbildungseinrichtungen am 16. April

Die Querelen im Kreistag setzten sich unterdes fort und fanden am 23. Februar 2005 einen neuen Höhepunkt, nachdem der PDS-Abgeordnete Reiner Tietz zum Tagungsordnungspunkt »Würdigung des 60.ten Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 1945« aus der Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zitierte:

»Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.«¹⁵

Diese Rede begründete in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend Konsens über die Bedeutung des Kriegsendes 1945, eine Einigkeit, die durch den CDU Fraktionsvorsitzenden Tschaut mehr als in Frage gestellt wurde, als er antwortete:

»Es ist so, dass unser Erinnerungsbild etwas anders ist, als das Ihrige. Ich würde sagen ein bisschen weiter, nicht so fokussiert. Daraus folgt auch, dass unsere Erinnerungskultur und Gedenkkultur etwas anders ist und unsere Vorstellungen dazu anders sind als die Ihrigen. Ergo macht es keinen Sinn, dass wir eine gemeinsame Veranstaltung machen auf diesem Gebiet.«¹⁶

Das Angebot eines »erweiterten« Erinnerungsbildes ermunterte offensichtlich Mario Popiela, fraktionsloser Abgeordneter und Mitglied der NPD, das Wort zu ergreifen: In seinem erstmaligen und bisher einmaligen Auftritt provozierte er mit der Äußerung, dass der Begriff »Befreier« für die Rote Armee als Beleidigung aller Opfer des Stalinismus anzusehen wäre. Hinter den zitierten Worten Richard von Weizsäckers vermutete er »lupenreine SED-Diktion [!]«¹⁷.

Es ist bezeichnend, dass es dem Kreistag in der wichtigen Frage nach der angemessenen Erinnerung an die Befreiung der Konzentrationslager und dem damit verbundenen Kriegsende in der Region nicht gelang, eine Veranstaltung auszurichten, die fraktionsübergreifend getragen werden konnte. Statt derer fanden am 27. April 2005 zwei Veranstaltungen statt: Die den Kreistag domi-

2004, anlässlich des 60. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen«. Oranienburg 2004.

15 Richard von Weizsäcker, Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Bonn 1985.

16 Stellungnahme von Horst Tschaut (CDU) zum Tagungsordnungspunkt 4.15: Würdigung des 60.ten Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 1945, Oranienburg am 23.2.2004.

17 Stellungnahme von Mario Popiela (NPD), ebenda. Einige Abgeordnete verließen im Laufe seiner Rede den Plenarsaal des Kreistages, was später zu klärenden Gesprächen über die zukünftigen Auseinandersetzungen mit den Argumenten der NPD führte.

nierenden Parteien der SPD/LGU und der CDU luden zu einer Festveranstaltung, auf der der Journalist Horst Schüler, Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), als Redner geladen war.¹⁸ Gleichzeitig gedachten Abgeordnete der PDS, der Freien Wähler/Grüne und der SPD gemeinsam mit zahlreichen Bürgern und Vertretern der Stadt Oranienburg der Gefallenen der Roten Armee im Rahmen der bereits oben angesprochenen Gedenkfeier. Pfarrer i. R. Werner Liedke und Karl Stenzel, ehemaliger Häftling des KZ Sachsenhausen, würdigten die Befreiung ganz im Sinne der Gedanken des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, ausgesprochen am 8. Mai 1985.

Die Tatsache, dass der durch die Rede von Weizäckers begründete Konsens in den letzten Jahren mehr und mehr ins Wanken gerät, kam im Übrigen auch bei einer von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Veranstaltung in der Gedenkstätte Sachsenhausen am 17. Juni 2005 zum Ausdruck. Auch hier relativierten einige Teilnehmer einer Arbeitsgruppe die Aussagen von Weizäckers und stellten die Ereignisse bei Kriegsende – oftmals schlimme und zu verabscheuende Übergriffe der Sieger – in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Andere beanstandeten dieses neue Geschichtsbild und monierten, dass so die Schuld der Verursacher des Krieges und die Verbrechen der deutschen Okkupanten bis hin zum Völkermord aus dem Blickfeld gerieten.

Welche Auswirkungen diese nunmehr seit einigen Jahren veränderte Sichtweise auf das Kriegsende inzwischen nach sich gezogen hat, konnte man bei einer Kranzniederlegung am 13. November 2005 in Neuholland (15 km nördlich von Oranienburg) erleben: Am so genannten Volkstrauertag veranstaltete der Kreis Oranienburg in Absprache mit der Kriegsgräberfürsorge eine offizielle Gedenkfeier. An dieser nahmen unangemeldet auch Mitglieder der NPD teil, die eine kleine Jugendgruppe anführten. Am Kranz mit der Aufschrift »Zum Gedenken an die Opfer von Vertreibung und Deutschenhass« störte sich keiner der Veranstalter. Die Gruppe konnte ihn ohne Schwierigkeiten und Protest niederlegen.¹⁹

Bürgerschaftliches Engagement in Oranienburg

Interkulturelle Begegnungen und ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein anstatt rechtsextremer Einheitskultur und dumpfem Geschichtsrevisionismus: Das »Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt« Oranienburg hat sich auf die neuen Bedingungen eingestellt. Bereits 2001 wurde der »Förderverein für

18 Dem konnten die Fraktionen der PDS und der Freien Wähler/Grüne nicht zustimmen. Sie hielten ihn trotz seines schweren persönlichen Schicksals für diesen Anlass für ungeeignet und unterbreiteten andere Vorschläge, die abgelehnt wurden.

19 Vgl. Oranienburger Generalanzeiger, vom 14.11.2005, S.2.

interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.« (FiBB) gegründet, um die Projekte des Forums organisatorisch und finanztechnisch zu unterstützen.

Das Forum Oranienburg hat sich seit seiner Gründung nicht nur über die Gegnerschaft zum Rechtsextremismus definiert. Die Mitstreiter/innen sind sich weitgehend darüber einig, dass hinter rechtsextremen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Einstellungen und Meinungen *Menschen* stehen mit ihren eigenen Auffassungen, Wünschen und Zielen. Dieser Umstand gebietet es, auf diese Menschen (darunter oft genug auch Nachbarn, Freunde, Arbeitskollegen, Vereinsfreunde oder Skatbrüder) zuzugehen, um ins Gespräch zu kommen. Im Forum herrscht Konsens darüber, dass es zu einfach ist, den »Rausschmiss« von Neonazis und Wähler rechtsextremer Parteien zu fordern, wie dies auf Gegendemonstrationen von Naziaufmärschen skandiert wird. Im Alltag braucht es andere Strategien bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die Mitglieder des Forums haben die demokratische Mitwirkung bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse und den Kampf um die Menschenwürde an den Ausgangspunkt ihrer Arbeit gestellt. Im April 2004 haben sie mit der Unterstützung des Mobilien Beratungsteams Neuruppin in einer mehrtägigen Klausur ein Konzeptpapier für die eigene Arbeit entworfen. Als zentrale Aufgabenstellung wurde darin die »Lokale Menschenrechtsarbeit« definiert:

»Das Forum versteht sich als eine Initiative, die die Menschenrechte in den Vordergrund stellt. Wir, die Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Forum, sehen es als unsere Aufgabe an, die Geltung der Menschenrechte auf lokaler Ebene – und dort in allen gesellschaftlichen Bereichen – einzufordern, und durch unterschiedliche Maßnahmen geltend zu machen. Dazu widersprechen wir jeder Form von Gewalt und versuchen stattdessen, Freiräume für alle hier lebenden Menschen zu schaffen. Wir wollen das Zusammenleben aller Bewohner des Landkreises und vor allem in der Stadt Oranienburg fördern und unterstützen alternative Formen des Zusammenlebens. Unsere Verantwortung und Aufmerksamkeit gilt der Stadt Oranienburg und dem Landkreis Oberhavel.«²⁰

Die Umsetzung dieser Vorhaben erwies sich aber als schwierig. Zum einen hat einer der Partner des Forums, der »Initiativkreis zur Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen e.V.« seine Jugendarbeit in der Region Ende 2004 eingestellt, da dieser Verein sein eigentliches Ziel, nämlich die Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in der ehemaligen Dienstvilla des Inspektors der Konzentrationslager, Theodor Eicke, erreicht hatte. Mit dem Umbau wurde inzwischen begonnen. Zum anderen lief die Finanzierung über die Projektorganisations- und Netzwerkstelle des »Fördervereins FiBB« durch das Bundesprogramm »Civitas« aus (Drittmittel wurden vom Jugendamt des Landkreises Oberhavel und von der Stadt Oranienburg

20 Konzeption für die Arbeit des Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg, S.1.

zur Verfügung gestellt). Seither arbeitet das Forum Oranienburg wieder ausschließlich ehrenamtlich. Honorare und Sachkosten für Projekte werden zwar weiterhin über den »Förderverein FiBB« beantragt, der Arbeitsaufwand für die Einwerbung von Eigenmitteln und Zuwendungen hat aber im Vergleich zu den Vorjahren eher zugenommen. Im Jahr 2005 wurden Mittel von der »Netzwerk-Selbsthilfe Berlin«, vom »Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit / Tolerantes Brandenburg«, von »Aktion Mensch«, vom Jugendamt des Landkreises Oberhavel, der Stadt Oranienburg und vom Bundesprogramm »Civitas« zur Verfügung gestellt. Umso dankbarer nahm das Forum die Unterstützung der Stadt Oranienburg an, die einen Raum im neuen Bürgerzentrum in Oranienburg zur Verfügung gestellt und dort sehr gute Arbeitsmöglichkeiten geschaffen hat.

So finden weiterhin einmal im Monat die Treffen des Forums statt, um die gegenwärtige Situation des Rechtsextremismus und die anliegenden Themenfelder zu analysieren, dazu werden bisweilen Gäste eingeladen. Im Mittelpunkt der Projektarbeit des Forums stehen Theater-, Film- oder Radioworkshops. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen und regionalen Bildungseinrichtungen ermöglicht es, vor allem auch Jugendliche zu erreichen, die als besonders empfänglich für rechtsextreme Parolen gelten. Die inhaltlichen Schwerpunkte drehen sich um die Themen Rechtsextremismus, das Leben von Roma und Sinti, Homosexualität oder die Judenverfolgung während der Zeit des Nationalsozialismus. Im Rahmen des letzt genannten Schwerpunktes ist in Oranienburg die Aktion »Stolpersteine« angelaufen. Dafür konnten Schüler/innen des Runge-Gymnasiums gewonnen werden, die in Zusammenarbeit mit dem Kölner Künstler und Initiator der »Stolpersteine« Gunter Demnig die Erinnerung an vertriebene und ermordete jüdische Bürger/innen der Stadt wach halten wollen. Über all diese Projekte wurde und wird kontinuierlich und ausführlich in den lokalen und regionalen Medien berichtet. So erfolgreich diese Projekte nach außen wirken, so groß ist auch der Arbeitsaufwand, der mit ihnen verbunden ist. Die Projektleiterin und ihre (ehrenamtlichen) Mitarbeiter/innen – und auch das ist eine Erfahrung aus Oranienburg – arbeiten oft an der Schmerzgrenze persönlicher Belastbarkeit.

Die Mitstreiter/innen im Forum Oranienburg lassen im übrigen auch beim Landkreis Oberhavel nicht locker: Noch im November 2005 haben sie Kontakt mit dem Landrat aufgenommen und vorgeschlagen, die Veranstaltungen zum Antirassismustag am 21. März 2006, der in Oranienburg traditionell und in diesem Jahr zum zehnten Mal mit einer Demonstration begangen wird, gemeinsam vorzubereiten und zu tragen. Der Kreistag stellte am 8. Dezember 2005 Mittel für diesen Zweck ein. Die Arbeit kann also weitergehen.

MATHIAS GÜNTHER

Bunte Arznei für »Grünes Herz« mit brauner Klappe? Ein Bericht aus Südthüringen

Südthüringen heißt jene, den ehemaligen DDR-Verwaltungsbezirk Suhl umfassende Region, welche an das benachbarte Oberfranken angrenzt. Die Gegend ist ländlich geprägt, der Thüringer Wald und der Rennsteig gehören zum Teil dazu. Die Bevölkerung gilt als »bodenständig« und wählte nach 1989 meist bürgerlich. Im ehemaligen (West-)Grenzbezirk war es nicht verwunderlich, dass die aus dem Neuen Forum hervorgegangene Forumpartei 1990 forderte: »Südthüringen ist Frankenland«. Der so umworbene Westen hielt sich zwar zurück und die Minipartei nicht lange durch. Deutsche Einheit und Wirtschaftswunderglaube waren aber auch hierzulande »ein Wert an sich«. Die Ergebnisse der letzten fünfzehn Jahre relativierten manches. Alle größeren Städte litten unter der Deindustrialisierung. Dabei war der Niedergang des Suhler Fahrzeug-, Jagd- und Sportwaffenbaus (Simson) beinahe so symbolträchtig wie einst die Kaligrube der Bischofferöder Kumpel. Der Verlust von Arbeitsplätzen konnte durch die günstige Pendlerlage nur zum Teil aufgefangen werden, auch in Südthüringen sind Wegzüge insbesondere von qualifizierten jungen Leuten und zurückgelassene leere Wohnblöcke üblich.

Die heutige Qualität rechtsextremistischer Strukturen und Delikte in der Region ist Ergebnis eines längeren Prozesses. Seit Anfang der neunziger Jahre gab es Überfälle auf als »links« geltende Jugendliche in Suhl und im Raum Sonneberg. Unter »ungeklärten Umständen« starb in seiner Wohnung der Antifaschist Olaf Heydenbluth, in Ilmenau wurde eine Punk-WG Opfer eines brutalen Überfalls. Angriffe auf Ausländer wurden aus Arnstadt bekannt. In Neuhaus versuchen Jungnazis jährlich für einen getöteten Gesinnungskumpen einen »Sandro-Weilke-Gedächtnismarsch« durchzuführen. Neben Prügelattacken (am Rande öffentlicher Volksfeste) waren Skinhead-Parties an unauffälligen Badeseen im Landkreis Hildburghausen damalige Aktivitäten der vorerst lose verbandelten Rechtsextremisten.

Inzwischen gibt es feste Strukturen. Regen Anteil daran haben z.B. die bei Demonstrationen, aber auch Delikten, auffälligen Yvonne Mädel und (gerade wieder einsitzend) Patrick Wieschke aus Eisenach. So agieren im Spektrum »Freier Nationalisten« das »Nationale und Soziale Aktionsbündnis Südwestthüringen« (NSAW), die »Aktionsgruppe Rennsteig« (AGR), die Kameradschaft Zella-Mehlis und der Schleusinger Heimatschutz. Letzterer wurde nach der Jahrtausendwende neben den Attacken auf nichtrechte Jugendliche auch mit eigenen Flugblättern im Landkreis Hildburghausen auffällig. Entgegen dem Trend ist diese Gruppierung offenbar identisch mit dem unter Tommy

Frenck später gegründeten NPD-Kreisverband Hildburghausen-Suhl. Frenck selbst wurde wegen Körperverletzung eines ausländischen Mitbürgers verurteilt und träumt momentan vom Einzug in den Thüringer Landtag ab 2009. »Politische Bildung« holt er sich auch auf Reisen zum ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günther Deckert.

Es lohnt, einen genaueren Blick auf die Stadt, aus welcher Frenck stammt, und deren Umland zu werfen. Schleusingen ist eine geradezu typische ostdeutsche Kleinstadt, mit allen bekannten Sorgen einer solchen behaftet. Über mehrere Jahre nahmen auch hier nur wenige Menschen schleichende rechts-extreme Entwicklungen zur Kenntnis, galten die Versuche, eine No-go-Area für Nichtrechte zu erzwingen, als Auseinandersetzungen verfeindeter jugendlicher Subkulturen. Eines Abends sah sich der CDU-Bürgermeister selbst mit der Nazi-Gang um Frenck öffentlich konfrontiert und reagierte mit einem nächtlichen Aufenthaltsverbot für den Marktplatz. Dieses konnte von Frenck erfolgreich vor Gericht angefochten werden. Dergestalt ermutigt, rief der Enkel eines SS-Mannes mit seiner Gefolgschaft die Kommune zur »Frontstadt« aus und per Flugblatt für den 29. Januar 2005 zur Demonstration in Schleusingen auf.

Nur knapp 100 Rechte und die kurzfristig funktionierende Mobilisierung einer lautstarken Gegendemonstration waren zwar nicht das gewünschte Ergebnis und eine vollmundig für April angekündigte Wiederholungsdemo fiel aus. Obwohl vermutlich bis zur Bundestagswahl am 18. September durch den NPD-Bundesgeschäftsführer Schwerdt persönlich angeleitet, blieb Frencks Haufe in der »Frontstadt« mit 3,2 Prozent hinter selbst geweckten Erwartungen zurück. Während für 2003 der Landesverfassungsschutz neben 700 offen neonazistischen Rechtsextremisten für Thüringen noch ganze 150 NPD-Mitglieder zählte, nennt Frenck allein für seinen Kreisverband 50 derzeitige Parteigänger. Man wolle »streng demokratisch um die Macht kämpfen«, weshalb man die »putschistisch« orientierte, gewaltbejahende Eisfelder Ortsgruppe auch ausgeschlossen habe.

Klingt beruhigend, ist aber kein Anlass zur Entwarnung. Zwar bestätigen diese Bekenntnisse, dass die Wahl der NPD in den Knochen steckt und auch wieder zu bekannten ideologischen Auseinandersetzungen führt. Doch die Wahlkampfkostenrückerstattung hat die Partei erreicht. Frenck hat neben der Präsenz durch Infostände nach eigenem Bekunden auch die Verteilung mehrerer hundert »Schulhof-CD« der Braunen realisieren lassen. Im Landkreis Hildburghausen mit rund 74 000 Einwohnern durchaus relevant. Gegeninitiativen wie das Eintauschen von Nazi-CD gegen die »Aufmucken gegen Rechts«-CD (ein Projekt demokratischer Jugendverbände und Institutionen) oder Freikarten des Hildburghäuser Bürgermeisters für die städtische Schwimmhalle waren zumindest nicht in dieser Größenordnung erfolgreich. Überdies wabern rechtsextremistische Versatzstücke durch die unterschied-

lichsten jugendlichen Subkulturen. Während die schon immer eine Minderheit darstellenden Punks noch weniger wurden, dominieren die üblichen Glatzen- und Faschooutfits. Im »schwarzen« Bereich der ehemals übersichtlichen Gruftieszene überwiegen dunkel bewandete Satans- oder Nazi-Rocker. Oder ein Patchwork Stil wird gepflegt: Skaterhosen, lange schwarz gefärbte Haare und T-Shirts von »Panzerfaust records« für »Nordische dunkle Seelen«.

In 19 dörflichen Gemeinden des Landkreises erreichte die NPD am 18. September 2005 bereits mehr als 5 Prozent der Erst- und Zweitstimmen, in sechs davon deutlich bis hin zur Zweistelligkeit. Schwerpunkte sind die Kreisstadt und Umgebung, der ehemalige Grenzstreifen zu Bayern und der Bereich um Themar (Kleiner Thüringer Wald). In diese Stadt ist Frenck inzwischen umgezogen, die direkte Nachbarschaft zur Regelschule »Anne Frank« (!) ermöglicht ihm vor dieser hohe Präsenz. Inzwischen holen rechtsextreme Parteien bei so genannten Juniorwahlen auch an Gymnasien mehr als fünf Prozent der Stimmen. Bei einem kürzlichen Schülerforum mit der Europaabgeordneten Gabi Zimmer meinte die Schülersprecherin provokativ, dass Ausländer ihre Probleme gefälligst zu Hause klären sollten. Deutschland könne sich nicht alles auf den eigenen Tisch ziehen und natürlich sei sie keineswegs Ausländerfeindin. Hier, wie bei jenen einheimischen kleinen Gewerbetreibenden, welche mit mehr als Argwohn auf die Konkurrenz durch Asia-Imbiss und Döner-Grill schauen, können Leute wie Frenck zumindest teilweise punkten. Bestätigt wird das durch die neuesten Ergebnisse des »Thüringen-Monitors 2005«.¹ Die jährlich von Wissenschaftlern der Jenaer Universität vorgelegte Arbeit belegt dies: äußerten 2001 noch 49 Prozent der befragten Thüringer Überfremdungsängste, waren es 2005 schon 60 Prozent! Ein spezifisches Problem der Xenophobie offenbart sich im Südthüringer Landkreis Hildburghausen: mangels anderer »Fremder« wachsen hier die Vorbehalte ausgerechnet gegenüber Spätaussiedlern (»Russlanddeutschen«), die bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Thüringen ist für die NPD interessant, das »sächsische Modell« soll auch hier greifen. Konsequenter will man über die Kommunen an Einfluss gewinnen, Wahlen erfolgreich gestalten und deshalb bürgernah erscheinen. Seit einigen Monaten läuft in Schleusingen ein Streit um die Verlegung von Bushaltestellen in den innenstädtischen schulnahen Bereich. Beispielhaft versuchen honorar erscheinende Personen, die Einwohnerversammlungen lautstark im Sinne unzufriedener Anwohner zu dominieren, während die NPD dazu Flugblätter gegen Bürgermeister und »Verwaltungsbürokratie« in Umlauf bringt.

In der Stadt funktioniert das »Bündnis gegen Rechts«, auch wenn es von wenigen Einzelaktivisten getragen wird. Denn die Mischung aus Kirchen, Par-

1 Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaates. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2004, vorgelegt von Michael Edinger, Andreas Hallermann und Karl Schmitt (Uni Jena).

teien, Vereinen und einzelnen Geschäftsleuten ist durchaus ermutigend, hat Gottesdienste, Demonstrationen, Marktveranstaltungen und mehr organisiert. Eine Lehrerin hat die Geschichte Schleusinger Juden erforscht. In Zusammenarbeit mit der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen« (MOBIT) fanden Ausstellungen und Beratungsforen statt. Die örtliche Presse berichtet regelmäßig. Der Bürgermeister, welcher einem sympathischen Eingeständnis zufolge »auch erst einen Anschubser benötigte«, geht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln administrativ vor und legt sich dabei auch mit der eigenen Partei an. Denn auf Kreisebene sieht dies anders aus. Landrat Müller war auch nach der Bundestagswahl auf Anfrage der Linkspartei.PDS nicht bereit, mehr als ein (überbetontes) Problem unter vielen in den Nazis seines Verwaltungsbereiches zu erkennen. Vielmehr erklang wieder die ausgeleierte Gebetsmühle vom notwendigen Kampf gegen den allgemeinen Extremismus. Sekundiert wird fleißig von der hiesigen Polizei: der Kreis könne kein rechtsextremer Schwerpunkt sein, es lägen keine nennenswerten Anzeigen vor. Jugendliche Drogenkriminalität sei dagegen auf dem Vormarsch und entsprechend ausgerichtet ist auch die örtliche polizeiliche Praxis. Beim zuständigen Innenminister heißt das dann im Gegensatz zu MOBIT, das ein funktionierendes Netzwerk der Rechtsextremisten in Thüringen nicht bestehe.

Offenbar setzt wie in Sachsen auch die thüringische CDU auf eine Patriotismus-Offensive als Versuch, den Rechtsextremen das (Wähler)Wasser abzugraben. Als Keule trifft dies auch die Linkskonkurrenz: so warf man der Linkspartei.PDS in der Novemberdebatte im Landtag vor, aus mangelnder Vaterlandsliebe die Nationalhymne nicht zu singen. Historisch nicht neu ist der Versuch, als Ausgleich für zu erwartende soziale Unbill (Streichorgien heißen hier gegenwärtig zum Beispiel »Thüringer Familienoffensive«) mittels konservativer Werte die Gesellschaft zusammenzuschweißen. Übersehen wird dabei, dass der rechtsextremistische Gegner ebensolche sozialen Themen ernsthaft zu besetzen versucht.

Hier deutet sich die entscheidende Herausforderung für die Linkspartei an: sie muss auf die realen existentiell drängenden Probleme der Menschen andere Antworten finden als den ausschließlichen Verweis auf Protest gegen unbestreitbare Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen. Der Vorschusslorbeer für das gemeinsame, gesamtdeutsche Linksparteiprojekt ist auch in Südthüringen hoch: sie konnte aus dem Nichtwählerlager im Landkreis Hildburghausen die meisten Stimmen aller Rivalen zurückholen. Die Thüringer Linkspartei.PDS muss darüber hinaus endlich eine Strategie für den Kampf gegen die extreme Rechte entwickeln. Bisher blieb man auf Grund eines seltenen Pluralismusverständnisses im Streit über unterschiedliche Ansätze eine Entscheidung darüber schuldig. Während man als parlamentarische Partei einerseits durchaus die nötige Kooperation der Demokraten bis hin zu weiten Teilen der CDU sucht, wird andererseits immer wieder formelreich eine

außerparlamentarische Bewegung beschworen, welche allein die Lösung des Problems sein würde. Dem hätte sich die Partei zu beugen. Dabei wird vergessen, dass eine Partei andere Aufgaben als eine Bewegung wahrzunehmen hat und eine Bewegung bei deren Ausbleiben niemals ersetzen kann. Eine Partei kann nicht von ihren Wählern straffrei einen demokratischen Auftrag für eine gesamte Wahlperiode annehmen, um dann ereigniskonjunkturell plötzlich von der Bildfläche zu verschwinden und legitime Rechenschaftslegung zu verweigern. Vielmehr ist es Aufgabe der Linkspartei.PDS, den Einzug von Nazis in Räte, Amtssessel und Parlamente zu verhindern. Zweitens fokussierte man sich bei »Bewegung« bisher nicht immer auf die unbestritten notwendige Mehrheit einer zu mobilisierenden demokratischen Bürgerschaft. Zu dieser gehören neben Linken aber auch Liberale und Konservative. Marginalisierte winzige Antifagruppen, in ländlichen Räumen wie Südthüringen überhaupt nicht existent, können wie die Linkspartei.PDS selbst, maximal gleichberechtigter Teil, niemals aber dominante Basis solcher Bündnisse sein. Den Kampf gegen Antidemokraten gar ideologisch mit pseudoradikalen scheinlinken Weltveränderungsparolen aufzuladen, wäre kontraproduktiv und letztlich Ausdruck eines unterentwickelten, anmaßenden Demokratieverständnisses und fehlender Bündnisfähigkeit. Zweifelhafte Partner wie jener MLPD-Redner, welcher in Sonneberg bei einer Hartz IV-Demo forderte, alle Politiker aufzuhängen, müssen souverän abgelehnt werden. Sonst gerät man als Linkspartei in ähnliche Turbulenzen wie 2001 in der Diskussion um eine Hass-Demonstration so genannter »Antideutscher« in Erfurt. Damals verlor der innenpolitische Sprecher der Fraktion seinen Posten. Flaschenwürfe vorgeblich linker Demonstranten (wie einmal in Arnstadt geschehen) bieten nichts anderes als willkommene Vorwände für jene rechtskonservativen Kräfte, welche breite wirksame Bündnisse eher verhindern wollen.

Eine Strategie wäre in diesem Sinne auch eine Antwort auf die Frage, was denn nach den (meist) einmaligen Akten der Spaß(Gegen)demos folgt. Gegenüber dem Publizisten Jens-Fietje Dwars, er stellte sie Ende Juni auf einer Rechtsextremismus-Konferenz in Jena, blieb die zuständige Landtagsabgeordnete sie noch schuldig. Dabei gibt es durchaus ermutigende Beispiele der Bündnisarbeit. So konnten beim groß angekündigten »Fest der Völker« die aus halb Europa angerückten Nazihorden keineswegs in Ruhe feiern. In Jena lehnte es am 12. Juni 2005 sogar der zuständige Polizeichef ab, gegen die energisch protestierenden Bürger seiner Stadt vorzugehen. Auch in Weimar mussten die Rechtsextremisten wiederholt dem Unmut der Menschen weichen. In Pößneck versucht die Kommunalpolitik mit einem Bündnis gemeinsam die ständige Öffnung des vom Neonazi-Anwalt Rieger gekauften »Schützenhauses« zu verhindern.

In Hildburghausen hat sich der Kreisverband der Linkspartei.PDS am 18. November darüber verständigt, wie man jetzt ein kreisweites Bündnis vor-

bereiten könnte. Die positiven Erfahrungen von Schleusingen sollen dabei genutzt werden. Die Kreistagsfraktion will den Landrat energisch bewegen, die Öffentlichkeit künftig besser über Nazi-Aktivitäten zu informieren und wird ein entsprechendes Konzept von ihm verlangen. In der Kreisstadt selbst existiert seit längerem durch die Kreisdiakonie eine Betreuung von Spätaussiedlern. Bürgermeister Steffen Harzer hat dafür gesorgt, dass mit der Eröffnung eines Imbisses, welcher durch Spätaussiedler betrieben wird, die Jugendlichen dieser Bevölkerungsgruppe einen eigenen vorläufigen Anlaufpunkt haben. Gleichzeitig gelang es durch Gespräche mit ansässigen Unternehmen, einem Teil der Jugendlichen Arbeitsplätze zu verschaffen – für die dringend notwendige Integration dieser Menschen bereits ein Fortschritt. Mit der MOBIT-Geschäftsstelle in Gotha besteht reger Kontakt, Informationen werden ausgetauscht und gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Als die SPD vor dem 8. Mai 2005 im Stadtrat einen Stein für »Ehrendes Gedenken an die gefallenen und vermissten Soldaten des Zweiten Weltkrieges« beantragte, entfachte die Fraktion der Linkspartei.PDS mit Hilfe des örtlichen Stützpunktes der Rosa-Luxemburg-Stiftung über Wochen eine öffentliche Debatte zum gegenwärtigen Geschichtsbild der Deutschen. Der Gedenkstein wurde nicht aufgestellt.

Dies alles sind einzelne Mosaiksteine, welche aber zusammengefügt nichts weniger als die viel geforderte zivilgesellschaftliche Gegenwehr zu den rechtsextremistischen Attacken auf die Demokratie sein können. Zwei Dinge könnten die Handelnden vor Ort dabei unterstützen. Zum einen muss die Linkspartei.PDS sich dringend die Frage stellen, weshalb ihre mit Land- und Bundestagsabgeordneten, einer großen Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter und enormen Ressourcen versehenen Jugendstrukturen keinerlei Attraktivität auf die Thüringer Jugendlichen ausübt und selbst den »Altparteien« deutlich hinterher hechelt. Das personell überbesetzte Erfurter Jugendbüro »RedRox« jedenfalls strahlt über die Landeshauptstadt hinaus nicht aus.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat richtigerweise Rechtsextremismus zu einem Arbeitsschwerpunkt erklärt. Das bedeutet aber auch, hauptsächlich dem Rechtsextremismus und seinen neuen Merkmalen Rechnung zu tragen und nicht vorwiegend nochmals den historischen Faschismus zu reflektieren. Zum anderen sollte sie sich endlich darauf verständigen, dass ihre Hauptaufgabe nicht im unverbindlichen akademischen Austausch, sondern in der Beratung der handelnden Politiker vor Ort bestehen muss. Dies umso mehr, als es sich in den beschriebenen Kommunen bei den Aktivisten fast ausschließlich um ehrenamtlich Tätige handelt.

Nazi-Zentrum in Bargstedt?

**Die NPD und ihre
Jugendorganisation
veranstalteten seit
Jahren Schulungen in
Bargstedt!**

**Setzen auch Sie in
Bargstedt ein klares
Zeichen:**

**»Kein Nazi-Zentrum
weder hier noch
anderswo«**

Dieses Flugblatt wurde von der VVN-BdA,
Kreisverband Stade, im Juli 2005 verteilt

Antifaschismus – gelebte Haltung im Landkreis Stade

Im an der Unterelbe liegenden Landkreis Stade, arbeitet seit über 50 Jahren konstant, mit einer Unterbrechung Anfang der neunziger Jahre, eine kleine Gruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Aktuell hat die Gruppe sechzehn Beitrag zahlende Mitglieder, von denen keines mehr aus Widerstand oder Verfolgung im Nationalsozialismus kommt. In den letzten Jahren sind oft neue, jüngere Mitglieder, wegen des Studiums oder einer Berufsausbildung, in andere Kreise gezogen.

An den monatlichen Gruppenabenden nehmen, neben einigen Mitgliedern, auch immer interessierte Nichtmitglieder teil. An diesen Abenden werden Videoaufnahmen von Fernsehsendungen gezeigt, die sich unter anderem mit Neofaschismus beschäftigen. Wissen über die regionalen Strukturen des Neofaschismus wird ausgetauscht und Gegenstrategien entwickelt.

Die VVN-BdA Kreisvereinigung Stade hat sich in den letzten zwölf Jahren schwerpunktmäßig mit vier Themenkomplexen auseinandergesetzt: den regionalen vergessenen Opfergruppen des Nationalsozialismus, den NS-Tätern, dem örtlichen Neofaschismus und dem deutschen Revanchismus. Die Ergebnisse unserer Arbeiten verbreiten wir in Broschüren, Flugblättern, seit 1999 auf eigenen Internetseiten und durch Weitergabe von Informationen an Journalisten.

Eine aktive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, Wissen um den örtlichen Widerstand und die regionalen Opfer ist ein wichtiger Bestandteil unserer regionalen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Die Neofaschisten geben vor, eine »deutsche Volksgemeinschaft« zu errichten; ein Blick auf die Zeit des deutschen Faschismus zeigt, wer alles aus der damaligen Volksgemeinschaft ausgesondert wurde.

Vergessene Opfergruppen des Nationalsozialismus

Im Jahr 1991 war im Landkreis Stade das Buch »»Hier war doch alles nicht so schlimm« – Der Landkreis Stade in der Zeit des Nationalsozialismus« erschienen. Der Autor Hartmut Lohmann hat in einer umfangreichen Arbeit ein detailliertes Bild über die Zeit des Nationalsozialismus im Landkreis Stade aufzeichnen können. Er dokumentierte Widerstand, Verfolgung und Aussonderung und zeichnete die Lebenswege von politisch und rassistisch Verfolgten nach.

Die VVN-BdA konzentrierte sich seit den neunziger Jahren bei ihren Nachforschungen im Landkreis Stade auf die Opfergruppen, die in diesem Buch, aufgrund der damaligen Materiallage, wenig Berücksichtigung fanden: Männer, Frauen und Kinder, die im Rahmen der »Euthanasieaktionen« ermordet wurden, Zwangssterilisierte und die Opfer der »Entbindungsstätten für Zwangsarbeiterinnen«.

Der »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« war für uns in den Jahren 1996-98 Anlass, auf diese Opfergruppen aufmerksam zu machen.

Beispiel: »Entbindungsstätten für Zwangsarbeiterinnen«

Im Deutschen Reich wurden ab 1943 »fremdvölkische Kinderheime« eingerichtet, in denen Zwangsarbeiterinnen ihre Kinder zur Welt bringen sollten und wo dann die Säuglinge untergebracht wurden. Im Landkreis Stade starben mindestens 65 Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen in den »Heimen«. Als häufigste Todesursache wurde »Ernährungsstörung« angegeben. Ein Grund war, dass die Mütter ihre Kinder in den »Heimen« höchstens eine Woche lang stillen durften.

1944 von den Nationalsozialisten im Gau Osthannover angefertigte Listen, auf denen alle Orte benannt wurden, in denen »Entbindungsstätten« für Zwangsarbeiterinnen existierten oder eingerichtet werden sollten, nannten für den Landkreis Stade die Orte Balje, Borstel, Drochtersen und (Klein-)Fredenbeck. An allen diesen Orten begannen wir ab 1993 mit der Suche nach den Gräbern der in diesen »Entbindungsstätten« getöteten Kinder der Zwangsarbeiterinnen. Anhand von Sterbelisten der regionalen Meldeämter, Sterbebüchern von Kirchengemeinden und der Erinnerungen von Dorfbewohnern konnten wir nachweisen, dass in allen Einrichtungen Säuglinge starben. Wir forderten in mehreren Orten die Errichtung von Gedenksteinen für die getöteten Kinder und die Erstellung einer umfangreichen Dokumentation durch den Landkreis Stade, der damals Träger der »Entbindungsstätten« war.

Die konkrete Umsetzung des Gedenkens vor Ort wurde später von vielen getragen: Kommunalpolitikern, Verwaltungen, Kirchengemeinden, engagierten Bürgern. Die VVN-BdA hat durch ihre Initiativen erreicht, dass dieser Bereich der verschwiegenen Opfer des Nationalsozialismus im Landkreis Stade aufgearbeitet worden ist.

Bei allen Nachforschungen und Forderungen nach Gedenken für die verschwiegenen Opfergruppen haben wir in den letzten zehn Jahren eine große Offenheit erlebt. Die lokalen Widerstände waren nicht so sehr parteipolitisch zu sehen, sondern hingen häufig mit persönlichen Beweggründen zusammen. Die regionalen Neofaschisten beteiligten sich nie an den Diskussionen über die örtlichen Opfer des Nationalsozialismus.

Im Landkreis Stade wird auf fünf Friedhöfen durch unterschiedliche Gedenksteine an dort verscharrte Kinder von Zwangsarbeiterinnen erinnert. An alle bekannten Opfer des Nationalsozialismus aus dem Landkreis Stade wird namentlich an zwei Orten in der Stadt Stade erinnert.

Beispiel: NS-Täter

Die Neofaschisten verherrlichen Krieg und Gewalt. Den Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg versuchen sie als »Tag der Ehre« zu begehen. In Himmelpforten veranstalteten die »Nationaldemokraten Stade« am 15. Mai 2004 eine Kranzniederlegung unter dem Motto: »Die Helden tot, das Volk in Not«.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sind für uns die regionalen NS-Täter wichtig. Welche Taten haben die »ganz normalen Männer« begangen und wie wurde und wird *damit* umgegangen? Die Neofaschisten hüllen sich bei dieser politischen Auseinandersetzung in Schweigen, die regionalen NS-Mörder passen nicht in ihre Geschichtsumdeutung.

Der Stader Bürgermeister Hans-Hermann Ott überbrachte im Juli 2002 dem – inzwischen verstorbenen – Feinkosthändler Gustav Wolters einen persönlichen Brief des Bundeskanzlers. »Gern erinnere ich mich meiner Besuche bei Ihnen«, schrieb der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder und sprach Magda und Gustav Wolters Anerkennung und Dank für deren Lebensleistung aus. Anlass des Briefes war die Geschäftsaufgabe des 94-jährigen Kaufmanns.

Gustav Wolters ist bereits 1933 in die allgemeine SS eingetreten. Er war vom Sommer 1941 bis Herbst 1942 beim Einsatzkommando 9 und nach eigenen Aussagen an Massenerschießungen von Juden beteiligt. Im April 1945 beteiligte er sich noch freiwillig an der Erschießung von 154 Zwangsarbeitern auf dem Seelhorster Friedhof in Hannover. Der SS-Scharführer Gustav Wolters wurde 1947 für die Morde auf dem Seelhorster Friedhof zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt, aber bereits im August 1950 entlassen.

In Stade wurden NS-Täter nach 1945 von vielen nicht geächtet, sondern geachtet.

Die Lokalpolitiker waren (bis auf zwei Ausnahmen) nicht bereit, sich mit den jahrelangen Verbindungen der Stadtverwaltung zum Feinkosthändler auseinander zusetzen. Die Stader Initiatoren des Kanzlerbriefes an den Feinkosthändler gaben sich nicht zu erkennen. Das Kanzleramt hat die NS-Täterschaft des Briefempfängers später mit »großem Ernst zur Kenntnis genommen«, den Dankesbrief aber nicht zurückgezogen. Wir konnten zwar durch eine Vielzahl von kleinen Veröffentlichungen (auch im Internet mit hohem Zugriff) die NS-Täterschaft des Feinkosthändlers publik machen. Es ist uns aber nicht gelungen, eine öffentliche Diskussion über den Umgang mit regionalen NS-Tätern zu erreichen.

Neofaschismus im Landkreis Stade

Die NPD verfügt im Landkreis Stade seit mehr als 40 Jahren über gefestigte Parteistrukturen, zur Zeit den Unterbezirk Stade-Elbe/Weser. Sie ist die dominante neofaschistische Partei in der Region. Dem derzeitigem Landesvorstand der NPD gehören mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden und dem Landeskassierer zwei langjährige Funktionäre aus dem Landkreis Stade an. Die Partei gewann in den letzten Jahren junge, aktivistische Mitglieder, die eng mit »Freien Nationalisten« aus dem Hamburger Umland zusammenarbeiten.

Das regionale Auftreten von Mitgliedern der NPD ist mit aggressiver Wortwahl verbunden; da wird einem Pastor gedroht: »Wenn dieser Ortspfaffe seine Volksverhetzung weiter betreibt, werden wir seinen Tempel aufsuchen, ihn von der Kanzel holen und dem Volk erzählen, was er lügt«, und in einem Flugblatt wird der christliche Glaube als »orientalische Wüstenreligion« verunglimpft. Einem Mitglied der VVN-BdA wird angedroht: »Nichts wird VVN ... jedoch davor bewahren, irgendwann für seine volksverhetzenden Umtriebe im Landkreis Stade Rechenschaft ablegen zu müssen!«. Bei der Bundestagswahl 2005 erhielt die NPD im Landkreis Stade 2 Prozent der Erststimmen und 1,5 Prozent der Zweitstimmen.

Informationen und Aktionen

Bei der Arbeit gegen die Neofaschisten ist ein guter Informationsstand wichtig. Wir werten seit vielen Jahren die lokalen Zeitungen, Veröffentlichungen der neofaschistischen Parteien, Bundestags- und Landtagsanfragen, Internetseiten, Verfassungsschutzberichte, Kriminalstatistiken aus, um einen Überblick der regionalen rechtsextremistischen Strukturen zu haben. Im September 2000 erschien erstmalig unsere kleine Broschüre »Neofaschismus im Landkreis Stade«, die mittlerweile in der siebten erweiterten Auflagen vorliegt. In der Broschüre dokumentieren wir neofaschistisches Auftreten, Wahlergebnisse, rechtsextremistische und rassistische Straftaten im Landkreis Stade in den letzten zehn Jahren. Die Broschüre ist eine wichtige Handreichung für junge Antifaschisten, für Kommunalpolitiker, Gewerkschaftler und für die Jugendarbeit. Neben der Broschüre sind die, über Jahre gewachsenen, Internetseite ein weiteres Medium für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Beispiel: »Stahlhelm – Kampfbund für Europa«

Der »Stahlhelm – Kampfbund für Europa« hatte in Jork – Klein Hove (Landkreis Stade) sein bundesweites Zentrum. Der »Bundesführer« und sein Sohn betrieben dort das »Franz Seldte Haus« als Treffpunkt und Ausgangsort für

Wehrsportübungen. Das oberste Ziel des »Stahlhelms« war »die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen und die Wehrhafterhaltung der deutschen Jugend.«

Wir haben über einen längeren Zeitraum Material über den »Stahlhelm e.V.« gesammelt, ihre Zeitung ausgewertet und internen Schriftwechsel erhalten. Im März 1999 wurde von uns ein Flugblatt (»Vorsicht! Neofaschistische Nachbarn«) in Jork-Estebürgge und Klein-Hove an die Haushalte verteilt mit der Forderung »Verbot und Auflösung des Stahlhelms«. Eine Bundestagsanfrage von Ulla Jelpke (PDS-Bundestagsfraktion) zum »Stahlhelm« brachte uns wichtige Informationen. Ab Herbst 1999 gab es eine umfangreiche Berichterstattung in der überregionalen Presse und im Fernsehen über die Aktivitäten des »Stahlhelms«, der zum damaligen Zeitpunkt eine Kindergruppe aufbaute. Die Medien wurden von uns mit Material beliefert und Journalisten hatten eigene, umfangreiche Nachforschungen angestellt. Im Juni 2000 kam es zu einer Selbstauflösung des Vereins »Der Stahlhelm e.V.«.

Der Verfassungsschutzbericht 2000 des Landes Niedersachsen schreibt darüber: »Mit dem Versuch verstärkt Frauen, Jugendliche und Kinder für die Vereinsarbeit zu gewinnen, lenkte die Organisation 1999 das Interesse der Öffentlichkeit auf sich. Die hierdurch provozierten Reaktionen mögen die Selbstauflösung des Stahlhelms e.V. beschleunigt haben.«

Beispiel: NPD-Schulungen in Bargstedt

Adolf Dammann, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD in Niedersachsen, aus Buxtehude-Neukloster, gehört ein 1 602 qm² großes Grundstück mit mehreren Gebäuden in der Ortsmitte von Bargstedt (Landkreis Stade). Die Nutzung des Gebäudekomplexes wird mit »Handel und Dienstleistung« angegeben. In einem der Gebäude führte die NPD und ihre Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« über Jahre Veranstaltungen und Schulungen durch. In einer verwendeten Schulungsunterlage über die »NPD-Basisgruppenarbeit nach innen« steht unter dem Punkt »Organisationsloyalität und -disziplin« folgendes: »Loyalität und Disziplin sind wesentliche Bausteine der Gruppe und ihres Erfolges. Wer hier die nötige Einstellung vermissen läßt, oder gar verdeckt oder offen dagegen vorgeht, muß gnadenlos entorgt werden. Humanitätsduselei und Herumpsychiatern löst das Problem nicht – Müll muss umgehend zur Tonne gebracht werden.«

Im August 2004 berichteten mehrere Zeitungen über eine »konspirative Schulung« der NPD mit ca. 20 Teilnehmern in Bargstedt. Diese Schulung konnte von Antifaschisten beobachtet werden. Im Juli 2005 verteilte die VVN-BdA ein Flugblatt in Bargstedt und informierte die Bevölkerung über den Besitz des Anwesens und Aktivitäten der NPD in den Räumlichkeiten. Nachforschungen einer Lokalzeitung ergaben, dass der Landkreis Stade mittlerweile die Nutzung der Räumlichkeiten in der »NPD-Scheune« für Schulungen

untersagt hatte. Der Verantwortliche des VVN-BdA-Flugblattes wurde vom Eigentümer des Anwesens wegen »Beleidigung / üble Nachrede / Verleumdung« angezeigt. Das Ermittlungsverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Stade eingestellt.

Beispiel: NPD-Bundestagswahlkampf

Die insgesamt neun Informationsstände der NPD in Stade und Buxtehude vor der Bundestagswahl waren von Gegenaktionen begleitet. Junge Männer und Frauen umringten die Stände mit Transparenten (»Jeder Mensch ist ein Ausländer fast überall – Jeder Nazi ist ein Arschloch überall«) und begleiteten die NPD-Flugblattverteiler mit einer »Braunen Tonne« (Müllsacke, braune Papierkörbe oder zweckenfremdete Biomülltonnen). Auf vielen Umhängeschildern der VVN-BdA stand die Aufforderung: »Keine Nazis in die Parlamente! ... und die NPD-Propaganda in die ›Braune Tonne««. Das von der NPD verteilte Propagandamaterial wurde von vielen in den bald prall gefüllten »Braunen Tonnen« entsorgt. Die Aktionen fanden bei den Passanten viel Anerkennung, die NPD-Mitglieder wurden zusehends frustrierter und die anwesende Polizei hielt sich betont zurück.

Die von der NPD angekündigte Verteilung der Schulhof-CD konnte von ihr nur im kleinen Rahmen, weitab von Schulen, durchgeführt werden. Schüler, Lehrer und Eltern hatten sich an mehreren Schulen auf eine Verteilung vorbereitet. Transparente und die »Braunen Tonnen« zur Entsorgung lagen bereit. Auf antifaschistischen Internetseiten waren die Texte der NPD-CD bereits analysiert und es wurden Argumentationshilfen für die inhaltliche Auseinandersetzung bereitgestellt. Eine Sprecherin der niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz gab den Ratschlag: Betroffene Schulen sollten offensiv im Unterricht auf die Aktion reagieren. Die Methode »Ab in die Mülltonne« wäre der falsche Weg.

Diese kleine Schilderung der langjährigen Tätigkeit der VVN-BdA im Landkreis Stade sollte aufzeigen, wie wichtig eine konstant arbeitende antifaschistische Gruppe sein kann. Wir konnten viele politische Anstöße geben, die sich dann, unabhängig von uns entwickelt haben. An den geschilderten Beispielen haben viele Anteil, die Aktionen vor der Bundestagswahl wurden vorrangig von Jugendlichen getragen.

LUTZ RICHTER

»Hinter der Idylle«.

Die Entwicklung der rechten Szene in der Sächsischen Schweiz und Strategien zu deren Zurückdrängung

Vorbemerkung

Die Sächsische Schweiz ist spätestens seit 2001 bundesweit bekannt als Hochburg der Neonazis. Das es bis zu diesem bekannt werden aber eine Vorgeschichte gibt, wird allzu gern vernachlässigt. Aktive Antifaschistinnen und Antifaschisten warnen, mindestens seit 1991, vor einer derartigen Entwicklung. Im genannten Jahr gründete sich in der Region der Kreisverband der NPD.

Auch die Politik in den Kommunen und im Landkreis hat einen nicht unerheblichen Anteil an dieser vorschreitenden Entwicklung. Im allgemeinen sind die Verantwortungsträger mit dem Thema in der Art umgegangen, dass es unter den Teppich gekehrt wurde. Die Auseinandersetzung mit der Neonaziszene in der Region wurde als tourismusschädlich und kostenintensiv empfunden. Beides hat sich heute als völlige Fehleinschätzung herausgestellt. Heute geht der Tourismus tatsächlich zurück und das hat nachweislich etwas mit dem schlechten Ruf der Sächsischen Schweiz als braune Hochburg zu tun. Auf der anderen Seite ist natürlich die Behauptung, dass weniger Jugendarbeit billig ist, ebenfalls widerlegbar. Die Folgen einer verfehlten Schul-, Kinder- und Jugendpolitik fallen uns oft doppelt und dreifach auf die Füße.

Um die Situation aber in Gänze beurteilen zu können, muss die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre insgesamt in den Blick genommen werden.

Der Aufbau eines rechten Netzwerkes

Die Sächsische Schweiz ist nicht erst seit der Jahrtausendwende eine Region mit einem massiven rechten Problem. Wie schon gesagt, ist die NPD hier bereits seit 1991 aktiv, doch schon davor waren rechte Strukturen erkennbar. Mit der politischen Wende konnten sofort Neonazis mit Gruppierungen Fuß fassen. Bis zum Verbot im Jahr 1993 existierte in Sebnitz ein Kreisverband der »Nationalen Offensive« (NO). Dieser gab das Heft »Der Sturm« heraus. Im Jahr 1992 demonstrierten sie unter dem Motto: »Arbeit zuerst für Deutsche!« in Neustadt (Sachsen).

Zur gleichen Zeit gründete sich im nahe gelegenen Bad Schandau ein »Horst« des »Wikinger Jugend e.V.«. Damals waren schon Gründungsmitglie-

Antifaschistisches Blatt
Info

Nr.69 | Herbst 2005



**Neue Dynamik im
militanten Spektrum**

Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

der der »Skinheads Sächsische Schweiz; (SSS) involviert. Aus diesem Grund wird der »Wikinger Jugend e.V.« in der Region auch oft als Vorgängerorganisation der »SSS« bezeichnet. Noch waren aber die Gruppen in diesem Spektrum relativ klein und hatten nur wenige Mitglieder. Bei der Wikinger Jugend waren es wohl nie mehr als zehn Personen. Auf der anderen Seite war der Grad der Vernetzung über Sachsen hinaus schon sehr weit vorangeschritten. Der »Wikinger Jugend e.V.« beispielsweise kommt aus den »alten Bundesländern« und konnte nur wenige Monate nach dem Zusammenbruch der DDR den »Gau Sachsen« gründen.

Wie schon erwähnt, gründete sich ebenfalls in dieser Zeit der Kreisverband der NPD in der Sächsischen Schweiz. Vorerst begrenzte sich deren Engagement noch auf den Bereich Bad Gottleuba und Berggießhübel.

Auch der Pirnaer Bereich stand dieser Entwicklung nicht hinterher. Denn auch da bildete sich eine »Kameradschaft Pirna«. Während in der BRD die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock wieder Erinnerungen an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte weckten, formierten sich auch in der Sächsischen Schweiz feste Strukturen. Mitglieder der »Kameradschaft Pirna« organisierte ebenfalls Angriffe auf die MigrantInnen-Unterkünfte in Porschendorf.

All dies hätte alle Alarmglocken bei den zuständigen Politikerinnen und Politikern, sowie den Behörden läuten lassen müssen. Einzig der Kreisjugendring Sächsische Schweiz initiierte das sogenannte »Glatzenprojekt«. Als sich im Jahr 1995 die Kameradschaft auflöste, wurde das als Erfolg akzeptierender Jugendarbeit gefeiert. Richtig ist stattdessen, dass ein Teil der Mitglieder Familienväter und damit zurückhaltender wurden und, dass ein anderer Teil sich neuen Projekten zuwandte. Dementsprechend konnte in der Folgezeit eine feste rechte Struktur ausgebaut werden. Fast ungestört konnten kleine Kameradschaften, Musikgruppen und Organisationen entstehen.

So gab es in Hohnstein die »Hohnsteiner Jungs« (HJ), in Sebnitz die »White Warrior Crew Sebnitz« und den »Jungsturm Sebnitz«, in Neustadt die »Hammerskins«, in Heidenau den »Sturmtrupp Heidenau« sowie in Pirna den »Jungsturm Pirna«. Überregional, also über weite Teile der Sächsischen Schweiz verbreitet, waren die »Skinheads Sächsische Schweiz« vertreten. Im Vergleich zu den anderen Gruppen war diese Kameradschaft nicht an einen Ort oder eine Stadt gebunden, sondern agierte fast im gesamten linkselbischen Raum des Landkreises.

Musikgruppen gab es unter den Namen: »Blutstahl«, »Sachsenfront«, »Boot Boys Schöna«, »Magog« und »14 Nothelfer«. Und neben der NPD gab es Projekte, in denen Menschen langsam an diese Partei herangeführt werden sollten. Als Beispiele sind der »Singekreis Theodor Körner«, der »Kulturkreis Sächsische Schweiz« oder Wandergruppen zu nennen. Alle diese Strukturen waren miteinander vernetzt. Die Personen arbeiteten mehr oder weniger eng zusammen oder waren sogar in mehreren dieser Zusammenschlüsse aktiv.

»Skinheads Sächsische Schweiz«

Die »SSS« gründete sich etwa 1996. Zu Beginn galt sie als Nachfolgeprojekt des »Wikinger Jugend e.V.«, da führende Kader dort schon eingebunden waren. Thomas Sattelberg, der Gründer der »SSS«, war seiner Zeit auch schon Leiter des »Horstes« der Wikinger Jugend. Zugleich war er Sänger der Nazi-band »14 Nothelfer«.

Mit einem festen Kern von etwa 20 Personen schuf er Deutschlands größte Nazikameradschaft. Zur Zeit des Verbotes umfasste die Gruppe annähernd 200 Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Dass diese Anzahl an Leuten schwer zu organisieren ist, kann man sich vorstellen. So untergliederten sich die »Skinheads Sächsische Schweiz« in Riegen und in Jugendorganisationen.

Nach dem Vorbild von Motorradclubs wurden diese so genannten »Riegen«, mit eigenem Führungskopf, Kassierern und verschiedenen Aufgabebereichen in verschiedenen Regionen des Landkreises aufgebaut. Beispiele für solche Riegen gab es in Reinhardtsdorf-Schöna, Heidenau oder Pirna. Die Riegen hatten die Aufgabe, für Nachwuchs zu sorgen und ihren Verantwortungsbereich von missliebigen Personen »sauber« zu halten. Dazu besuchten die Mitglieder der »SSS« die Jugendclubs in den Gemeinden und Städten, um den dortigen Jugendlichen zu zeigen, wer das Sagen hat. Oft hinterließen die Nazis in den betreffenden Clubs eine Verwüstung. Für den Fall, dass dies nicht zur Einsicht der Jugendlichen in diesen Vereinen führte, wurden diese eben krankenhausreif geschlagen. Ein Beispiel dafür war der Komplex »Gohrisch« im Gerichtsprozess gegen die »SSS«. Damals hatten etwa 30 der Naziszene zugehörige Jugendliche vier Besucher des Jugendclubs Gohrisch teils erheblich verletzt.

Wie in den oberen Zeilen genannt, gab es auch eine Jugendstruktur. Die »SSS« untergliederte sich somit auch noch in die »Aufbauorganisation« (kurz »SSS/AO«). Und hier galt dasselbe, wie auch in der »SSS«, die große Anzahl an Interessenten machte eine Organisierung in einer Gruppe fast unmöglich. Aus diesem Grund wurde die »SSS/AO« in die Aufbauorganisation »Oberes Elbtal« und »Unteres Elbtal« gesplittet. Hauptaufgabe der Jugendorganisation war es, die Vertrauenswürdigkeit der SympathisantInnen zu prüfen. Es soll darüber hinaus auch Mutproben in der Art gegeben haben, dass die Kandidaten sich ein Opfer zu suchen hatten, an dem sie ihre »Eignung im Kampf« beweisen mussten. Mitglieder der »SSS/AO« brauchten für den Anfang auch nur die Hälfte der Beiträge entrichten.

Diese finanzielle Struktur der »SSS« war beeindruckend. Über den Mitgliederzustrom, welchen die »SSS« zu bewältigen hatte, konnten sie es sich leisten, nur Menschen zu akzeptieren, welche auch in der Lage waren, zuverlässig ihren Beitrag zu entrichten. Es war für den salopp gesagt »Dorfnazi« eine »Ehre« da mitzumachen, dementsprechend war er bereit alles Notwendige

dafür zu tun. Ein Vollmitglied der »SSS« bezahlte übrigens pro Monat 5,00 DM, ein AO-Mitglied zahlte 2,50 DM. Legen wir einer Rechnung die letzte Mitgliederzahl der »Skinheads Sächsische Schweiz«, also etwa 200 Personen zu Grunde, kann davon ausgegangen werden, dass je Monat zwischen 500 DM und 1000 DM zur Verfügung standen.

Mit diesem Geld sprang die »SSS« besonders da ein, wo die öffentliche Hand versagte. Die Mehrheitsfraktion der CDU im Kreistag des Landkreises Sächsische Schweiz, strich, trotz des Wissens um diese Entwicklung im Bereich Jugendhilfe immense Beträge. Die Nazis füllten mit Liederabenden, Lagerfeuern, Feldschlachten, Zeltlagern, Ritterspielen, Stockcar-Rennen, Wanderungen, Fahrradtouren und Konzerten diese Lücke. All das natürlich immer gepaart mit einer Portion nationalsozialistischer Ideologie.

Zeitweise verfestigte sich innerhalb der Linken sogar der Eindruck, als ob verantwortliche Politiker das Ganze sogar recht wohlwollend sahen. Die Streichorgie im Bereich »Jugend«, zu Gunsten zum Beispiel des Tourismus fand kein Ende. Während in den Nachbarkreisen mit Projekten im ländlichen Raum diesen Entwicklungen Einhalt geboten wurde, sah man in der Sächsischen Schweiz dafür keinen Bedarf. Selbst als die NPD im Jahr 1999 erstmals in einen ostdeutschen Kreistag einzog, sah man keinen Handlungsbedarf. Ende 1999 informierte in einer Sitzung des Kreistages der damalige Pressesprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz, Volker Lange, über die Situation mit der Naziszene. Er berichtete über Waffentübungen in Tschechien, über Wehrsportübungen bei Struppen und die fortschreitende Vernetzung. All dies fand kein Gehör. Erst zweieinhalb Jahre später, mit dem Verbot der SSS wurde das Thema zum Problem. Das hatte aber nichts mit der Ausbreitung einer neofaschistischen Ideologie zu tun, sondern viel mehr mit Einbußen im Bereich Tourismus. Die mit dem Verbot aktivierte Presse und die Berichte über Attacken auf Andersaussehende, rückten die Region zunehmend in ein schlechtes Licht. Es gab aber an dieser Stelle nicht das Bedürfnis, sich offensiv mit dem Problem auseinanderzusetzen, sondern die Menschen als »Nestbeschmutzer« zu diffamieren, die das Thema benannten.

Am 4. Mai 2001 folgte also das Verbot der »SSS«, der »SSS/AO« und aller Folgeorganisationen durch den damaligen Sächsischen Innenminister Klaus Hardraht auf Grundlage der Paragraphen 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung). Die »SSS«, so die Verbotsverfügung, habe eine Nähe zum Nationalsozialismus und beabsichtige die Abschaffung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung«.

Leider wurde dieser Moment nicht zum Anfang einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Gründen für das Erstarken eines rechten Netzwerkes – eher das Gegenteil war der Fall. Mit der Verurteilung der Drahtzieher der »SSS« wurde das Thema quasi abgehakt. Bei den politischen Verantwortungsträgern war immer wieder zu hören: »Die sind verboten, also gibt's die nicht mehr«.

Im Falle der NPD hat das aber nicht funktioniert. Im Gegensatz zur »SSS« scheiterte das Verbotsverfahren gegen die NPD. Zunehmende Aufmerksamkeit erlangten nun auch die stetig steigenden Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse der »Nationaldemokraten«.

Die NPD in der Sächsischen Schweiz

In der im vorherigen Abschnitt erwähnte Kreistagssitzung zum Thema »Rechtsextremismus« wurde auch über die NPD informiert. Der Pressesprecher des Landesamtes für Verfassungsschutz, Lange, nannte den Kreisverband der NPD in der Sächsischen Schweiz den »aktivsten Deutschlands«. In der Tat war diese Partei damals für aufmerksame Menschen ständig präsent. Nicht nur, dass der Kreisvorsitzende Dr. Johannes Müller damals schon im Kreistag saß, nein, auch die ständigen Saalveranstaltungen sprachen Bände. Schon im Dezember 1998 verhinderten Antifaschistinnen und Antifaschisten in Königstein den Auftritt des bekannten Naziterroristen Manfred Röder. Neben dem Kreistagsmandat errang die NPD zu den Kommunalwahlen 1999 auch Stadtratsmandate in Königstein und in Sebnitz. Damals waren es sachsenweit sechs Kommunalmandate, davon vier in der Sächsischen Schweiz.

Auch im Zusammenhang mit der CDU-»Parteispendenaffäre«, die zur Abwahl des damaligen Bundeskanzler Kohl führte, gab es in den Lokalteilen der »Sächsischen Zeitung« ständig Hinweise auf ein Erstarken der NPD. So wurden Mitgliederzahlen der Parteien verglichen, bei denen im Januar 1999 für die NPD 175 zu Buche standen. Die Volkspartei SPD hatte damals gerade einmal 125 Mitglieder. Der NPD standen zudem im Jahr 1998 Mittel aus Mitgliedsbeiträgen von 33 000 DM zur Verfügung, Spenden und sonstige Zuwendungen noch nicht einmal mit hineingerechnet. Das war zu dem Zeitpunkt mehr Geld, als alle anderen Parteien, außer CDU und PDS, zusammen hatten.

Trotz dieser großen und kleinen Hinweise gab es keine ernstzunehmende Initiative, der NPD Einhalt zu gebieten und sich über die gesellschaftlichen Gründe dieser Umstände Gedanken zu machen.

Im Jahr 2004 folgten dann neue erschreckende Stimmenzugewinne für diese Partei. Zuerst bei den Kommunalwahlen am 12. Juni 2004. Die NPD erhöhte ihre Mandate im Kreistag des Landkreises Sächsischen Schweiz von einem auf fünf. Damit hatte sie nicht nur Fraktionsstatus, sondern wurde auch drittstärkste Partei noch vor SPD, FDP und den »Freien Wählern«. In ganz Sachsen erreichte die NPD 48 Mandate in den Kommunen, davon allein 18 in der Sächsischen Schweiz.

Ein halbes Jahr später zog die Nazi-Partei dann in den Sächsischen Landtag ein. Und dabei spielte wieder die Sächsische Schweiz eine herausragende Rolle. Allein zwei Vertreter entsandte der hiesige Kreisverband in das Landespar-

lament. Mit dem Kreisgeschäftsführer Uwe Leichsenring und dem Kreisvorsitzenden Dr. Johannes Müller wurden nun die beiden Hauptinitiatoren der letzten Jahre zu Berufspolitikern.

Die Nähe der NPD zur »SSS« spielte kurzzeitig auch eine Rolle. Brisantes Material kam an die Öffentlichkeit, als Computerhacker einen E.-Mail-Wechsel zwischen einigen regionalen Nazis abfingen. So hatte vermutlich einer der beiden Sächsische-Schweiz-Abgeordneten dem Verurteilten »SSS«-Mitglied Thomas Rackow nach einer Razzia einen neuen PC gestellt. Damit wurde auch klar, dass die Zusammenarbeit der NPD mit der »SSS« auch nach deren Verbot nach wie vor an der Tagesordnung war. Schon im vorhinein holte die NPD in einigen Orten Mandate mit Personen, deren Söhne in der »SSS« aktiv waren. Im Falle Rackow war dem auch so, denn Vater Klaus Rackow sitzt seit 2004 für die NPD im Gemeinderat von Struppen.

Mit der Gründung eines »JN«-Stützpunktes in der Sächsischen Schweiz wurde Thomas Rackow dann auch Geschäftsführer desselbigen. Die »Jungen Nationalen« sind die Jugendorganisation der NPD. Auch im Vorstand der NPD Sächsische Schweiz finden sich vorbestrafte »SSS«-Mitglieder, ein Beispiel dafür ist Lars Hein aus Königstein.

Zu den letzten Bundestagswahlen im September 2005 fand in der BRD eine U 18 Wahl statt. Bei diesen Wahlen hätte die NPD im Wahlkreis 159 (Sächsische Schweiz / Weißeritzkreis) das Direktmandat gewonnen. Uwe Leichsenring hätte bei den Wählerinnen und Wählern »von Morgen« mit 28 Prozent die meisten Stimmen aller KandidatInnen erhalten.

Die Entwicklung, die hier versucht wurde zu skizzieren, scheint im nächsten Jahr zu gipfeln. Bei den anstehenden Bürgermeisterwahlen in Reinhardtsdorf-Schöna gibt es bisher nur einen Bewerber. Der NPD Kandidat Mario Vierig kann der Wahl gelassen entgegensehen. Schon bei den Kommunal- oder Landtagswahlen erreichte die NPD in der Gemeinde 24 Prozent der Stimmen. Zudem gibt die CDU der NPD an dieser Stelle eine Steilvorlage. Mit der richtigen Erkenntnis »wir wollen keinen NPD-Bürgermeister«, trafen sie eine völlig falsche Entscheidung. Landrat Geißler plante kurzer Hand die Eingemeindung nach Bad Schandau und noch dazu mit der Begründung, einen NPD-Bürgermeister verhindern zu wollen. Schon wenige Stunden nach der dazugehörigen Presseveröffentlichung gründete die NPD in Reinhardtsdorf-Schöna eine Bürgerinitiative für den Erhalt der Eigenständigkeit.

Dabei handelt es sich aber leider nur um einen besonders krassen Fall in einer ganzen Serie von Beispielen des falschen Umgangs mit der NPD und anderen Nazis.

Der Umgang mit der rechten Szene vor Ort

Der schlimmste Fehler vor Ort ist die Gleichsetzung von »Links« und »Rechts«! Zudem hat sich in der Region eine Art Wirtschaftszweig im Umgang mit »Extremismus« entwickelt. Sowohl die Stadt Pirna, als auch der Landkreis Sächsische Schweiz haben so genannte »Extremismusbeauftragte« eingesetzt. Sämtliche Initiativen haben ihren Namen von »gegen Rechtsextremismus« in »gegen Extremismus« geändert und das ohne jede Not. Damit wird der Eindruck erweckt, als wäre die NPD nichts anderes wie das rechte Pendant zur Linkspartei. Damit geht natürlich eine Aufwertung der NPD einher. Zunehmend wird die NPD als ganz normale Partei wahrgenommen, eine Partei, die im politischen Spektrum genauso einen Platz hat wie alle anderen. Die Ideologie, die hinter dieser Partei steckt, wird dabei völlig ausgeblendet. Mit der Anerkennung der NPD als demokratische Kraft in der BRD wird auch der Rassismus, der Nationalismus und der Antisemitismus mehr als Meinung, statt als Verbrechen begriffen.

Als Beispiel muss der »Tag der Sachsen« im Jahr 2003 in Sebnitz angeführt werden. Im sogenannten »Forum« fand eine Veranstaltung unter dem Motto »Kampf den Verführern« statt. Auf dem Podium sollten Vertreter der »Aktion Zivilcourage«, ein SPD Landtagsabgeordneter, der damalige Sächsische Innenminister und die damalige sächsische Sozialministerin zum Thema »Neonazis« diskutieren. Im Publikum fanden sich fast ausschließlich Mitglieder der NPD und ehemalige Mitglieder der »SSS«. Diese pöbelten während der Veranstaltung so lange in Richtung Bühne, bis sie heraufgebeten wurden, um die Veranstaltung zu retten. Auf der Bühne nahm dann auch der jetzige NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, Platz. Dieser konnte auf der Bühne dann mehrere Minuten lang seine Hetze verbreiten. Selbst der Vertreter der »Aktion Zivilcourage« ließ sich, in dieser Situation überfordert, auf eine mehrminütige Diskussion über »linke Gewalt« ein. Schließlich schritt der SPD-Landtagsabgeordnete ein, indem er sagte, dass er nicht Willens sei, mit der NPD auf einer Bühne zu sitzen.

Ein neueres Beispiel ist die Situation in Reinhardtsdorf-Schöna. Als »Patriotismusbeauftragter« zieht der ehemalige Sächsische Kultusminister Matthias Rößler durch Sachsen. Seine Aufgabe ist es, den Menschen zu erzählen, dass man »Rechts« auch in der CDU sein kann. Der Plan der dahinter steht, ist, Themen der NPD zu besetzen und damit Wählerinnen und Wähler für die CDU zu gewinnen. Als Rößler also in Reinhardtsdorf-Schöna zu dieser Veranstaltung einlud, folgten dem Aufruf neben etwa 20 CDU-Mitgliedern auch etwa genauso viele NPD- und »SSS«-Leute. Im Verlaufe der Veranstaltung nahm diese Versammlung fast die Form eines Arbeitstreffens an. Der CDU-Mann Böhme aus Stolpen entgegnete beispielsweise auf eine Bemerkung von Uwe Leichsenring, »... das würde ich Ihnen glatt unterschreiben!«.

